

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando 1 Vierteljahr 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

# Vorwärts

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezeigte Anzeigenspalte über deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beamtungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stehendeliste und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheit täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 26. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Blockkrise.

Die Konservativen haben, wie wir bereits kurz mitgeteilt haben, sich wieder einmal das Vergnügen gemacht, eine Blockkrise zu veranstalten. Sie tun dies jedesmal, sobald sie finden, daß die Liberalen ihren Befehlen nicht rasch genug gehorchen, und sie haben noch jedesmal den vollen Erfolg der bedingungslosen Unterwerfung erreicht. Diesmal ist die Sache schwieriger. Nicht nur, weil es sich bei der Finanzreform, über die die Krise ausgebrochen ist, nicht um liberale Prinzipien, sondern um den liberalen Geldbeutel handelt. Vielmehr sind die Konservativen des Blockverhältnisses sammt seines Erfinders, des Fürsten Bülow, herzlich überdrüssig. Das Zentrum hat gerade während seiner sogenannten Opposition seinen reaktionären Charakter so offensichtlich gezeigt, seine Bereitwilligkeit, alle agrarischen Wünsche bei der Finanzreform zu erfüllen, so unablässig betont, seine Regereien in Kolonial- oder Marinefragen so feierlich abgelehnt, daß die Konservativen dem Zuge ihres Herzens wirklich nicht mehr zu widerstehen brauchen. Sie wissen, daß sie im Bunde mit dem Zentrum eine Finanzreform zustande bringen können, die den Agrariern nicht nur keine neuen Lasten auferlegt, sondern ihnen durch die entsprechende Gestaltung der Branntweinsteuer wahrscheinlich sogar zur Erhaltung der alten auch eine neue Liebesgabe bringen wird. Gerade der liberale Widerstand gegen dieses neue Geschenk hat jenen Konservativen Born entfacht. Die neuen Steuern werden auf die Besitzlosen gelegt und — soll schon durchaus der Schein gewahrt werden — höchstens noch das „mobile Kapital“ durch eine Einkommen- oder Dividendensteuer ein wenig mit herangezogen. Solch Greuel aber wie die Antastung der Steuerprivilegien des großen Grundbesitzes durch eine erweiterte Erbschafts- und Nachlasssteuer muß unter allen Umständen vermieden werden. Diese „nationale“ Aufgabe aber hat der Blockliberalismus nicht rasch genug begriffen und so muß seinem Verständnis denn nachgeholfen werden. Herr v. Normann, der Führer der konservativen Reichstagsfraktion, machte daher, wie die „National-Zeitung“ meldet, „den Führern der nationalliberalen Fraktion die offizielle Mitteilung, daß die Konservativen von der Notwendigkeit durchdrungen seien, eine Reichsfinanzreform, gleichviel mit welcher Mehrheit, zu machen. Die konservative Fraktion sei bereit, vierhundert Millionen an indirekten Steuern zu bewilligen, dagegen werde sie keine direkten Steuern bewilligen, die in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingriffen. Die fehlenden Summen sollten durch Erhöhung der Matrilinearbeiträge aufgebracht werden. Für eine Nachlaß- oder Erbschaftsteuer sei die konservative Fraktion auf keinen Fall zu haben.“

Auf die Frage, ob das eine Auflösung des Blockes bedeuten solle, wurde seitens der Konservativen erklärt, für nationale Zwecke könne man ja nach wie vor zusammengehen. Die gleiche Erklärung wie den Nationalliberalen machte die konservative Fraktion dem Zentrum und den Freisinnigen.

Die auf die konservative Erklärung hin sofort tagende nationalliberale Reichstagsfraktion erklärte die konservative Mitteilung als Kündigung des Blockverhältnisses aufzufassen und die Verantwortung dafür im vollen Maße der Konservativen Fraktion zuzuschreiben zu müssen, da die nationalliberale Fraktion keinerlei Anlaß zu einem solchen Verhalten gegeben habe. Die nationalliberale Partei werde unter Berücksichtigung der veränderten Sachlage, getreu ihrer bisherigen, von Anfang an innegehaltenen Stellung keine Reichsfinanzreform machen, die nicht außer einer entsprechenden Belastung des Massenkonsums eine ausreichende Heranziehung des Besitzes in sich schließt.

An der Erklärung Normanns sind zunächst zwei Momente von Bedeutung. Der konservative Führer meint, der Block könne ja für „nationale Zwecke“ fort dauern. Das klingt wie Hohn, ist es aber durchaus nicht. Herr v. Normann kennt seine Pappenhäuter und weiß, daß die Freisinnigen — bei den Nationalliberalen versteht es sich ja von selbst — nach den zwei Jahren der Blockkrise nicht mehr zurückkommen. Sie sind militär, marine- und kolonialfromm geworden und müssen es nun bleiben. Die Umwandlung des letzten Rests der bürgerlichen Opposition zur unbedingtesten Schutztruppe der deutschen imperialistischen Politik ist vollbracht und der Block hat damit seine einzige Aufgabe, für die die Konservativen Sinn hatten, gelöst. Er ist also für die Konservativen erledigt, und um seinetwillen ein Zugeständnis zu machen — noch dazu, wenn es um das heilige Portemonnaie der Massenlosen des Januschauers geht, dazu sind sie wirklich nicht zu haben.

Noch wichtiger aber ist die Erklärung, daß die Junter nur für indirekte Steuern, höchstens noch für Besteuerung des mobilen Kapitals zu haben sind, aber unbedingt gegen das Finanzkompromiß sowohl als auch gegen die Erbschafts- und Nachlasssteuern. Beweist dies doch, daß der in letzten Tagen von der offiziellen und liberalen Presse mit so viel Eifer geführte Kampf für die Nachlasssteuer auf die Konservativen

nicht den geringsten Eindruck gemacht hat. Die Politik, die der Bund der Landwirte eingeschlagen hat, bleibt auch die der konservativen Fraktion. In der Tat kann dieser Entschluß für die nächstern Beurteiler der politischen Machtverhältnisse nicht die geringste Ueber-raschung bedeuten. Der Bund der Landwirte hat als wirtschaftliche Organisation die wirkliche Macht und die konservativen Fraktionen sind ebenso wie viele Nationalliberale nur die politische Exekutive der Bündler. Für den Bund aber hätte eine Nachgiebigkeit in der Frage der Nachlasssteuer nach der vorhergegangenen Agitation eine schwere moralische Niederlage bedeutet und daß der Bund um der Liberalen oder um des „nationalen“ Wertes willen eine solche nie auf sich nehmen werde, konnte nur politischen Kindern zweifelhaft sein.

Der Block ist aber nicht nur eine Angelegenheit zwischen Liberalen und Konservativen — dann bestünde er längst nicht mehr — sondern auch eine Existenzfrage für Bülow. Der Brabe wäre zwar bereit, seine Dienste dem Vaterlande auch unter der neuen Ära zur Verfügung zu stellen und wir gestehen, wir möchten nicht gerne um den Genuß kommen, aus Bülows Munde zu hören, wie national sich das Zentrum und wie antinational der Freisinn bewiesen habe. Aber wenn schon Bülow gerne möchte, so weiß doch das Zentrum, was es den Feinden des Kanzlers schuldet. Und so soll der Block noch einmal geleimt werden, da die Uhr des Kanzlers noch nicht abgelaufen ist.

Die Aussichten wären nicht so ungünstig. Dem Zentrum ist es viel bequemer, wenn es für die Belastung des Volkes mit einer halben Milliarde neuer Steuern keine Verantwortung zu übernehmen braucht. So sehr es nach der Macht strebt, so würde es vorziehen, diese Macht erst zu ergreifen, wenn die Liberalen sich bei der Finanzreform unrettbar kompromittiert haben. Und solchen kleinen Freundschaftsdienst dem Zentrum zu erweisen, sind die Konservativen gern bereit. Bleiben die Liberalen und die sind so wie so fertig. Warum also nicht die Salzfische verlängern und das konservative Ultimatum mit der Abrüstung im Kampfe um die Nachlasssteuer beantworten? Zu retten ist für den Blockfreisinn ja doch nichts mehr außer Bülow. Allerdings auch der nicht für lange. Aber die Freisinnigen sind ja genügsam geworden.

So hat denn heute Herr v. Loebell mit den Blockleuten unterhandelt und um 1 Uhr waren die Liberalen sogar zum Reichskanzler befohlen. Die Unterhandlungen sind noch nicht fertig, aber nach den Resultaten Loebells dürfte man das beste hoffen. Schon weiß man, daß es gar keine Blockkrise gibt, alles war nur ein Mißverständnis. Normann hat nicht „offiziell“ erklärt, sondern privat, und nur die Nationalliberalen haben die ganze Geschichte angedichtet, weil sie es gegen Normanns Wunsch in die Presse brachten.

In der Tat, ein Mißverständnis. Jedoch ein solches, wie es der Mann in der Anekdote beging, der, als man ihn ins Gesicht spuckte, ausrief: Ach, es regnet schon wieder! Es hat nur geregnet, versichert Herr v. Loebell den Liberalen, und entzückt stimmen sie zu: wie konnten wir auch nur so mißverstehen!

Somit wäre alles in schönster Ordnung, bliebe nicht doch ein Rest, der nicht beglichen werden kann, weil hier nicht Liberale, sondern konservative entscheiden. Es handelt sich um die auch von Normann wiederholte Weigerung der Agrarier, die Nachlasssteuer zu akzeptieren. Darin kann aber die Regierung nicht leicht zurück. Das Besitzsteuerkompromiß ist an dem Widerstand der Bundesstaaten gescheitert und der Bundesrat hat Bülow vorläufig gezwungen, an dem Ausbau der Erbschaftsteuer festzuhalten. Und so erklärt heute die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Die Presse ergeht sich in Vermutungen über die Stellung der verbündeten Regierungen zu den die Reichsfinanzreform betreffenden Beschlüssen der Reichstagskommissionen. Hierzu sei folgendes bemerkt: Die Regierungen halten daran fest, daß der Bedarf an neuen Einnahmen nicht nur durch die Besteuerung von Genussmitteln, die dem Massenverbrauch unterliegen, sondern auch durch eine allgemeine Belastung des Besitzes aufgebracht werde. Sie lehnen es ab, diese Besitzbelastung in der Hauptsache durch Matrilinearbeiträge oder sonst in einer Weise geschoben zu lassen, welche die für die eigenen Aufgaben der Bundesstaaten unentbehrlichen Steuerquellen (Einkommen-, Vermögenssteuer) angreift. In der Erörterung der Erbschaftsteuer erblicken sie nach wie vor die zweckmäßigste Form der Besitzbelastung. Sie vertrauen darauf, daß es gelingen wird, auf der Grundlage ihres Programms in gemeinsamer Arbeit mit dem Reichstage der Finanznot des Reiches ohne Zeitverlust Abhilfe zu schaffen.“

Das ist genau das Gegenteil dessen, was die Konservativen fordern und was das Zentrum ihnen zu erfüllen verspricht. Und so lächerlich sonst die Blockkrise wäre, so scharf spitzt sich durch diese Erklärung des Kanzlerblattes der Konflikt zwischen Bundesrat und Konservativen zu. Daß die Konservativen, die mit dem Zentrum und ihrem sonstigen Anhang über die Majorität im Reichstag verfügen, vor der Regierung zurückweichen, ist sehr wenig wahrscheinlich. Ob aber Bülow noch stark genug ist, eine Auflösung des Reichstags gegen die Konservativen durchzuführen, ist zweifelhaft. Sei dem aber wie immer, die chronische Krise, die seit der letzten Reichstagsauflösung besteht, ist wieder einmal akut geworden und die

deutsche Arbeiterklasse wird gut daran tun, auf alle Fälle ihre Vorbereitungen zu treffen.

## Der Sieg der Postbeamten.

Paris, 23. März. (Fig. Ver.)

Die Postbeamten haben heute ihren Ausstand beendet. Sie kehren als Sieger zurück. Ihre energische, von Zuredung und Begeisterung getragene und mit Selbstbeherrschung geregelte Aktion hat die Regierung zur Kapitulation auf der ganzen Linie gezwungen.

Eigentlich war dieser Erfolg schon am Sonntag gesichert, als Darthou und Clemenceau mit den Delegierten der Ausständigen unterhandelten, über den Kopf Simhans hinweg, der damit praktisch ausgeschaltet war. Sicherlich, eine formelle Zusage, daß der Unterstaatssekretär demissionieren werde, hat Clemenceau nicht gegeben, nicht geben können, ohne das Parlament und das Ministerium selbst, das diesem am Freitag ein Vertrauensvotum für eine „energische“ Politik abgezwungen hatte, zu debauchieren. Auch gestern noch hat Clemenceau mit scheinbarer Festigkeit erklärt: „Wenn Herr Simhan mir heute seine Demission überreichte, könnte ich sie nicht annehmen.“ Doch gerade aus diesem „heute“ sprach die Bereitschaft, alles zu bewilligen, bis auf dieses Kanossa der öffentlichen Ruhe. Die Ausständigen haben sich, nach einem bei ihrer Unerfahrenheit in der Taktik der Klassenkämpfe nicht verwunderlichen kurzen Schwanken darauf nicht weiter verfeist und glücklicherweise den psychologischen Moment ihrer Aktion nicht verpaßt.

Sie haben auch im zweiten Punkte, worin sich das Schicksal dieser Bewegung entscheiden mußte, volle Genehmigung erhalten: alle Ausständigen sind wieder ausgenommen. Es gibt keine Maßregelung. Auch hier ist ihnen keine dokumentarische Zusage mit Siegel und Unterschrift ausgefertigt worden, aber Clemenceaus Versprechen ist darum nicht minder verpflichtend, weil es sich in biedermeierische Sentimentalität verummumt hat. „Nicht zur Gnade — denn dieses Wort liebe ich nicht — sondern zur Großmut ist die Regierung geneigt“, erklärte der Ministerpräsident gestern in der Kammer. Und wie sanftmütig, wie durchdrungen von christlicher Mitleidsmoral sind die Worte: „Wir sind Menschen und gleich allen Menschen Fehlern ausgesetzt und darum auch geneigt, Fehler anderer zu vergeben.“ Clemenceau will keine Maßregelungen von Leuten, die Frau und Kinder dahinter haben: „Wir sind keine wilden Tiere.“ Um die Demütigung des verunglückten Tyrannenpielers ganz zu erweisen, muß man daran denken, daß dieser Satz zu Beamten gesagt wurde, die Clemenceaus frühere Gemütsart auszulassen gehabt haben — denn nicht einmal die Selbstverleugnung, mit Delegierten verhandeln zu müssen, die früher wegen ihrer gewerkschaftlichen Agitation gemahregelt oder in der jetzigen Bewegung als Demonstranten beurteilt waren, haben ihm die Ausständigen erspart. Aber er führte auch diesen bitteren Reiz ergeben an die Lippen.

Und nicht nur in diesen zwei wichtigsten Punkten haben die Streikenden gesiegt. Sie haben am Montag im „Journal officiel“ in einer eiligst zusammengestopften Verordnung die Berücksichtigung ihrer Wünsche bezüglich der Avancementsbestimmungen formalisiert vorgefunden und sie sehen praktisch ihr Koalitionsrecht anerkannt. Und ihr Triumph äußert sich bis in äußerliche Einzelheiten, so zum Beispiel, daß vor ihrer Rückkehr zur Arbeit das Militär und die Polizei von allen Postanstalten zurückgezogen werden mußte.

Wie ist nun dieser glänzende Erfolg zu erklären? Es wird nicht an Versuchen fehlen — ja man sieht sie schon auf den verschiedensten Seiten — ihn der Anwendung der Methoden des Syndikalismus zuzuschreiben. In diesem Sinne begimmen ihn besonders auch die großkapitalistischen und antirepublikanischen Blätter zu interpretieren, die ein Interesse daran haben, zu zeigen, daß die radikale Demokratie zur Auflösung der staatlichen Ordnung und zur „Tyrannei der Gewerkschaften“ führe. In Wahrheit beweist dieser Streik nur die, von Sozialisten jeglicher Richtung anerkannte und geförderte Macht der Organisation. Und gerade von den spezifischen Methoden des revolutionären Syndikalismus haben sich die Ausständigen mit großer Selbstzucht ferngehalten. Es muß namentlich hervorgehoben werden, daß die Arbeiter der Telegraphenverwaltung jede Sabotage ausdrücklich verurteilten und daß ihre Gewerkschaft sogar der Regierung Mannschaften anbot, um die von Unbedarften verübten Beschädigungen der Telegraphenleitung wieder zu beheben. Und diese Disziplin hat nicht wenig beigetragen, in den sonst gar nicht arbeiterfreundlichen Kreisen des Pariser Kleinbürgertums die Sympathien bis zum Schluß auf Seite der Streikenden zu erhalten.

Es wäre übrigens auch eine Verleumdung der Sachlage, wenn man die besonderen Umstände übersehe, die den Streikenden zugutekamen. Vor allem waren es nicht die Unterbeamten und Arbeiter, die die Bewegung begonnen hatten, sondern Beamte, die, wenn auch nicht nach ihren Bezügen, so doch nach ihrer Herkunft und ihrer gesellschaftlichen Stellung zum Bürgertum gehören. Maßregelungen von Telegraphenbeamten und Telephonisten hätten die verpöhlte Bürger- und Beamtentwelt, die nach den Hülfshänden von Draveil nicht die geringste Bewegung der Teilnahme gehabt hat, in eine vor revolutionären Mitteln nicht zurückschreckende Wut versetzt. Weiter profitierten die Streikenden unzweifelhaft von der durch die reaktionäre Presse demagogisch angestachelten Abneigung gegen das Parlament und die parlamentarische

Regierung. Bureaukratischer Junstgeist hat ihnen bis in die höchsten Schichten der Beamtenhaft, der Kleinbürgerliche Kerger über die 15 000 Frank-Männer" sogar bei den durch den Streik arg geschädigten kleinen Geschäftskleuten Sympathien verschafft. Nur die großen Ausbeuter, die in der Handelskammer vereinigt sind, zeigten konsequentes bourgeois Klassenbewußtsein, aber die Regierung schloß sich angeführt der geltend gemachten Stimmung zu schwach, ihren Scharfmachergeleuten genug zu tun. Endlich ist auch nicht zu übersehen, daß nicht wirtschaftliche, sondern sentimentale Motive von den Streikenden in den Vordergrund gestellt wurden. Es war vor allem ein Kampf gegen Simehan und hat die Gelegenheit, diesem all den Verger, den das Publikum mit der Post und besonders mit dem Telephon jahraus jahrein herunterzuschütten hat, heimzujagen zu lassen.

Was wird des Ausstandes dauernder Gewinn sein? Es wäre eine Utopie, anzunehmen, daß durch den einen Präzedenzfall der Respekt aller künftigen Regierungen vor dem Koalitionsrecht der Beamten gesichert sei. Aber der moralische Eindruck des Sieges ist jedenfalls geeignet, den Organisationen der Beamten eine bisher unerwartete Entwicklung zu verleihen. Ob sie auf eine dauernde Annäherung zwischen den Beamten, Unterbeamten und Arbeitern hinarbeiten wird? Wir wollen es hoffen. In der heutigen Versammlung, die die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß, brachte die Vorsteherin der Telephonistinnen ein Hoch auf das Proletariat der Post aus. Wenn dieses Bewußtsein der Beamten, zum Proletariat zu gehören, Wurzeln schlägt, wird dieses Ergebnis der am weitesten wirkende Erfolg des Ausstandes sein.

#### Ein neuer Konfliktstoff.

Paris, 25. März. Die Regierung hat die Einleitung einer strengen Untersuchung angeordnet zwecks Entdeckung der Urheber der gestern in Paris angebrachten Raucranschläge, worin erklärt wurde, daß die Postbeamten, Unterbeamten sowie Angestellten des Telegraphendienstes den Unterstaatssekretär Simehan nicht mehr als ihren Chef anerkennen werden. Die Schuldigen werden nach ihrer Entdeckung sofort ihres Amtes enthoben werden.

Paris, 25. März. Diejenigen Post- und Telegraphenbeamten, die am Ausstand beteiligt waren, wurden dem „Echo de Paris“ zufolge verhaftet, daß ihnen von ihrem Gehalt wegen ungeschäftiger Abwesenheit vom Dienste ein entsprechender Abzug gemacht werden würde. Diese Mitteilung habe unter dem Personal der Post- und Telegraphenverwaltung große Aufregung hervorgerufen.

### Die Balkankrise.

Den Bemühungen der französischen und englischen Regierung ist es gelungen, Herrn Iswolski ein Zugeständnis zu entreißen, dessen er sich bisher geweigert hat. Wie die Agence Havas meldet, ist Iswolski entschlossen, ohne Vorbehalt die Annexion Bosniens und der Herzegowina anzuerkennen in der Hoffnung, daß auch Freiherr v. Khevenhuth in der Folge den von den Mächten ausgearbeiteten Entwurf der serbischen Note genehmigen werde, der übrigens geeignet sei, Oesterreich-Ungarn die verlangten Garantien zu geben.

Ob diese Nachgiebigkeit Rußlands wirklich zur Erhaltung des Friedens führen wird, hängt von zwei Umständen ab. Einmal, ob die serbische Note auch die notwendigen Friedensgarantien enthält, also namentlich die Zulage der Abrüstung, an der man in Wien festhält. Allerdings wird man in diesem Stadium verlangen müssen — und es ist die Pflicht der deutschen Regierung —, in diesem Sinne auf die österreichische einzuwirken, daß man Serbien den Rückzug möglichst erleichtern und keine demütigenden Bedingungen stellt, die einen kriegerischen Ausbruch herbeiführen. Sodann aber ist der Zweifel nicht zu unterdrücken, ob dieses Zugeständnis Iswolskis nicht zu spät kommt, ja ob die russische Diplomatie nicht gerade deswegen sich zu diesem Schritt des Entgegenkommens entschlossen hat, weil sie annimmt, daß die nationale Erregung in Serbien jedes Zurückweichen der serbischen Regierung bereits unmöglich gemacht hat. Die Anerkennung der Annexion durch Rußland zerfällt ja mit einem Schlag alle bis zuletzt gehegten serbischen Hoffnungen, und ob diese Enttäuschung nicht erst recht die Stimmung zu einem Verzweiflungstreik schaffen wird, ist um so unberechenbarer, als diese Nachricht zu einer Zeit eintrifft, wo das Land durch ein anderes Ereignis ohnehin in die stärkste Erregung versetzt wurde.

Kronprinz Georg, der Anführer der serbischen Kriegspartei, hat in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten auf die Thronfolge verzichtet. Ueber die Motive zu diesem Schritt wird bekannt, daß der Kronprinz durch die heftigen Angriffe einiger serbischer Blätter gegen seine Person wegen des Todes seines Dieners Kolakowitsch sich veranlaßt sah, durch diese Verzichtleistung die Regierung von jeder Rücksichtnahme auf seine Person zu entbinden.

Es handelt sich dabei um folgendes: Der Diener Kolakowitsch, Vater von sechs kleinen Kindern, wurde von dem Kronprinzen wegen eines angeblichen Vergehens zuerst beschimpft und dann durch Tritte auf den Bauch und Schläge solange mißhandelt, bis er bewußtlos am Boden liegen blieb. Ins Spital übergeführt, starb er in kurzer Zeit. Ein Teil der Presse verlangte nun die Bestrafung des Kronprinzen, und Genosse Kozlerowitsch kündigte eine Interpellation in der Skupstschina an. Nun hat der Kronprinz auf die Thronfolge verzichtet und soll sogar des Landes verwiesen worden sein. Der Ministerrat hat beschlossen, die Verzichtleistung der Skupstschina zur definitiven Beschlußfassung zu unterbreiten.

Die Nachricht hat in Belgrad die größte Aufregung hervorgerufen, die einen solchen Umfang annahm, wie seinerzeit nach Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga. Der Konal ist militärisch besetzt, wie es heißt, ist ein Teil der Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Belgrad zurückbeordert worden. Da auch sonst im Lande große Aufregung herrscht, sollen die nach der Grenze gesandten Truppen nach verschiedenen Orten dirigiert werden. Es ist klar, daß die durch den Kronprinzlichen Totschlag erzeugte dynastische Krise unter den gegenwärtigen Umständen große politische Bedeutung gewinnt. Die Kriegspartei ist zunächst bestürzt, aber diese Bestürzung mag sich leicht in Wut gegen diejenigen wenden, die den Kronprinzen gerade jetzt zur Abdankung gezwungen und damit eine innere Krise entfesselt haben, die den Krieg zunächst unmöglich macht. Das Bekanntwerden, daß Rußland die Unterstützung der serbischen Forderungen aufgibt, muß die Erregung auf das Heftigste treiben und löst den Ausbruch einer Militärrevolte

besürchten, die die Verwirrung um so mehr steigern muß, als das Ziel der Revollierenden der Sturz der Friedenspartei in der Regierung wäre, deren Werk die prompte Erledigung des Kronprinzgen war. Eine solche Revolte bedeutete zwar die Unfähigkeit Serbiens zu kriegerischem Handeln, aber, wenn nicht die Notwendigkeit, so doch den Vorwand für eine bewaffnete Intervention einer fremden Macht und damit den Ausgangspunkt für neue Konflikte.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. März 1909.

### Ein nationalliberales Erbanfallsteuer-Projekt.

Die „National-Zeitung“ bringt einen völlig ausgearbeiteten Vorschlag betreffend eine neue Erbschaftsteuer (Erbfallsteuer), der ihr von der nationalliberalen Reichstagsfraktion zugegangen ist. Die Erben werden in vier Klassen eingeteilt. Bei der ersten Klasse: Ehegatten, Kinder und Abstammlinge der genannten Personen, soll die Steuer einsehen bei 10 000 M. mit 1 Prozent, steigend bis zu 5 Prozent bei einer Erbschaft von einer Million. Bei Klasse II beginnt die Steuerpflicht bei 2000 M. mit 6 Prozent und steigt bei einer Million Mark auf 16 Prozent; in Klasse III — ebenfalls mit 2000 M. beginnend — steigt die Steuer von 10 Prozent auf 20 Prozent, wenn die Erbschaft über eine Million beträgt. Endlich in Klasse IV — ebenfalls beginnend bei 2000 M. — steigt die Steuer von 15 Prozent auf 30 Prozent bei einer Erbschaft von einer Million.

### Die Schädigung der kleinen Betriebe durch die geplante neue Tabaksteuer.

Die „Frankf. Zig.“ bringt einen Artikel aus Bremen über die Tabaksteuerpläne und ihre Wirkung auf das deutsche Tabakgewerbe. Darin heißt es:

Am schwersten würde bei dieser Besteuerung die mittlere und kleine Industrie leiden. Die wenigen Großfabrikanten pflegen in Bremen aus erster Hand manche Partien zu kaufen, und in Amsterdam die Einschreibungen (Tabakbörse) zu besuchen. Die mittleren Können das nicht und müssen von der sogenannten zweiten Hand in Versandhäusern kaufen, in denen die Ware durch Unkosten, Kreditrisiko und eigenen Verdienst wesentlich teurer wird. Es erhöht sich dann auch die Steuer um den Betrag dieser Verteuerung, und endlich müssen die kleinen Fabrikanten, die allein oder mit wenigen Arbeitern wirtschaften, einzelne Ballen — natürlich Ballen von verschiedenen Sorten (Einlage, Umblatt und Deckblatt) — auf lange Zahlungsfrist kaufen, wobei sie hohe Preise anlegen müssen. Durch einen Wertzoll stellt sich bei ihnen der Einstandspreis schon auf 40—50 Proz. höher als bei den Großfabrikanten. Folglich legt der angeblich von sozialpolitischen Grundsätzen geleitete Staat den kleinen Unternehmern eine um 40—50 Proz. höhere Steuer auf, als den reichen Großunternehmern.

### Totes Rennen.

Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am Mittwoch mit der Beratung der Anträge Borgmann und Genossen und Träger, die gleichlautend verlangten,

die königliche Staatsregierung zu ersuchen, zur Ergänzung bezw. Abänderung der Verfassung (Artikel 84) einen Gesetzesentwurf dahin vorzulegen, daß kein Mitglied der Kammer ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode zum Zwecke der Strafverurteilung verhaftet werden darf, sowie daß auch jede Strafbestrafung eines Mitgliedes für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden muß, wenn die betreffende Kammer es verlangt.

Ein Unterschied bestand nur insoweit, als der sozialdemokratische Antrag die Vorlegung des Gesetzes „noch in dieser Session“, der Antrag Träger sie „mit tunlichster Beschleunigung“ forderte.

Die Konserwativen machten sich die Erledigung der Anträge sehr leicht. Sie erklärten einfach, daß sich seit den 60 Jahren des Bestehens der Verfassung nichts ereignet habe, was zur Aenderung führen könnte! Sie führten auch „Gründe“ an, nämlich:

1. Ist der Abgeordnete zur Zeit der Wahl in Strafbhaft, dann wissen es die Wähler und brauchen ihn nicht zu wählen. (!)
  2. Wird er während der Tagung in Strafbhaft genommen, dann soll er sein Mandat niederlegen. (!)
  3. Wird er während einer Verlagerung oder zwischen zwei Sessionen in Strafbhaft genommen, dann sei das auch ein Grund, sein Mandat niederzulegen, wenn er bei Beginn der Tagung nicht wieder entlassen ist. (!)
- Uebrigens habe sich jeder Abgeordnete so zu betragen, daß er nicht bestraft werde!

Die Nationalliberalen erklärten sich gleichfalls gegen die Anträge. Sie meinen: Die Beratung von Anträgen auf Entlastung aus der Strafbhaft würde dazu führen, daß das Parlament nachprüfe, ob die Verurteilung des Abgeordneten wegen ehroloser Handlung erfolgt sei. Nun läme es ja sogar vor, daß auf Justizhausstrafe erkannt werde, ohne daß die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden könnten, wie das Strafgesetzbuch es zulasse. Zur Nachprüfung von Urteilen aber sei das Parlament überhaupt nicht berufen.

Ein freisinniger Redner brachte einen Antrag ein, nach dem das Abgeordnetenhause die Regierung ersuchen soll, im Bundesrat die Spannung eines die Materie regelnden Reichsgesetzes zu beantragen.

Das Zentrum will für die Anträge stimmen, obgleich doch Kompetenzbedenken vorliegen.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern wurde erklärt, daß das Vornabigungsrecht nicht in Frage komme. Die Gesetze kämen nur unter Zustimmung des Königs zustande; enthalte ein Gesetz eine Abschwächung des Vornabigungsrechts, so müsse sich der König eben damit abfinden. Außerdem komme dieses Recht hier gar nicht in Betracht. Das Interesse der Wähler des betreffenden Abgeordneten sei gar nicht das Entscheidende. Der Abgeordnete sei nach seiner Wahl Vertreter des gesamten Volkes; es sehe also das Interesse des gesamten Volkes in Frage. Die Kompetenzfrage sei untergeordneter Bedeutung. Heute frage in der Verfassung: jedes Strafverfahren, jede Untersuchungsmaßnahme, jede Zivilhaft sei aufzuheben, wenn die Kammer es verlange. Darunter seien doch auch die Straf- und Untersuchungsmaßnahmen, die beim Reichsgericht anhängig seien.

Der freisinnige Antragsteller führte aus, daß man, wenn einmal die Bestimmung bestünde, ihre Durchführung in jedem Falle schon ermöglichen werde. Ganz entschieden sei er aber gegen den Antrag, daß die Regierung den Bundesrat ersuchen solle, die Sache reichsgesetzlich zu regeln. Ein solches Ersuchen entspreche nicht der Bedeutung des Abgeordnetenhauses, das selber für seine Mitglieder einzutreten habe.

Nach weiteren unwesentlichen Entgegnungen wurde abgestimmt: für den sozialdemokratischen Antrag, daß der Gesetzesentwurf noch in dieser Session vorgelegt werden soll, erhob sich nur eine Stimme! — Der Antrag Träger wurde mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag, die Regierung aufzufordern, den Bundesrat um Vorlegung eines Reichsgesetzes zu der Frage zu ersuchen, stimmten 5 Mitglieder. Damit waren alle Anträge abgelehnt!

### Die Ulmer Landtagswahl

macht den bürgerlichen Parteien schweres Kopfzerbrechen. Wie gemeldet, ist die Sozialdemokratie, die ihre Stimmzahl von 1458 im Jahre 1906 auf 1901 bei der Wahl am 20. März 1909 steigerte,

an die zweite Stelle gerückt, während die Volkspartei, die das Mandat mehr als drei Jahrzehnte inne hatte, jetzt an dritter Stelle steht; ihre Stimmzahl ging von 1885 auf 1746 zurück. Bisher hat die Sozialdemokratie die Volkspartei herausgehoben. Die Stimmzahl der Sozialdemokratie und der Volkspartei zusammen (3647) übersteigt auch diesmal die der Nationalliberalen und der Zentrumspartei um rund 400. Die Volkspartei ist auch gern bereit, die Hilfe der Sozialdemokratie anzunehmen, obgleich sie die schwächere Partei ist, aber für den Sozialdemokraten einzutreten hegt sie schwere Bedenken. Sie wendet vor, sie habe ihre Wähler nicht so in der Hand wie die Sozialdemokratie die ihren. Darum müßten die Sozialdemokraten für den Volksparteiler eintreten, ansonsten der Wahlkreis an die Rechte verloren gehen könnte. Diese „höheren Gesichtspunkte“ müßten für die Sozialdemokratie maßgebend sein. Die Begründung der volksparteilichen Forderung läuft aber darauf hinaus, daß die Sozialdemokratie die Volkspartei, wo letztere ins Hintertreffen gerät, stets zu unterstützen habe, weil die volksparteilichen Wähler sich „andernfalls“ für den rechtsstehenden Kandidaten gegen die Sozialdemokratie entscheiden. Nebenbei gesagt hat die Volkspartei die „höheren Gesichtspunkte“ bei der Obmannswahl zum Bürgerausschuß in Stuttgart dahin aufgefaßt, daß sie sich mit der nationalliberalen Partei verbündete, um der Sozialdemokratie als der stärksten Fraktion den Obmannssty vorzuenthalten und einen der Ihren an die Stelle des Sozialdemokraten zu setzen. Der nationalliberalen Partei wurde der Vizeobmannssty ausgeliefert. Das sind die „höheren Gesichtspunkte“ der Volkspartei. Unmöglich ist, daran zu erinnern, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Volkspartei gemeinsam mit der nationalliberalen Partei gegen die Sozialdemokratie zu Felde zog, nachdem wenige Tage vorher die Sozialdemokratie den Herren Demokraten eine Reihe Mandate geteilt hatte. Gern geben wir zu, daß der Verlust Ulms für die Volkspartei ganz besonders schmerzhaft wäre, würde sie dadurch doch um zwei Mandate schwächer als das Zentrum, so daß der Präsidentenstij des Herrn v. Bayer bedenklich ins Wackeln gerät. Aber die Sozialdemokratie ist doch nicht verpflichtet, die Herren Demokraten mit Herrn v. Bayer vor den Folgen ihrer Wackelpolitik im Reich zu schützen? Obendrein noch, da sich diese Wackelpolitik gegen die Sozialdemokratie richtet!

### Die Gleichheit vor dem Gesetz.

Zu gleicher Zeit, wie gegen den Herrn v. Igel in Berlin, wurde in Braunschweig vor dem Geschworenengerichte gegen einen Arbeiter namens Zacharias verhandelt, der, nachdem er vorher durch einige Dürrezeiten gereizt worden war, die er sich durch sein Benehmen im trunkenen Zustande zugezogen hatte, hinter seinem vermeintlichen Feinde herließ und dabei einen anderen, einen Kaufmann, durch einen Messerstich in den Hals tödlich verlegte. Der Erschrockene schob, wie der Gegner des 23-jährigen Zacharias, einen Handlarren vor sich her, wodurch im Abendmüdel die Verurteilung der beiden Personen herbeigeführt wurde. Zacharias ist bisher nur wegen einer Kleinigkeit zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Vom Schwurgericht wurden 3 1/2 Jahre Gefängnis über ihn verhängt; der Staatsanwalt hatte 5 Jahre Gefängnis beantragt. Dem Angeklagten wurden auch „mildernde“ Umstände zugebilligt.

Damit vergleiche man das Urteil gegen den Herrn v. Igel, der wegen eines gleichen Verbrechens mit 4 Monaten Gefängnis davonkommt.

### Aus Paaßes Reich.

Die Nationalliberalen haben im Rheinlande zwar nicht mehr viel zu sagen — sie besitzen von den 35 Reichstagswahlkreisen der Rheinprovinz noch ganze drei! — wo sie aber noch herrschen, da betätigen sie ihren Liberalismus in einer Weise, daß es schwer ist, einen Unterschied gegenüber einer sozialultramontanen Gegend, wo der Heppschaffe den Ton anbläst, herauszufinden. Zu dem nationalliberalen Besitz in der Rheinprovinz gehört auch der Reichstagswahlkreis Kreuznach-Simmern, wo der hl. Paaße gewählt ist. Der Wahlkreis ist konfessionell gemischt bevölkert. Im Städtchen Söbernheim, wo sich das folgende Guttrug, herrscht das Protestantentum und damit der Liberalismus vor. Vor zwei Jahren war es zum erstenmal gelungen, einen dortigen Wirt zur Hergabe seines Lokals für eine von unserer Seite zu veranstaltende Volksversammlung zu gewinnen. Tag und Stunde sowie das Thema der Versammlung waren festgesetzt, Genosse Hofrichter aus Köln sollte reden, da fiel im letzten Augenblick der Wirt um, er zog sein Lokal zurück — bearbeitet von den Unternehmern und Standespersonen in Söbernheim, deren „Liberalismus“ seine Stärke in der Mundtotmachung der politischen Gegner sucht.

Söbernheim blieb auf diese Weise vor dem „Umsturz“ geschützt. Jüngst aber gelang es wieder einmal dem Kreuznacher Genossen, dort ein Lokal zu gewinnen. Diesmal setzte sich die Behörde in Bewegung; sie entdeckte an dem Lokal allerhand Mängel und verbot die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung. Der Landrat des Kreises war einsichtiger als der Bürgermeister, er gab auf eine Beschwerde unserer Genossen den Befehl, daß er den Bürgermeister von Söbernheim zur Zurücknahme des Versammlungsverbots veranlassen habe. Aber der Bürgermeister nahm es genau mit seinen Pflichten, er bestand darauf, daß die Türen des Lokals, die nach innen gingen, nach außen zu öffnen seien. Unsere Genossen taten mehr als er wünschte: sie hoben die Türen einfaß aus und vergrößerten so das Lokal, in dem diejenigen, die im Saal keinen Platz fanden, nun im Garten stehend der Rede beizuhören konnten.

### Strafendemonstranten vor Gericht.

In Striegau fanden am 20. Januar Strafendemonstrationen statt. Die Bevölkerung verlangte Aufhebung des Bürgerrechtsgebotes. — Wegen Teilnahme an einem Aufruhr und ruhestörenden Lärms hatten sich sechs Genossen vor dem Striegauer Schöffengericht zu verantworten. Der Amtsanwalt beantragte gegen zwei der Angeklagten je 500 M. Strafe, gegen einen 100 M., gegen einen 50 M. und gegen zwei je 30 M. Das Gericht erkannte gegen drei Angeklagte auf 45 M. wegen Aufruhrs, gegen zwei Angeklagte auf 45 M. wegen Aufruhrs und 6 M. wegen ruhestörenden Lärms. Der sechste Angeklagte wurde nur wegen ruhestörenden Lärms zu 6 M. Strafe verurteilt.

### Reaktionäre Schulpolitik.

Die Lübecker Bürgerchaft beschloß in ihrer Sitzung am letzten Montag, die bisher bestehenden Freischulen aufzuheben und für alle Volksschulen Schulgeld zu erheben, dessen Höhe nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt werden soll. Die Erhebung von Schulgeld soll bei einem Einkommen von 900 M. beginnen. Seit dem Jahre 1885 bestanden in Lübeck neben den Volksschulen — das sind Volksschulen, für deren Besuch Schulgeld entrichtet wurde — die Freischulen mit dem gleichen Lehrplan. Jetzt beabsichtigt man durch Aufhebung der Freischulen aus den Töchen der minderbemittelten Volksschichten größere Einnahmen für den Staat herauszuwirtschaften. Durch die Zusammenlegung der Volksschulen hofft man auch eine erheblich größere Frequenz der einzelnen Klassen, die gegenwärtig 37 Schüler beträgt, zu erreichen. Daß dadurch die Resultate der Schule leiden werden, liegt auf der Hand. Von unseren Genossen Schwarz und Sieking sowie von verschiedenen Lehrern, die Mitglieder der

Würgerhaft sind, wurde die volksfeindliche Vorlage des Senats scharf bekämpft. Die reaktionäre Bürgerstimmheit, deren Kinder ja nicht in die Volksschulen gehen, beschloß trotzdem die Verschlechterung des Volksschulwesens. Ein Vorschlag, auch bei den höheren Schulen, die den größten Staatszuschuß erfordern, das Schulgeld nach dem Einkommen der Eltern zu bemessen, fand keine Annahme, denn — so wurde gesagt — es sei sehr bedenklich, diesen Schritt zu tun, da es sich dann manche Eltern überlegen würden, ob sie ihre Kinder in Läden zur Schule schicken. Wenn es den besitzenden Schichten an den eigenen Geldbeutel geht, finden sie es immer „sehr bedenklich“. Die Reaktion ist nach wie vor in Läden Trumpf. Auf dem Gebiete des Schulwesens sogar mehr wie andersorts.

### Hungerlöhne.

Durch Erhebungen des katholischen Arbeitersekretariats in Heiligenstadt über die Lohnverhältnisse der Weber im katholischen Erzbistum sind erbarmungswürdige Resultate zutage gefördert. Der Stundenlohn mancher Weber beträgt oft kaum zehn Pfennige. Außerdem ist die Lage der Textilindustrie infolge der noch immer anhaltenden Krise derart, daß die Hauswirter des Erzbistums oft tag- und wochenlang ohne Beschäftigung sind.

### Eine „sozialdemokratische“ Missetat.

Vor einigen Wochen fanden die Vertreterwahlen zur Kaufmännischen Ortskrankenkasse zu Hamburg statt, die zugunsten der Sozialdemokratie endeten. Der Ausfall dieser Wahl, zurückzuführen auf die Laubbildung der sich zu den bürgerlichen Parteien bekennenden Wähler, hat es verschiedenen hamburgischen Gesetzgebern angetan. Bei der Budgetberatung, Titel „Behörde für das Versicherungswesen“ wurden die „Beschwerden“ gegen die Wahlen zur Sprache gebracht. Ein Redner schwang eine furchtbare Waffe, er sprach von einem ungeschicklichen Zwange, der bei der Wahl ausgeübt sei, weil — sie im Gewerkschaftshaus stattgefunden habe. Das Gewerkschaftshaus sei kein neutraler Boden. Die Behörde habe das ruhig geschehen lassen. Der Vizepräsident der Bürgerchaft, Blummann, klagte ebenfalls elegisch über den Wahlausfall. Bei der Wenderung des Krankenlängengesetzes werde dieses Material von Wert sein. Ferner würden auch die Jahresberichte der Ortskrankenkasse bei Auer u. Co. gedruckt. (1) Der bürgerliche Jeremias mußte aber selbst zugeben, daß nach Lage der Sache nichts gegen die Wahlen zu machen sei. Das heißt mit anderen Worten: sie sind völlig gesetzmäßig vor sich gegangen. —

### Von der Handhabung des neuen Vereinsgesetzes.

Obwohl das Reichsvereinsgesetz nun bald ein Jahr in Kraft ist, stellen doch manche Behörden noch Anforderungen, die dem Gesetz schärfters zuwiderlaufen. In Salzwedel (Altmark) verlangte die Polizeiverwaltung von der dortigen Filiale des Schneiderverbandes, binnen zehn Tagen die Satzungen und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen! Der Salzwedeler Polizei ist es also immer noch unbekannt, daß ein solches Verlangen nur an politische Vereine gestellt werden kann. Oder kennt sie nicht den Unterschied zwischen einer Gewerkschaft und einem politischen Verein?

### Militärische Erziehung!

Als sich der bei den Stethenhusaren in Rathenow dienende Nestor Fonge aus Berlin am Dienstag früh beim Pferdearbeiten nicht geschicklich genug benahm, versetzte ihm ein im zweiten Jahre dienender Husar einen detari heftigen Tritt in den Leib, daß der Vermste zu Boden sank und schwer erkrankt ins Lazarett geschickt werden mußte. Die Untersuchung ergab, daß durch den Tritt gegen den Leib eine Darmzerreißung herbeigeführt worden war. Der Verletzte wurde sofort einer Operation unterzogen. Es besteht die Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

### Ein „übereifer“ Rekrutenbildner.

In der letzten Sitzung des Kriegsgerichts der 18. Division gelangte ein Fall zur Verhandlung, welcher beweist, daß die traditionelle Soldatensoldaterei nicht mit Erlassen, ersten Ermahnungen und — leichten Strafen aus der Welt geschafft werden kann. So lange Energie verübende Stellvertreter im Dienste verbleiben dürfen und ihnen, wie das vielfach der Fall ist, noch vor Gericht das Zeugnis eines eifrigen Vorgesetzten ausgestellt wird, der nur gute Resultate erzielen wollte, wird weiter gedroschen werden. Auch der Interoffizier Bitor von der 9. Kompagnie des 31. Infanterie-Regiments, der erst vor einigen Monaten in den Stellvertreterstand erhoben worden ist, ist ein Mann mit sehr losen Handgelenken. Er erhielt zum ersten Male eine Rekrutenabteilung zur Ausbildung überwiesen. Seine Methode, aus „Bauern“ und sonstigen Plümmlern gute Vaterlandsverteidiger zu machen, bestand darin, daß er seine Untergebenen mit dem Seitengewehr auf die Hände schlug, ihnen Faustschläge vor die Brust versetzte und sie ins Gesicht schlug. Der Hauptmann hat ihn zwar mehrfach verwahrt, aber der Angeklagte ließ von seiner Methode nicht ab, bis man ihn beim Krachen nahm. Er wußte die Mißhandlungen in der Aufregung über die schlappe Haltung der Rekruten begangen haben. Der Ankläger nahm außer wiederholter Mißhandlung einen Mißbrauch der Waffe an und beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht erkannte aber nur auf sechs Wochen Mittelarrest.

### Belgien.

#### Ablehnung des Achttundentages.

Brüssel, 25. März. Deputiertenkammer. In fortgesetzter Beratung über den Maximalarbeitsstag für die Bergarbeiter wurde heute ohne Widerspruch beschlossen, daß die höchste Arbeitszeit — Ab- und Aufstiege inbegriffen — neun Stunden betragen soll. Der achtstündige Arbeitstag war vorher mit 76 gegen 39 Stimmen verworfen worden.

### Italien.

#### Präsidentenwahl.

Rom, 25. März. Die Deputiertenkammer nahm heute die Arbeiten wieder auf. Es waren 450 Deputierte anwesend. Man schritt zunächst zur Wahl des Präsidenten. Es wurden insgesamt 438 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf Marcora 308 und auf den Sozialisten Costa 32, unglücklich waren 8 und unbekannt 73 Stimmgelbe. Die Wahl Marcoras wurde von allen Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken und der äußersten Rechten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Zu Vizepräsidenten wurden Cappelli, Finocchiaro Aprile, Guicciardini und der Sozialist Costa gewählt. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

### Don Murris Ausschluss aus der Kirche.

Rom, den 22. März 1900. (Eig. Ber.)

Die kirchlichen Autoritäten haben sich nun endlich überzeugt, daß alle Versuche, Don Murri auf den rechten Weg zurückzuführen, vergebens sind. Noch am Vorabend der Stichwahl hat der Erzbischof von Fermo an den jungen Priester geschrieben, und ihm die Exkommunikation angedroht, falls er sich nicht im Laufe von sechs Tagen bedingungslos den Befehlen des Heiligen Stuhls unterwerfe. Der Brief, der im Auftrag der Kardinal der Heiligen Inquisition geschrieben ist, schließt mit den Worten: „Möge Gott Mitleid mit Ihnen haben und Barmherzigkeit an Ihnen üben.“ Nach Ablauf der von ihm gesetzten Frist hat nun Don Murri mit

einem Schreiben geantwortet, dessen wesentliche Stellen wir hier wiedergeben:

„Ezzenz, der arrogante und befehlende Ton des Briefes von Ew. Ezzenz hat mir ein Lächeln abgenötigt. Ich muß Ew. Ezzenz und die eminenten Herren Kardinal, Generalinquisitoren der obersten Kongregation in Kenntnis setzen, daß ich von jedem, der mit mir Beziehungen hat, Korrekturen und höfliche Formen fordere. Um so mehr von denen, die vorgeben, in Gottes und Christi Namen zu mir zu sprechen, auch wenn sie Inquisitoren des Santo Ufficio heißen.“

Was den Inhalt des Schreibens betrifft, so war es mir bekannt, ganz abgesehen von der unwürdigen Art, mit der ich behandelt wurde, daß mit Pius X. und seiner offiziellen Kirche ein in seinem Inneren und aufrichtig religiöser Priester weder jetzt noch für die nächste Zukunft im Einklang handeln kann, wenn er ein Werk der religiösen und moralischen Erneuerung unserer heutigen demokratischen Gesellschaft anstreben will. Daher hatte ich Ew. Ezzenz schon bedeutet, daß ich fernherhin für den Glauben und für das religiöse Leben, wie für jede edle und gute Sache außerhalb des Rahmens einer überlebten Kirche arbeiten werde. Viele Ueberzeugungen stehen außerhalb dieses Rahmens, weil die Koster des Aleris und die Fortwärt und Entartung des pharisäischen und abergläubischen Formalismus, der in der offiziellen römischen Kirche so allgemein geworden ist, sie abgestoßen haben. . . . Für das Seelenheil kann man heute in Italien viel mehr tun, wenn man gegen Euch als wenn man im Einklang mit Euch vorgeht. Die Exkommunikation, die man mir androht, erscheint mir also, abgesehen von ihrer öden Theatralität und der Widerlichkeit einiger barbarischen Details, nur als eine Form, meine Erklärungen, die ich früher abgegeben habe, zur Kenntnis zu nehmen, nicht eine Folge meiner jetzigen Handlungen, also als eine schlichte und selbstverständliche Sache. Wie habe ich so sehr wie jetzt, wo Ihr mich aus dem Körper der Kirche austreibt, das feste und sichere Vertrauen gehabt, mit Christus und mit der großen Seele seiner Kirche im Einklang zu stehen, Romolo Murri.“

Ob nun Murri auch nach seiner Exkommunikation darauf bestehen wird, im Priesterrock an den Parlamentsverhandlungen teilzunehmen?

### England.

#### Der deutsche Flottenbau.

London, 25. März. Unterhaus. Auf eine weitere Anfrage, wann die deutsche Regierung zum ersten Male ihre Erklärung über die Absicht einer Beschleunigung ihres Bauprogramms übermitteln werde, erwiderte Asquith: Die definitive Erklärung, um die es sich handelt, wurde mündlich am 10. März abgegeben und lautet dahin, daß es nicht die Absicht der deutschen Regierung sei, ihr Schiffsbauprogramm zu beschleunigen und daß sie erst Ende 1912 zwölf Dreadnoughts haben werde. Beim Vergleich dieses letzten Teils der Erklärung mit der Information der Admiralität über das deutsche Schiffsbauprogramm kamen wir zu dem Schluß, daß darin nur Schlagschiffe und nicht Kreuzer enthalten seien. Asquith schloß: Es wurde durch die Rede des Staatssekretärs v. Tirpitz, die, wie ich mich zu erinnern glaube, am 16. d. Mts. gehalten wurde, klar, daß seine Mitteilung die Kreuzer miteinbezieht. Am 18. d. Mts. wurden wir benachrichtigt, daß bezüglich zweier gemäß dem deutschen Programm im Finanzjahr 1909/1910 in Auftrag zu gebender Schiffe, gewissen Firmen im voraus der Abschluß von Verträgen versprochen worden war. Man gab uns aber zu verstehen, daß dies die vorhergegangenen Mitteilungen über die Bauzeit in keiner Weise modifiziere. Auf eine Anfrage Holmes, ob er die Mitteilung des Premierministers so verstehen solle, daß die Regierung sich in ihrer Annahme, es hätte eine Beschleunigung der deutschen Bauten stattgefunden, geirrt habe, antwortete Asquith: Nein, durchaus nicht.

### Rußland.

#### Wechsel im Kriegsministerium.

Petersburg, 25. März. Dem Kriegsminister Rüdiger ist unter Ernennung zum Mitgliede des Reichsrats der Abschied bewilligt worden. Zu seinem Nachfolger ist der Chef des Generalstabes Suchomlinow ernannt worden. Den Grund für die Entlassung Rüdigers bildete seine allzu große Offenherzigkeit, womit er in der geheimen Dumaführung die Desorganisation der Armee schilderte.

### Finland.

#### Der Senat und das Wahlgesetz.

Helsingfors, 20. März. (Eig. Ber.)

Die letzten Tage haben hier die Gemüter in äußerster Erregung versetzt. Am 14. März dieses Jahres sollte nämlich das vom vorigen Landtag angenommene Wahlgesetz in Kraft treten. — Der Nikolaus hat es schon offiziell bestätigt und nun weigert sich der finnische Senat, dieses Gesetz zu promulgieren! Das neue Gesetz sollte mit dem feudalen Schutt aufräumen: die Naturalleistungen und Fronpacht abschaffen und in eine Geldrente umwandeln, sowie auch die Pachtverträge der Häusler und Kleinbauern („Torppari“) gesetzlich normieren. Das Gesetz bedeutet eine tiefgehende Reform für unsere sozialen Verhältnisse und so kann man das Interesse verstehen, welches ihm von den ländlichen Bevölkerungsschichten entgegengebracht wird. Der 14. März ist hier im Lande der übliche Kündigungstag der Pachtverträge, die nun unter die Normen des neuen Gesetzes fallen sollten. Der russische Ministertrat mit Stolypin an der Spitze zogen die Schätzung des Gesetzes bis zum letzten Augenblick hin, so daß diese erst am 13. März vormittags hier eintraf. Das Gesetz ist nun aber in Jaroslo-Selo mit einer einleitenden Bemerkung versehen worden, daß, obgleich alle Beschlüsse des aufgelösten Landtags null und nichtig seien, der russische Zar dennoch speziell für diesen Fall anordnet eine Ausnahme zulasse zugunsten der armen Bevölkerungsschichten Finnlands. Diese russische Auffassung, daß die Beschlüsse des aufgelösten finnischen Landtags null und nichtig seien, konnte der Senat nicht akzeptieren und mußte nun, um das Recht der finnischen Autonomie zu verteidigen, in dieser oder jener Form eine Verwahrung dagegen einlegen. So kam der Senat am 13. März zu einer vorbereitenden Sitzung zusammen und beschloß mit Stimmenmehrheit, das Gesetz in seiner jetzigen Form nicht zu veröffentlichen, weil die einleitenden Worte eine Verletzung der finnischen Grundrechte bedeuten. Das sieht ja nach einer solchen und manhaften Tat aus, aber man wird sich doch die Frage vorlegen, ob hinter dem konstitutionellen Schein nicht andere viel realere Beweggründe stecken. Die Majorität im Senat besteht nämlich aus den Vertretern der schwedischen und finnischen Agrarier, denen dieser Kasus sehr gelegen kam, um die Einführung dieses für sie so unangenehmen Gesetzes auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben. Man muß im Auge behalten, daß dieser Senat sonst gar nicht so standhaft den Annahmen der russischen Reaktion entgegentritt, wo es sich um die Geldbewilligung für die Neubrücke oder um die Verfolgung der russischen Revolutionäre handelt. Wenn dem Senat die Interessen des Volkes wirklich so teuer wären, wie die schwedischen bürgerlichen Blätter es jetzt versichern, so könnte man gewiß auch eine andere Form des Protestes finden und das Wahlgesetz doch in Kraft treten lassen. So bleiben nun aber nach dem 14. März Hunderte von Torpparifamilien, denen in diesem Jahre gekündigt wird, von dem rechtlichen Schutz des neuen Gesetzes ausgeschlossen.

Eine endgültige Entscheidung des Senats ist bis heute noch nicht gefaßt worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die jetzige Rinderheit im Senat, die für die Veröffentlichung des Gesetzes eintritt, die Oberhand gewinnt. Auch das ist schwerlich zu erwarten, daß der jetzige Senat einen offenen Verfassungskampf mit

Rußland wagen und alle Konsequenzen auf sich nehmen würde, denn dazu fehlt es der finnischen Bourgeoisie an Mut. Der einzige ernste Gegner der russischen Reaktion ist hier nur das organisierte Proletariat.

### Perken.

#### Mordtaten der Reaktionäre.

Teheran, 25. März. In der Nacht auf den 24. März ist der Sohn eines Kaufmanns mit noch drei Personen, die mit ihm in Schach Abdul Asim Zulfikar gefunden hatten, ermordet worden. Die Verleumdung des Asylrechts übte eine niederdrückende Wirkung auf die Bevölkerung, die geneigt ist, den Radikal-reaktionären Elementen zuzuschreiben. Die russische und englische Gesandtschaft machten der Regierung Vorstellungen, die dahin gingen, daß unverzüglich Nachforschungen angestellt und die Schuldigen bestraft werden.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

#### Ein Streikbrechertransport

ging vor einigen Tagen wieder von Berlin nach der Möbel-fabrik von Nischbacher in Jülich ab. Inserate im „Kofal-anzeiger“ und andere Werbemittel waren angewandt worden und der Erfolg dieser ausgedehnten Bemühungen war, daß sich ganze acht Arbeitswillige meldeten. Als Bekadrese für die Vermittlung der Arbeitswilligen diente ein Former Ziehm, Triftstr. 2. Die Gastwirtschaft von Wiebe, Alexanderstr. 17, war der Sammelpunkt, an dem die nützlichen und dem Unternehmer so „teuren“ Elemente sich zusammenfanden. Als ein Mitglied des Holzarbeiterverbandes den Versuch machte, in diesem Lokal ein paar Worte mit dem zum Transport bestimmten Arbeitswilligen zu sprechen, trat die Wirtin hindernd dazwischen. Um die Leute von jeder Berührung mit anderen auszuschließen, mußten sie aus dem Gastzimmer in den Flur übersiedeln, wo sie, durch gesinnungsverwandte Elemente behütet, bewirtet wurden. Eigentlich sollten die Streikbrecher noch am Abend desselben Tages nach Jülich verfrachtet werden, aber wer weiß, welche Hindernisse eingetreten sind, genug, die Reise wurde verschoben und die Arbeitswilligen von der Alexanderstraße nach dem Schanklokal von Rosemann, Invalidenstr. 121, überführt. Auf dem Wege dorthin wurden sie von einigen fragwürdigen Gestalten eskortiert, die mit einigen anständigen Arbeitern, welche den Zug als Beobachter begleiteten, Streit angingen.

Zur Leitung des Transports war einer der Brüder Scheu, die in Jülich als Arbeitswillige fungieren, nach Berlin gekommen. Ihm standen als Assistenten zwei gelbe Freunde zur Seite, der Zigarrenhändler Oberländer, Mahndauer 44-45 und der Tischler Karl Desterreich, Rummelsburg, Bühlischstraße 1. Im Lokale von Rosemann wurden die angeworbenen Arbeitswilligen bis zu ihrer Abreise untergebracht. Zwei Schulleute waren während der Zeit abwechselnd im Lokal anwesend und verhinderten, daß im Gastzimmer jemand mit den Arbeitswilligen sprach. So ging es bis zum Sonntag. Dann lud man die Arbeitswilligen in einen Omnibus, der sie nach dem Anhalter Bahnhof brachte. Einige dort postierte Schulleute waren von dem Zweck des Transports verständigt. Sie hinderten einige Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, die sich Bahnsteigarten gelöst hatten, den Bahnsteig zu betreten. So konnte die nach Jülich bestimmte lebende Ware nach ihrem Bestimmungsort abgehen, ohne daß die Leute vorher, dank des privaten und amtlichen Schutzes, darüber unterrichtet werden konnten, daß sie angeworben worden waren, um Verrat an den streikenden Arbeitern zu üben.

#### Der Streik der Kostümschneider und -Schneiderinnen

hat gestern früh begonnen, und zwar mit solcher Stärke und in solchem Umfang, wie es die Arbeitgeber sicherlich nicht erwartet oder befürchtet hatten. Es ist denn auch erklärlich, daß Arbeitgeber in ihrer Verlegenheit schon am frühen Morgen nach dem Streikbureau kamen, um womöglich — ohne die Verpflichtungen, die ihnen ihr Verband auferlegte, zu brechen — die Wiederaufnahme der Arbeit zu erzielen. Das war selbstverständlich vergeblich, da die Streikenden ebenso einmütig wie ihre Leitung die Anerkennung des Tarifs verlangen und sich nicht mit Versprechungen abspelsen lassen.

Die Streikenden kamen gleich von Anfang an in solchen Massen nach dem zum Streikbureau aussersehenen Lokal in der Nordgrafenstraße, daß die Räume sich als viel zu klein erwiesen. Man sah sich genötigt umzugehen, und verlegte das Streikbureau nach den Arminhallen, Kommandantenstr. 67/68. Hier war der große Saal samt den Galerien bald gefüllt. Bis 10 Uhr früh hatten sich schon 788 Streikende gemeldet. Die Arbeiterinnen bilden die Mehrheit der Streikenden, wie ja überhaupt in der Kostümbbranche mehr weibliche als männliche Arbeitskräfte beschäftigt werden. 39 Geschäfte, von denen einzelne 2, 3 auch 5 Werkstätten haben, waren schon vom Streik betroffen, und im Laufe des Tags kamen noch weitere Arbeitsniederlegungen hinzu. Die Zahl der Streikenden ist heute jedenfalls schon auf über 1000 gestiegen. Ihre Stimmung läßt nichts zu wünschen übrig. Alle, die Frauen und jungen Mädchen wie die Männer, sind sehr entschlossen, im Kampfe um die Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse tapfer auszuhalten, bis das Ziel erreicht ist.

Die Polizei war, wie es ja in Preußen bei gewerkschaftlichen Kämpfen leider einmal üblich ist, schon am frühen Morgen sehr zahlreich auf dem Platz erschienen. Aber es ist nicht daran zu zweifeln, daß es den Streikenden trotz der polizeilichen Maßnahmen gelang, ihren Kampf mit ganzer Kraft und in vollem Umfange durchzuführen.

Einige der vom Streik betroffenen Firmen, darunter eine der bedeutendsten der Branche, haben gestern schon bei der Streikleitung um Verhandlungen nachgesucht, so daß im Laufe der nächsten Tage sicherlich eine größere Anzahl der Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen kann.

Bei den vielen ledigen Arbeitern, die in der Kostümbbranche tätig sind und nun im Streik stehen, macht sich schon der Drang bemerkbar, Berlin zu verlassen, was ja leicht erklärlich ist, da es jetzt während der Saison auch in anderen Städten keineswegs an Arbeit in der Branche fehlt. Wenn auch die Organisation in dieser Hinsicht noch keine Beschlüsse gefaßt hat, so müssen die Arbeitgeber doch bei längerer Dauer des Streiks darauf gefaßt sein, daß ein gut Teil der unentbehrlichen Arbeitskräfte Berlin den Rücken kehrt und ein starker Arbeitermangel für die Kostümbbranche eintritt. — Nebenbei waren die Forderungen schon vor Ausbruch des Streiks von 7 Firmen bewilligt, was wohl Beweis genug dafür ist, daß die Kostümschneider und -Schneiderinnen nichts Unvernünftiges verlangen.

#### Der Ablauf des Tarifvertrags der Bauanschläger.

Eine allgemeine Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband und

Arbeiterwohlfahrtsvereine

nennt die Verwaltung der Altpfandgrube zu Palenke Ihre vier Schlafhäuser, darunter ein „Arbeiterheim“, welche mit 1500 aus...

Genossenschaftliche Handweberei.

Seit 1902 betreiben Arbeiter-Union-Rheinfelden und Gewerkschaftsartikel-Verein gemeinsam eine Handweberei mit Fabrikations...

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Poststreik.

Paris, 25. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Beschluss auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen die Unter...

Die Marinedebatte vor der Kammer.

Paris, 25. März. (B. L. W.) Deputiertenkammer. Delcassé begründete seinen Antrag über die Ernennung einer parlamentarischen Untersuchungskommission über den Zustand der Marine.

Das Haus nahm mit 320 gegen 170 Stimmen den ersten Teil einer Tagesordnung Jourde an, der die Erklärungen des Marineministers und des Finanzministers billigt und das Vertrauen ausdrückt, daß die Regierung der Hebung der Seestreitkräfte sichern werde.

Eine ermordete Theaterdame.

Roskoff, 25. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Theaterfängerin Barthold wurde heute von einer Berliner Kollegin erschossen.

Regulierung der Fleischpreise.

Stuttgart, 25. März. (B. G.) In der heutigen Gemeinderatsitzung machte der Gemeinderat die Mitteilung, daß das preussische Ministerium des Innern bei der Stadt Stuttgart angefragt habe, welche Erfahrung sie mit der Kommission zur Festsetzung der Lebensmittelpreise gemacht habe.

25 000 Mark veruntreut.

Stuttgart, 25. März. (B. G.) Der „Staatsanzeiger“ berichtet schon wieder von Unterschlagungen bei dem Darlehnskassenverein. Der Kassier des Darlehnskassenvereins Salmaringen (Oberamt Horb) hat im Laufe der letzten 16 Jahre etwa 25 000 M. veruntreut.

Die Kämpfe in Persien.

Teheran, 25. März. (Melbung der Petersburger Tel.-Agentur.) Aus den Revolutionszentren liegen auch heute beunruhigende Nachrichten vor. In Teheran wurden gestern die Regierungstruppen, welche die Vorstadt Warindschi besetzt halten, von den Nationalisten und der hungernden Stadtbewohner angegriffen.

vom Verein der Bauanschläger, fand am Mittwochabend in den „Andreas-Hallen“ statt. Handke erstattete den Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Handke ermahnte die Arbeiter, sich nirgends auf Abmachungen ohne die Mitwirkung der Organisation einzulassen. Sind die Arbeitgeber bereit, das Einigungsamt entscheiden zu lassen, so ziehen sie damit ihre Vorlage zurück.

Eine Versammlung der Berliner Gasarbeiter beschloß folgende Resolution:

„Die bei Forger, Brenzlauer Allee 165 versammelten Arbeiter und Handwerker der Gasanstalt Danziger Straße nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis, daß bei den vorgenannten Entlassungen ortsunabhängige, verheiratete Arbeiter, die drei und mehrere Jahre im Betriebe beschäftigt sind, entlassen wurden.

Diese von unsozialem Sparsamkeitsprinzip diktierten Maßnahmen dienen dazu, die Arbeiter nicht in den Genuß der Vergünstigungen, wie Urlaub und Ruhegehalt kommen zu lassen. Da aber die Stadtverwaltung den städtischen Arbeitern die sozialen Einrichtungen als gewisse Entschädigung für die seit Jahren auf gleicher, niedriger Stufe verbliebenen Löhne darbietet, ist die Versammlung der Ansicht, daß auch die Stadtverwaltung die moralische Verpflichtung hat, den Arbeitern die Gewähr für die Benutzung dieser Einrichtungen zu geben.

Die Versammlung beauftragt den Arbeiterausschuß und die Ortsverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes, bei den zuständigen Stellen zwecks Abhilfe vorstellig zu werden.“

Deutsches Reich.

Ein „freisinniger“ Fabrikant, Reichstagsabgeordneter und Stadtrat und schwarze Listen!

Der Arbeitgeberverband zu Elmshorn richtete an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben:

Elmshorn, 20. März 1909.

An unsere Mitglieder!

In der Elmshorner Steingutfabrik C. u. E. Carstens drohen die Arbeiter wegen Lohnminderungen mit einem Streik. Wir senden daher vorstehende Namensliste der Arbeiter und bitten vorkommendenfalls Ihre Maßnahmen zu treffen.

Hochachtungsvoll

Der Arbeitgeberverband Elmshorn.

Es folgen die Namen der in der Fabrik beschäftigten 215 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Neuestes vom Tage.

Unter dieser Rubrik bringt das „Volkblatt für Anhalt“ folgende Notiz:

„Billige Arbeiter aus der Türkei finden am Tunnelbau der Röhrenbahn in der Schweiz Beschäftigung. (Das Bedürfnis einer Weltlingsprache wird auch durch diese Entwidlung der Dinge immer dringlicher.)“

Wie hielten es allerdings für richtiger, die türkische Arbeiterschaft mit den Ideen der modernen Arbeiterbewegung statt mit den Regeln einer ausgefägellten Kunstprache bekannt zu machen. Wenn aber der leitende Redakteur des „Volkblattes für Anhalt“ im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung auswandern sollte, um den Türken Unterricht im „Esperanto“ zu geben, werden wir diesen Verlust verschmerzen müssen.

Ein christlicher „Arbeiterführer“ und der Bergarbeiterkongreß.

Am 21. März fand in Harle eine Versammlung statt, in der Herr Jambusch, der Landtagsabgeordnete und christlicher Gewerkschaftssekretär referierte. Dieser Arbeitervertreter stellte wie gewöhnlich den Kongreß als zwecklos hin. Auf die Frage des Genossen Meddigan, weshalb er denn den Kongreß besuchte, wenn er „zwecklos“ sei, antwortete der Herr: „Nun, man geht doch mal ins Theater. Weil nun gerade der Landtag nicht tagte, bin ich dort mal hingegangen.“ Daß dem Herrn aus der Versammlung auf diese Aeußerung hin keine Schmeichelworte an den Kopf flogen, ist selbstverständlich. Wie ein betrübter Vohrgeher aber, dem die Bälle fortgeschwammen, sah der Herr Zentrumsabgeordnete an seinem Tisch, als die Versammelten sich wie ein Mann erhoben und den Saal verließen. So geht es, wenn man gleichzeitig Bergarbeiterrechte und Zentrumsprogramm vertreten muß.

Im Breslauer Töpfergewerbe

erscheint nunmehr der Frieden gesichert. Hier hatten, wie wir schon früher berichten konnten, die Unternehmer den im Töpfergewerbe bestehenden Lohnstarif zum 1. April 1909 gekündigt. In den ersten Verhandlungen legten die Unternehmer den Gehilfen ganz bedeutende Abzüge vor, weshalb die Verhandlungen resultatlos verließen. In einer letzten abgehaltenen gemeinschaftlichen Kommissionsitzung kam es jedoch zu einer Einigung. Die Unternehmer nahmen die anfänglich geplanten Lohnminderungen zurück. Auch bezüglich verschiedener sonstiger strittiger Positionen wurde eine Verständigung erzielt. In den Werkstuben wurde eine besonders schlechtbezahlte und oft in Arbeit kommende Position mit 10 Proz. Zuschlag bedacht, bei den Dfensehern soll das schlechteste verzierte Zeug vom 1. April 1910 ab dem altdeutschen gleichgestellt werden, was einen Zuschlag von circa 10 Proz. bedeutet. Ab 1. April 1911 sollen die Preise sämtlicher altdeutschen Dfense um weitere 5 Proz. erhöht werden. — Der neue Tarif ist auf drei Jahre vereinbart und soll am 1. April d. J. in Kraft treten. Es bedarf nunmehr noch der Zustimmung der beiderseitigen Verhandlungen zu den getroffenen Abmachungen, die auch jedenfalls erfolgen wird, womit dann der Friede im Breslauer Töpfergewerbe eingeleitet wäre.

Diese Bewegung hatte insofern für den deutschen Töpferverband eine besondere Bedeutung, als die Unternehmer Breslans bereits jetzt wieder mit einer allgemeinen Ausperrung der deutschen Töpfer drohten. Bekanntlich war Breslau auch im Jahre 1906 der Herd einer Ausperrung, die des damaligen Breslauer Töpferstreiks wegen verfaßt wurde und sich über 44 Orte erstreckte, nichtabsetzbarer aber mit einem guten Erfolge für die Breslauer Gehilfen endete, indem hier ca. 17 Proz. Lohnminderungen bewilligt werden mußten. Bei den diesmaligen entscheidenden Verhandlungen waren auch Vertreter des deutschen Dfensfabrikanten- und des Dfensehewerverbandes hinzugezogen, desgleichen war auch der Vorstand des Töpferverbandes vertreten. Die ersteren Herren scheinen aber in den Ausperrungen denn doch ein Paar Geunden zu haben, denn es wurde erfreulicherweise von allen Seiten lebhaft zum Frieden geraten, worauf denn auch nach langen Verhandlungen eine Einigung auf der oben angeführten Grundlage erfolgte.

Drohende Generalausperrung in Laßkubielau. Die Firma Neugebauer u. Kospitschil ist jetzt in den „Verband der Textilindustriellen“ eingetreten, der nunmehr den Kampf gegen die hungernden Weber führt und gegebenenfalls die Ausperrung aller Textilarbeiter in Langenbielau verfügen will. — Dieser Schreckruf wird die Streikenden auch nicht davon abbringen, von ihren gerechten Forderungen abzusehen, wird aber früher dazu beitragen, die Sympathie aller gerecht denkenden Menschen für die Streikenden zu erhöhen. — Die bestreikte Firma hat weitere Kündigungen der Hilfsarbeiter vorgenommen; es ist ihr also unmöglich, den Betrieb weiterzuführen.

Die Maurer und Bauhilfsarbeiter Königsbergs stehen mit dem Unternehmertum im Kampfe um Unterhandlungen, um einen neuen Tarifabschluß herbeizuführen. Diesmal gehen die freien Gewerkschaften mit den christlichen Organisationen zusammen, um einen eventuellen Streik zu vermeiden, oder, wenn es zur Arbeitsniederlegung kommen sollte, wenigstens geschlossen dazustehen. Die Unternehmer wollen für Maurer nicht mehr als einen Pfennig pro Stunde Zuschlag gewähren, das wäre eine Erhöhung von 55 auf 56 Pf. Die im Zentralverband organisierten Maurer haben bereits in einer Versammlung ihre Zustimmung für die Erhöhung auf 58 Pf. gegeben. Die Christlichen verlangten 57 Pf. pro Stunde, sind nun aber dabei, gleichfalls 1 Pf. fallen zu lassen, da ohne Kampf absolut keine Aussicht vorhanden war, mehr zu erreichen. Endgültig ist es aber noch nicht zum Abschluß der Verhandlungen gekommen, da noch die Bezahlung der Ueberstunden zu regeln ist.

Für die Bauhilfsarbeiter wollten die Unternehmer zunächst überhaupt keine Erhöhung des Lohnes eintreten lassen, im Gegenteil, sie wollten den Stundenlohn für alle Arbeiter auf 38 Pf. pro Stunde festsetzen, obwohl sie im alten Tarif bereits 45 Pf. für Malt- und Ziegelträger und 38 Pf. für die anderen Arbeiter pro Stunde gezahlt hatten. Sie scheinen inzwischen anderen Sinnes geworden zu sein, da sie den Weg der Verhandlungen nochmals betreten wollen; doch verlangen sie, daß fortan 20 Steine getragen werden sollen; bisher galten 16 Steine als Last. Die beiden Organisationen der Bauhilfsarbeiter (freie Gewerkschaftler und Christliche), haben nun folgenden Tarif eingereicht: für Malt- und Ziegelträger, desgleichen für Estrichträger 48 Pf., für Abbruch-, Scharwerks- und andere Arbeiter 39 Pf., für ständige Erdarbeiter 38 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden verlangen die Bauhilfsarbeiter, den Maurern gleich, 10 Pf. Erhöhung pro Stunde. Die Tarife für Maurer und Bauhilfsarbeiter werden, sollte es zur Einigung kommen, nur auf ein Jahr zum Abschluß gelangen, da von 1910 ab der Einheitsstarif für ganz Deutschland in Kraft treten soll.

Von den Opfern des Maghittenprozesses. Bekanntlich sind in dem großen Landfriedensbrüchprozess, der aus dem erbitterten Streik in dem oberpfälzischen Eisenwerk Maghütte entsprang, eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen teilweise zu erheblichen Strafen verurteilt worden. Die Zentrumspresse gab sich alle Mühe, sie als die Opfer sozialdemokratischer Verheugung hinzustellen, um dadurch die Aufmerksamkeit von der traurigen Rolle abzulenken, die die Christlichen bei der Affäre gespielt haben und auch ein wenig im Trüben zu fischen. Vor kurzem verhandelte die Zentrumsblätter, daß der größte Teil der Verurteilten auf ein Gnadengesuch vom Regenten begnadigt und aus dem Gefängnis entlassen worden sei und daß sich hierbei der Zentrumsabgeordnete Held große Verdienste erworben habe. Die Nachricht vom dem Gnadengesuch war um so auffällender, als es sich zumeist um sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter handelt und für die Familien der Inhaftierten durch das Ergebnis einer von der Partei im Verein mit dem Deutschen Metallarbeiterverband vorgenommenen Geldsammlung ausreichend gesorgt ist. Nun hat sich herausgestellt, daß diese Nachricht aus der Luft gegriffen ist. Durch eine Entscheidung des Justizministeriums wurde 10 Verurteilten eine Bewährungsfrist bis 1. Dezember 1912, 8 Verurteilten, die in der Verbüßung ihrer Strafsaft begriffen sind, wurde die Unterbrechung der Strafsaft und Bewährungsfrist auf die Dauer von 5 Jahren bewilligt. Ferner wurde angeordnet, daß bezüglich 11 Verurteilten nach Verbüßung der Hälfte ihrer Strafsaft und bezüglich 12 Verurteilten nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafsaft über ihre Führung am Strafsaft Bericht zu erstatten ist, worauf über die eventuelle Entlassung entschieden werden soll. Es handelt sich also lediglich um die „bedingte Begnadigung“ eines Teiles der Verurteilten, ein Gnadengesuch hat keiner von ihnen eingereicht. Die Entschließung des Ministeriums ist nicht auf das Eingreifen irgend einer Zentrumsgröße, sondern auf die Bemühungen der drei Verteidiger zurückzuführen.

Achtung, Bittcher! Die Kollegen der C. F. Möllerschen Beschäftigten in Nürnberg-Fürth führen einen schweren Kampf mit genannter Firma. Diese wollte nach Ablauf des mit ihr abgeschlossenen Tarifs statt Verbesserungen, Verschlechterungen einführen. Gleichfalls sollten den Unorganisierten bestehende Vergünstigungen weiter gewährt, den organisierten Kollegen aber entzogen werden. Als dies mit Entschiedenheit abgelehnt wurde, entließ die Firma sämtliche organisierten Bittcher. Die Nürnberger Kollegen erziehen um tatkräftige Unterstützung in dem ihnen ausgezungenen Kampfe. Sollte irgendwo Nürnberger Beschäftigten auftauchen, so ist der Vorstand davon sofort in Kenntnis zu setzen.

Neue Scharfmachergründung.

Ein „Reichsverband der Steinsegermeister“ ist auf einer Konferenz in Leipzig, in der 34 Unternehmerorganisationen durch Delegierte vertreten waren, ins Leben gerufen worden. Durch diese Gründung ist nunmehr die schon solange geplante Zentralorganisation der Unternehmer im Steinsegergewerbe zustande gekommen. Bisher sollen jedoch erst wenige Lokalorganisationen diesem Verbande beigetreten sein. Keuzerl bezeichnend ist, daß die bisherige provisorische Leitung der Zentralisationsbestrebungen nicht mit der Führung der Geschäfte des Verbandes betraut wurde. Diese soll zu arbeiterfreundlich gewesen sein und mußte aus diesem Grunde anderen, mehr scharfmacherischen Personen den Platz einräumen, die nicht in diesem Verdacht standen. Der Gedanke des Reichstarfs, der bereits seit Jahren im Steinsegergewerbe verankert ist, fand ebenfalls wenig Zustimmung. Man darf daher eine „scharfere Tonart“ seitens der Steinsegermeister in nächster Zeit erwarten.

Ausland.

Die Kämpfe um den Arbeitskontrakt in den Niederlanden.

Von den gewerkschaftlichen Kämpfen, die das Unternehmertum der niederländischen Arbeiterschaft zwecks Einführung individueller Arbeitskontrakte aufzuzwingen hat, sind jetzt die meisten mit mehr oder minder gutem Erfolg beendet worden. Ausgespart oder im Streik sind jedoch noch die Stukkateure in Haarlem, die Maurer und Bauhilfsarbeiter in Vesp und Zutphen und die Moler in Lochem und Zutphen. Diese verschiedenen Arbeitergruppen, ungefähr 300 Mann, befinden sich jetzt schon zwei Monate im Ausstand. Zu ihrer Unterstützung werden die Sammlungen des niederländischen Verbandes der Gewerkschaften noch fortgesetzt.

200 000 Arbeitslose in New York.

Im Staate New York gibt es zurzeit über 200 000 Arbeitslose; davon befinden sich die meisten in der Stadt New York. Und doch beginnt die Einwanderung wieder etwas stärker zu werden; gerade nach New York richten die meisten Einwanderer ihr Ziel. Es wird jetzt die Errichtung einer staatlichen Arbeitsagentur für New York beabsichtigt, wie solche in Massachusetts und auch in Illinois besteht. Die Staatsagentur in Massachusetts hat im verfloffenen Jahre für 23 000 Personen Arbeit gefunden, die in Illinois für 15 000 Personen, allerdings meist auf dem Lande. Auch in New York behaupten die Farmer, daß sie nicht genügend Arbeitskräfte finden können. Freilich ist für die Farmarbeit nicht jedermann geeignet, auch bezahlen die Farmer schlecht, und Arbeitskräfte brauchen sie nur für bestimmte Zeiten im Jahre. Es ist also nur ein schwacher Trost und eine geringe Hoffnung für die Einwanderer, wenn ihnen gezeigt wird, daß auf dem Lande Arbeiter gebraucht werden.

Stadtverordneten-Versammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 25. März 1909, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende-Stellvertreter Cassel eröffnet die Verhandlungen nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen Geh. Medizinalrat Dr. Krenners, Direktor am städtischen Krankenhaus Moabit.

Die Versammlung geht zunächst die Beratung des Stadthaushaltsplans für 1909 fort.

Ueber die Spezialkassen „Schüler der Magistratsmitglieder“, „Hochbau“, „Tiefbau“ und „Sonstige Ausgaben und Einnahmen“ referiert Stadtd. Schulze (H. L.).

Zum Hochbauetät bemerkt

Stadtd. Rosenow (H. L.): Die staatlichen Behörden fahren fort, sich in unsere inneren Verwaltungsangelegenheiten da, wo sie sich nicht angehen, einzumischen. Neuerdings hat ein Kreisrat sich gemüßigt gefühlt, darauf hinzuweisen, daß in einer Gemeindefschule zwei Lärren neu angebracht werden müßten. Die Regierung solle doch aufhören, ihre Nase in solche Dinge zu stecken; die Stadtverwaltung muß sich das entscheiden verdrängen. (Lebhafte Weisfall.)

Stadtd. Kämpf (H. L.): Für das neue Stadthaus sollen für 800 000 M. Arbeiter im Ausland, speziell in Italien, bestellt werden sein. Was ist Wahres daran bzw. welche Gründe sind für die Vergabe an ausländische Unternehmer maßgebend gewesen?

Stadtrat Ramsau: Es sind an einen Künstler vertraglich 208 000 M. zu zahlen. Die betreffenden Arbeiten sind fast durchweg in Berlin gefertigt worden; auf die ins Ausland gegangenen Arbeiten entfällt nur ein verschwindend kleiner Teil. Die Gerüchte haben ganz außerordentlich übertrieben.

Stadtd. Dupont (Soz.): Mir war die Sache schon lange bekannt, es sind Kollegen mit mir dabei beteiligt. Wir sehen keineswegs auf dem Standpunkt, daß Ausländer nicht herangezogen werden sollen. Aber die Arbeitslosigkeit ist bei den Bildhauern zurzeit besonders groß, und da hat es Unwillen erregt, daß zu Steinarbeiten, die jeder Steinmetz machen kann, italienische Hilfe herangezogen worden ist. Aus welchem Grunde der Unternehmer italienische Arbeiter herangezogen hat? — es müßten in dem neuen Stadthause Arbeiten heruntergehauen und durch andere ersetzt werden. (Hört! hört!) Das beweist doch, daß diese Kräfte nur herangezogen worden sind, weil sie billiger waren, und dagegen treten wir auf; wenn die Fremden zu schlechteren Bedingungen hier arbeiten, so wenden wir Sozialdemokraten und Gewerkschaftler uns entschieden dagegen. Der Magistrat muß durchaus diese Sache prüfen.

Baurat Mahdorf: Von dem Heruntergehauen ist der Bauverwaltung nichts bekannt. Es handelt sich auch nur um tonige Mann. Der Stadtbaurat Hoffmann hat einen aus München hierher gezogenen Künstler deutscher Nation beauftragt, Reliefs für das Rathaus zu modellieren und nachher in Stein auszuhaun zu lassen. Sie sollen Türen und Tore zieren und zieren sie schon. Der Künstler hat seine eigenen Leute dabei beschäftigt, weil er zeigen wollte, daß es möglich ist, ohne Modelle nach skizzierten Zeichnungen von geschickten Leuten die Sachen unmittelbar in Stein arbeiten zu lassen. In dem „Verein für das deutsche Kunstgewerbe“ wurde vor einigen Monaten dieselbe Klage laut; der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Rüthestus hat an Ort und Stelle die Sache studiert und berichtet, daß sich nichts beanstandend läßt. Es handelt sich um einen Versuch, der geglättet ist. Der Stadtbaurat nimmt das Gute in der Kunst, wo er es bekommen kann, und versucht, dem Berliner Kunsthandwerk möglichst viele Anregungen zu geben. In diesem Bestreben sollte er unterstützt werden. (Weisfall.)

Stadtd. Jolles (H. L.): Nach den eigenen Ausführungen des Stadtrats Ramsau sind 77 000 M. oder 38 Proz. für die persönliche Leistung des betreffenden Künstlers bestimmt. Das ist eine ganz enorme Summe und bei der heute gelobten Sparfahigkeit eine kaum zu verantwortende Ausgabe.

Stadtd. Jacobs (H. L.): Auch in dem neuen städtlichen Verwaltungsgebäude ist nicht genügend Licht vorhanden; es muß bei nicht ganz hellem Wetter elektrische Beleuchtung eintreten. Kann nicht noch jetzt Vorlesung getroffen werden, um mehr Licht hineinzuschaffen? (Heiterkeit.)

Oberbürgermeister Kirchner: Stadtbaurat Hoffmann hat mir seinerzeit auch mitgeteilt, daß man zu einer akzeptablen Methode der Herstellung von Reliefs zurückzukehren anfängt, einer Methode, die in Berlin noch nicht geübt sei. Er will sich das Arbeiter-

material dafür auf dem erwähnten Wege heranziehen, und dieses sein Streben zur Förderung des Kunsthandwerks sollte anerkannt werden. (Weisfall.) Daß seine Bestrebungen mit einer ablaufenden Konjunktur zusammenfielen, ist möglich, konnte aber nicht vorausgesehen werden. Die Kritik der Beleuchtungsverhältnisse im Stadthaus schien mir noch eigener Wahrnehmung nicht unbedeutend; es ist aber mit der Verteilung der Bureaus und der Beamten abweichend von dem ursprünglichen Plane des Stadtbaurats abgeändert worden. Die Kulte und Regale sowie die großen Kastenbücher des Steuerbureaus entbehren jetzt des genügenden Lichtes; es soll aber Abhilfe geschaffen werden. Es ist ja der Bau noch gar nicht abgeschlossen und noch nicht definitiv in Benutzung genommen; auch er wird der Stadt wie alle Hoffmannschen Bauten zur Zierde gereichen.

Stadtd. Dupont: Wir haben die größte Hochachtung für die Künstler und so auch für den Stadtbaurat Hoffmann. Ich schäme auch die bezeichneten Bestrebungen, aber ich glaube, Herr Hoffmann, der hier nicht soweit Radmann ist, um die Bildhauerarbeiten beurteilen zu können (Lurche), hat sich von einem Künstler mehr als gut beeinflussen lassen. Das Vorbildnis im Berliner Schloß liegt ganz ähnlich; da ist eine Dede in italienischer Renaissance in Holz gemacht worden; diese ganz gewöhnliche Schnitzerei, welche hier in Berlin in der Kunstschule besser gemacht wird, mußte nach Meinung des Unternehmers in Florenz gemacht werden. Da befürchten wir, daß ähnlich auch im neuen Stadthause gearbeitet werden könnte; erstlichweise ist das nicht eingetreten. Was die Steinarbeiten betrifft, so kann man das auch so betrachten, daß das Modell gespart werden soll (Oh!), nicht bei dem Künstler, aber bei dem Unternehmer. Hier werden die Modelle ganz beiseite geschoben und man behauptet, weil ohne Modell, nur nach Zeichnungen gearbeitet werden soll, müßten Italiener herangezogen werden. Die Italiener können gar nicht punktieren (Widerspruch); die Behauptung, daß unsere hiesigen Bildhauer nicht ohne Modell arbeiten könnten, ist falsch. Wir haben stets dem Geheimrat Hoffmann zur Seite gestanden; aber er muß und schon gestanden, ihn aufmerksam zu machen, wenn er jemandem Folge leistet, der ihn vielleicht auf eine ganz falsche Fährte führt. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtd. Kämpf dankt für die erhaltene Auskunft, hält aber auch die Summe von 200 000 M. für hoch genug, um zu wünschen, daß sie dem heimischen Gewerbe nicht hätte entzogen werden sollen.

Stadtd. Dupont: Der Baurat bestritt, daß Steinarbeiten heruntergehauen werden müßten. Soeben wird mir noch mitgeteilt, daß in einer der letzten Nächte für zirka 40 000 M. Arbeiten heruntergehauen worden sind. (Hört, hört!) Ich bitte dringend, daß das nachgeprüft und Remedur geschaffen wird.

Oberbürgermeister Kirchner: Nachgeprüft wird es ja werden, aber eine solche Behauptung halte ich von vornherein für nicht zureichend.

Baurat Mahdorf: Ich möchte für die Bauverwaltung den lebhaften Wunsch äußern, für solche Maßnahmen Unterlagen mitzuteilen. Es bleibt doch sonst immer etwas hängen. Ich weiß nichts von heruntergehauenen Sachen im Werte von 1000 und nichts von 40 000 M. Die Räume des Stadthauses sind jetzt weit über das richtige Maß hinaus belegt; in Räumen, die für sechs Beamte bestimmt sind, sitzen 10 und noch mehr. Das ist jedoch nur ein vorübergehender Zustand. Bis zum 1. Oktober 1910 wird das Stadthaus in allen Räumen besetzt sein; dann werden Sie mit dem Bau zufrieden sein. Der Architekt hat das Bestreben, die Fenster von außen nicht so groß erscheinen zu lassen, wie sie sein müssen und meist auch sind. Das ist eine schwierige Aufgabe, aber sie ist zu lösen.

Zu dem Punkt „Sonstige Einnahmen und Ausgaben“ bemerkt Stadtd. Dupont: Was ist aus der Angelegenheit der Arbeitslosenunterstützung geworden und aus den Arbeiten der gemischten Deputation? Es sollte doch etwas Besonderes für die Arbeitslosen getan werden; ein hervorragendes Magistratsmitglied soll sogar gehöhrt haben, es müßte etwas geschehen. Welches sind die Gründe für die Verzögerung? Der Magistrat kann doch unter Umständen sehr schnell arbeiten. In der gemischten Deputation hat man sich besonders gegen die freien Gewerkschaftler als gegen Sozialdemokraten gewendet, denen man keine Kommanogelder zur Verfügung stellen kann. Damit werden doch auch die nicht zu den Gewerkschaften zählenden Arbeitslosen getroffen. Oder sollte der Kammerer der Schuldige sein, der den sozialen Völkisch vor dem Ueberlaufen schützen wollte? Es gibt ja noch gar keine Arbeitslosenversicherung. Darum hat eine ganze Reihe von Kommunen, Mainz,

München, Altona, Frankfurt a. M., abgesehen von Strassburg und Erlangen, die das Genter System eingeführt haben, Maßnahmen nach der Richtung ergriffen. Da schien es doch auch für Berlin an der Zeit, etwas zu tun. Hat man vielleicht Gedacht: ziehen wir es etwas hinaus, bis die Sonne durchbricht? Solange die wirtschaftliche Krise dauert, dauert die Arbeitslosigkeit an; die Krankenlisten haben die Last bisher getragen, müssen aber auch schon ihre Beiträge erhöhen. Nach dem neuen Reichsgesetz kann die Gewährung solcher Beihilfen nicht mehr als Armenunterstützung angesehen werden. Es ist höchste Zeit, daß die Stadt etwas tut, soll nicht der Unmut in der Arbeiterschaft noch mehr wachsen.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Magistrat hat den Antrag der gemischten Deputation abgelehnt. (Hört, hört!) Den Antrag, die Unterstützung durch die Gewerkschaften bewirken zu lassen, hat schon die Deputation abgelehnt. Der Antrag der Deputation, eine größere Summe der Armenverwaltung zur Verfügung zu stellen, ist von dem Magistrat als ein nicht gangbarer Umweg angesehen und abgelehnt worden. Die Armenverwaltung ist heute schon zur Gewährung solcher Unterstützungen berechtigt.

Stadtd. Sonnenfeld (H. L.) ist erfreut über die 20 000 Mark-Spende für die Tuberkulosebekämpfung, hält diese Leistung aber nur für einen allerersten Anfang. Die Fürsorgestellen seien eine vom Charitébirektor Geh. Rat Bitter geschaffene sehr nützliche Einrichtung, hätten aber noch keinen festen Rechtsboden.

Stadtd. Dupont: Das glatte Reim des Magistrats ist ja immer noch besser als das Hängen und Bangen in schwabender Reim. Aber dieses glatte Reim hat einen sehr bitteren Beigeischnack; nach außen hin wird es auf den Magistrat kein günstiges Licht werfen. Das darf dem Magistrat nicht gleichgültig sein; die Frage, wie die Arbeitslosennot gelöst werden kann, muß heute jede staatliche und kommunale Körperschaft beschäftigen. Aus Wohlthätigkeitsfonds soll also jetzt der Arbeitslose ein paar Mark bekommen! Können Sie denn keinen Unterschied machen zwischen denen, die schon moralisch so gesunken sind, daß es ihnen egal ist, woher sie etwas bekommen, und wäre es aus dem Bettel, und dem lassebewußten Arbeiter, der sagt: „Reim, das ist das Letzte, was ich tue!“ Da muß so vorgegangen werden, wie es jetzt in Mainz geschieht, wo man sehr wohl verstanden hat, den Unterschied zwischen Armenamt und Arbeitsamt zu machen; letzteres zahlt die Unterstützungen aus und setzt sich mit dem Armenrat in Verbindung, um zu erfahren, ob jemand Armenunterstützung erhält. Dort hat man also der Sache mehr Ernst entgegengebracht. Der Magistrat wird sich wundern, wie die Bevölkerung draußen über seine Antwort denkt. (Weisfall.)

Die aufgeführten Etats werden bewilligt.

Den Etat „Kapital- und Schuldenverwaltung“ sowie die kommunalen Steueretats (Grund-, Gewerbe-, Warenhaus-, Betriebs-, Einkommen-, Hund-, Brau-, und Wandrahens-, sowie Umsatzsteuer) hat der Ausschuss unbeanstandet gelassen. Bei der Umsatzsteuer sind die Ergebnisse der Einzelberatung des Etats behufs Herstellung der Balance durch Ermäßigung der Einkommens um 175 484 M. zum Ausdruck gebracht. Der Gesamtetat für 1909 balanciert mit 288 561 287 M. Es bleibt bei 100 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer, 150 Proz. zu den Realsteuern.

Nach dem Referat des Stadtd. Liebenow werden alle diese Etats genehmigt und der Etat für 1909 im ganzen mit der angegebenen Summe in namentlicher Abstimmung mit 81 gegen 24 sozialdemokratische Stimmen festgestellt. Der Antrag auf namentliche Abstimmung war vom Stadtd. Jolles (H. L.) gestellt.

Die Vorlage wegen Vermehrung der etatsmäßigen Stellen ist von dem eingesetzten Ausschuss einstimmig unbedeutend angenommen worden; die Versammlung beschließt ohne Debatte in gleichem Sinne.

Ueber die Vorlage betreffend die Verlängerung von Verträgen wegen Aufstellung von Zeitungsständen und Trinkhallen auf städtischen Straßen und Plätzen berichtet Stadtd. Jacobi (H. L.).

Ohne Debatte tritt die Versammlung den Ausschussvorstellungen bei. Die Vorlage betr. den Verkauf des Grundstücks Knipprodestraße, Ecke der Schönhauserstraße, beantragt Stadtd. Hing (Soz.) einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Stadtd. Hing (Soz.): Es handelt sich um ein Grundstück von 2183 Quadratmeter, das mit 102 M. pro Quadratmeter, 1446 M. pro Quadratmeter verkauft werden soll. Es liegt in bester Gegend, die sich sehr bald noch wesentlich heben wird. Der Preis ist ein außerordentlich niedriger, der zweifellos bald ganz erheblich ge-

Kleines feuilleton.

Was das Fliegen kostet. Aus London wird berichtet: Nach wochenlanger geheimnisvoller Tätigkeit haben sich jetzt die Tore der Olympia-Halle wieder geöffnet, und eine zahlreiche Menge Wissensdurstiger besuchte sich, die neue große Flugmaschinen-Ausstellung zu besichtigen. Es ist bezeichnend für die Fortschritte des Flugports, daß das Interesse keineswegs platonisch bleibt; die Vertreter der großen Motorenfabriken haben bereits eine Anzahl fester Aufträge für Flugmaschinen erhalten und viele Privatleute haben Unterhandlungen angeknüpft. Interessant ist es, die Preise zu verfolgen, die die Erfinder für ihre Maschine fordern. Die Orquet-Luftmaschine, die noch nicht praktisch versucht wurde, aber „fertig für die Luft“ geliefert wird, soll 20 000 M. kosten. Wesentlich billiger ist die Flugmaschine Weiß, die in der Form an einen riesigen Vogel ohne Schwanz gemahnt und bereits 300 Meter geflogen ist; sie soll 10 000 M. kosten. Die Flugmaschine von de la Hault, ein riesiges Gerüst, das fast an eine Windmühle mit riesigen Vogelgeschwängen erinnert, soll 24 000 M. kosten; der Erfinder behauptet, mit seinem Apparat in Belgien fünf englische Meilen geflogen zu sein. Die Windham-Flugmaschine, noch unversucht, ist für 13 000 M. käuflich, während Robert-Gnaul-Pelterie für ihren Aeroplan, der eine Geschwindigkeit von 56 englischen Meilen in der Stunde entwickelt und in einer Höhe von etwa 40 Metern bereits 1 1/2 Kilometer zurückgelegt hat, 35 000 M. fordert. Howard L. Wright, der nicht mit den amerikanischen Brüdern verwechselt werden darf, fordert für seine 43 Fuß lange und 10 1/2 Fuß breite Maschine 24 000 M., obgleich der Apparat noch nicht öffentlich erprobt ist; dafür aber übernimmt er die flugtechnische Ausbildung des Käufers. Er hat bereits sechs Aufträge empfangen, alle von englischen Privatleuten. Auch Captain Windham hat von einem Sportsmann einen Auftrag auf eine Flugmaschine mit einem Sechszylinder-Motor erhalten. Daneben werden kleinere Flugmaschinen mit Zweizylinder-Motoren lebhaft begehrt; der Erfinder hat bereits am ersten Tage 15 Bestellungen entgegennehmen können.

Theater.

Neues Schauspielhaus (Kollendörffler): „Pechschulze“ von Hermann Salinger. Die Zeit, da Berlin seine klassischen Pöffen- und Schwandächler und demzufolge seine unverwundlichen Illustrierten auf der Bühne hatte, scheint für immer verloren. Seine höchste Blüte entfaltet dies erbeiternde Genre noch dem deutsch-französischen Kriege, während der Aera des Allenschinwinkels. Damals schwamm das Bürgertum in Wolle und Entzücken. Und es vergnügte sich damals auf seine Weise; nicht zwar mit dem widerlichen Raffinement des holländischen Genüßlings von heute, sondern mit der Raubritter eines Mannchen, der zum erstenmal in die weite Welt geht, sich nun vor seligen Stauern nicht zu lassen weicht und drohliche Burzelbäume schlägt. Dieser Geist lebt in den Pöffen und Schwänken jener Gründerjahre. Gut bürgerlich, um nicht zu sagen spießbürgerlich, mutet die Sphäre an, in der sie sich meist betrogen. Der Witz und Humor hat noch nichts

von kosmopolitischer Angeflogenheit, dafür aber jene lokale Beschränkung, der ein anheimelndes urkräftiges Verlangen einströmt. So genährt denn die Wiederbelebung jener Altböhrner Pöffenhaftigkeit auf der modernen Bühne auch ein gewisses kulturhistorisches Interesse — vorausgesetzt nämlich, daß trotz alles Aufputzes, der dem gegenwärtigen Geiznach Rechnung tragen muß, das ursprünglicheolorit nach Möglichkeit gewahrt bleibt. In dieser Hinsicht ist die Aufmachung, die Salinger's „Pechschulze“ im Neuen Schauspielhaus jetzt erfahren hat, außerst glücklich zu nennen. Jede Retusche erscheint vorzüglich erdosen und pietätvoll mit dem Willen des Ganzen verflochten. Wohl blies die an sich harmlose Fabel umgewandelt, aber ihre Bewegungslinie wurde zu ihrem Vorteil verändert, sozusagen zu moderner Aktualitätswirkung gesteigert. Das zeigt sich aufs glänzendste in der großen Ateletizene, in der textlich und musikalisch die gesamten Opern- und Operettenschöpfungen des letzten Jahrhunderts bis auf Richard Straußens „Elektra“ travestiert werden. Hier schwingt ein Groteskhumor hinein, dessen witzsprühende Infernalität an die besten Zeiten der Offenbachschen erinnert. Das sind geradezu Prachisstücke von parodistischer Leistung, die hier in fabelhafter Lustigheit und dramatischer Lebendigkeit vollbracht werden. Ernst Krandt war vielleicht nie so im Element ureigenster Zustimmung wie in der Rolle des Pechschulze, besonders aber, wenn er als Altknecht, der droht von Mordbolschen, ängstlich umherspringt. Und Gisela Schneider, diese Minna Schulze — einfach großartig als Elektra. Dazu Albert Bore, ihr Musikant Schulze, wenn er seine köstlichen berlinisch-sächsischen Couplets singt, oder wenn er mit seiner Minna den Rindorfer tanzt oder als Orestes mütet. Dann noch Fritz Kleinke, der Hauswirt Knautsche im schmerzigen Schlafrod, eine vorzüglich komische Charakterdarstellung; Lore Fona als Frau des Pechschulze — und das ganze lustige Ensemble nebstbei! Wohl selten wurde so viel gelacht wie diesmal. e. k.

Frankfurter Theater. Ueber die Uraufführung von Alara Viebig's Schauspiel „Das letzte Bild“ schreibt die Frankfurter „Vollstimme“: An den erzählenden Dichtungen Alara Viebig's hat sich gerade auch das arbeitende Volk Deutschlands erbaut und erfreut. Jede neue Darbietung der Dichterin wurde mit Jubel begrüßt, weil ihre unmittelbare Lebensrisse, ihre Liebe zu vollstimmigen Stoffen und ihre impulsive Gestaltungskraft ihr echtes Fühlen mit den großen und kleinen Leiden und Freuden der Ärmsten unübersehlich anged. In das neue Schauspiel sind alle Vorgänge der Erzählung, aber damit auch alle ihre dramatischen Schwächen übergegangen. Der Eingangsstück gibt das ganze Milieu der Eisenbauern mit ihren sonnig-ergötzen und ihren rauh und hart gearbeiteten Typen meisterhaft wieder. In der Wirkstube der Kreisstadt sitzt der lebenslustige Rosenhofbauer Peter in urwüder Gesellschaft und laßt über die Sticheleien der anderen. Da erkrankt mit der Sus Endenich, einer schwarzhaarigen wilden Dirne, das Schicksal, das Peter's Lebensweg zum zweiten Male kreuzt und verwirrt. Peter hat von ihr einen fünfjährigen Jungen, für den sich die Sus damals hat abfinden lassen und der von der ersten Frau Peters wie der eigene erzogen wird. Nach langer Abwesenheit taucht die Sus wieder auf

und will ihren Jungen sehen. Peter sträubt sich. Aber im zweiten Akt weilt die leidenschaftliche Dirne dem Rosenhofbauer das Besprechende abzulisten, daß er ihr den Jungen zuführt. Bis dahin schreitet das Stück resolut vorwärts, bis dahin hat es alle die glänzenden Vorzüge packender und packender Charakterzeichnung. Von da ab aber versagt die dramatische Gestaltungskraft der Dichterin. Sie wird mehr als melodramatisch, sie wird sentimental, sie spielt die Auseinandersetzung zwischen den beiden Frauen sowie das halblöse Schwanken des gutmütigen Peter zwei weitere Akte aus. Gewaltmittel müssen den Fortgang der Handlung mißfällig beschleunigen helfen, ein Sturz Peters auf der Fahrt zur Suie, auf die er den Jungen gegen den Widerstand seiner Frau mitgenommen hat und von der er selbst schwer verwundet, der Junge tot heimgebracht wird. Weder die furchtbaren Ausschreie der drei Eltern, noch der lang ausgesponnene vierte Akt wirken mehr. Peter will sein Weib verlassen, bis die brutale Erklärung der Suie, daß sie als Zigeunerin der Arbeit wieder auf die Landstraße gehe und Peter nicht brauche, die Gatten wieder zusammenführt.

Notizen.

— Kunstchronik. Eine Ausstellung alter Porträts wird der Kaiser-Friedrich-Museums-Verein in den Ausstellungsräumen der Akademie der Künste am 31. d. M. eröffnen. Die Ausstellung, die sich als eine Art Ergänzung der englischen Porträtausstellung des vorigen Jahres darstellt, führt Bildnisse aller Schulen des 15. bis 18. Jahrhunderts vor, die sich im Besitz der Mitglieder des Museumsvereins befinden. Zur dekorativen Aufschmückung der Räume wird eine Anzahl größerer Sticheben, Gobelins und Möbel der Zeit dienen. Die Ausstellung bleibt den Monat April über offen.

— Messel's Erbe. Die Güten auf der Berliner Museumsinsel, die Messel leitete, werden, wie das „Berliner Tagebl.“ erzählt, in seinem Sinne und Geiste ausgeführt werden, da die bereits genehmigten Zeichnungen zum größten Teile fertig vorliegen.

— Eine schwimmende Kunstausstellung planen russische Künstler. Auf einem Flußdampfer, der die Wolga befährt, wird eine Ausstellung von Gemälden, Plastiken und kunstgewerblichen Gegenständen eingerichtet. An den Stationen wird überall gehalten und der Salon eröffnet.

— Der amerikanische Zoll auf Kunstwerke, der bislang 60 Prozent betrug, ist für alle Kunstwerke, die mindestens 20 Jahre alt sind, aufgehoben. Sicherlich werden die Milliardäre jetzt noch mehr Kunstwerke aus Europa einführen.

— Ein Drama aus Holger Drachmanns Nachlaß. Ein fast vollendetes Drama „Die Nacht“ wurde in hinterlassenen Papieren des verstorbenen dänischen Dichters gefunden. Das kürzlich gestimmte Drama verlor nach „Politiken“ die Leidenchaften, die im Menschen aufsteigen, wenn er unter den Einflüssen der Nacht steht. Eben lange soll das Drama vollendet.

— Der magnetische Südpol wurde von einem Teil der Shackleton'schen Expedition — der Leiter war selbst nicht dabei — in der Eiswüste von Victoria Land bei 72 Grad 26 Minuten südlicher Breite und 154 Grad östlicher Länge festgestellt.

steigert wird. Um eine Uebereilung zu vermeiden, beantragen wir Ausschussberatung.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag auf Ausschussberatung abgelehnt.

In der zweiten Lesung bemerkt:

Stadtrat Raft: Vor kurzem ist mir ein höheres Gebot auf das Grundstück gemacht worden. (Zurufe von den Sozialdemokraten hört, hört!) Ich bin noch nicht fertig. Es handelt sich um ein Acker von 7000 M. Der heute vernommene Revisor hat nun erklärt, daß ihm 3000 M. gezahlt werden sollten, wenn er unter bestimmten Umständen zurückträte. (Hört, hört!) Die Sache liegt ganz ähnlich wie kürzlich bei dem Grundstück in der Seestraße in Friedrichshagen.

Stadtv. Brunsow: Daraus erkennt man, wie oberflächlich solche Gebote sind. Ich bitte, den Magistratsantrag anzunehmen. (Zurufe: Machen wir ja!)

Stadtv. Dine: Ich erneuere hiermit den Antrag auf Ausschussberatung. Es sind also Leute vorhanden, die mehr zahlen wollen. (Zurufe: Nel! Nel!) Man weiß ja nicht, auf welcher Seite die Schieber sitzen. Das Grundstück ist wunderschön gelegen, wir können 25 Proz. mehr herauskriegen.

Nachdem Stadtrat Raft auf eine amtliche Rentabilitätsberechnung hingewiesen hat, die den offerierten Preis durchaus rechtfertigt, wird der Antrag auf Ausschussberatung abermals abgelehnt, der Magistratsantrag angenommen.

Zur Vorlage betr. die unentgeltliche Desinfektion von Debarquementwohnungen bemerkt:

Stadtv. Dr. West (Sog.): Wir begrüßen die Vorlage freudig als einen bemerkenswerten Schritt für die Besserung der großstädtischen Gesundheitsverhältnisse; wir bedauern aber, daß auch hier die Staatsverwaltung den Magistrat erst veranlassen mußte, daß dieser den wiederholt gedauerten Wünschen der Debarquement- und Ärzte nachkam. Bedenken haben wir dagegen, daß nur das Zeugnis eines Arztes, nicht auch das des behandelnden Arztes die unentgeltliche Desinfektion versagen kann. Dadurch können bedauerliche Verzögerungen eintreten. — Es gibt nun noch ein letztes Glied in der Kette der notwendigen, kostenlos zunehmenden Desinfektionen. Ich freue mich, daß Kollege Sonnenfeld vorhin in unserem Sinne sprach. Es handelt sich darum, daß bei umzügen Tuberkulifer eine unentgeltliche Desinfektion der von ihnen aufgegebenen Wohnungen erfolgt.

Die Vorlage wird unverbändert angenommen.

Mit allen gegen 1 Stimme hat der niedergelegte Sonderauschuss die Vorlage wegen Festsetzung der Fluchtlinien für einen Strakenzug zur Verlängerung der Alten Jakobstraße von der Gieselerstraße bis zum Planufer angenommen.

Zugleich hiermit wird beraten die Vorlage wegen Erbauung einer Brücke über den Landwehrkanal im Zuge der Alten Jakobstraße.

Referent Stadtv. Dr. Wiesel weist auf die langjährigen, bisher ergebnislosen Verhandlungen mit den Besitzern des Grundstücks der Berliner Stadtmision wegen Durchlegung der Mittenwalder Straße hin; es werde aber auch weiter alles getan werden, um dieses Projekt zu fördern.

Beide Vorlagen werden nach kurzer Debatte angenommen.

Sodann berät die Versammlung die nachträglich auf die Tagesordnung gesetzte Vorlage betr. die Regelung der Schulspeisung bedürftiger Gemeindeschulkinder vom 1. April 1909 ab, in Verbindung mit dem Ausschussbericht über den Antrag Dr. Arons (Sog.), denselben Gegenstand betreffend.

Der Ausschuss für den Stadtv. Rosenow berichtet, hat die Magistratsvorlage angenommen. Danach soll die Speisung durch den Verein für Minderbemittelte erfolgen, mit dem auf ein Jahr ein Vertrag geschlossen werden soll, wonach für die Portion 11 Pf. zu zahlen sind. Für die Speisung in Schulen soll in der Gemeindeschule Regensburgerstraße ein Versuch gemacht werden. Es sollen außerdem regelmäßige Revisionen stattfinden und die Gänge der Speisen geprüft werden. Die Kosten werden durch eine Staatsposition von 100 000 M. gedeckt. — Der Versuch der Speisung in den Schulen soll nach dem Wunsch des Ausschusses auf 6 Schulspeisungsstellen ausgedehnt werden. Der Antrag Arons soll mit dieser Beschlußfassung als erledigt gelten.

Stadtv. Bergmann (Sog.): Im Ausschuss ist geltend gemacht worden, daß die Speisung der Schulkinder in den Ferien nicht mit der allgemeinen Schulpflicht in Zusammenhang gebracht werden kann. Ich kann dieser Auffassung nicht beistimmen. Der Schulpflicht unterliegt nicht das ganze Jahr, er wird erteilt, wenn die Kinder in die Schule gehen, um den Schulbetrieb anrecht zu erhalten. Es kann danach keine Rede davon sein, die Speisung während der Ferien einzustellen. Die Ferien sollen doch eine Erholungszeit für die Kinder sein; wo bleibt die Erholung, wenn die Kinder während der Zeit keine Nahrung haben? Ich hoffe, der Magistrat wird in diesem Punkt seinen Standpunkt noch revidieren. Will man ferner Erfahrungen über die Speisung in den Schulen selbst sammeln, so darf man die Probe nicht auf eine einzelne Schule beschränken, denn die Bevölkerung der verschiedenen Stadtteile ist ganz verschieden zusammengesetzt. Wir hoffen, daß der Magistrat sich der vorgeschlagenen Resolution anschließen wird. Unter den obwaltenden Umständen ist es ja kaum möglich, von Ihnen zu dem Antrage Arons die Zustimmung zu erlangen; aber aufgehoben, darf nicht aufgehoben sein. Sie werden auch noch zu der Erkenntnis kommen, daß es viel richtiger ist, daß die ganze Unternehmung durch die Stadt durchgeführt wird. Wir stimmen für jetzt für die Magistratsvorlage, halten aber für nötig, doch hier auch dem Verein für Minderbemittelte noch ein Dankeswort zu sagen, zumal er manche Angriffe erfahren hat. Seine Arbeitsfreudigkeit hat er dadurch nicht verloren; mit der alten Liebe hat er sich seiner Sache weiter gewidmet. Dafür gebührt ihm unser Dank.

Stadtv. Sonnenfeld: Den letzten Worten kann ich mich nur anschließen. Die Privatwohltätigkeit hat auf diesem Gebiete viel Gutes gewirkt; aber gerade deshalb wollen wir sie nicht ausschalten. Dem vom Magistrat vorgeschlagenen Versuch der Speisung in den Schulräumen stimmen wir zu, weil Versuche machen niemals schaden kann. Aus der Schulpflicht kann man die Notwendigkeit der Speisung der Kinder auch in den Ferien nicht herleiten. Die Maßregel gründet sich nicht auf die Schulpflicht, sondern stellt die Befriedigung eines Bedürfnisses und insoweit eine Maßnahme der Fernverwaltung, sodann eine Maßnahme der allgemeinen Gesundheitspflege dar.

Die Ausschussanträge werden mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben; gegen den Antrag, den Antrag Arons für erledigt zu erklären, stimmen die Sozialdemokraten.

Mit der Festsetzung von Fluchtlinien auf dem Gelände der Villa Wagnerschen Erben, zwischen Eisingerstraße, Greifswalder Straße, Ringelstraße und Aniprodestraße, hat sich der Ausschuss unter geringen Modifikationen einverstanden erklärt. Referent ist Stadtv. Hillmann (Dr. Fr.).

Die Ausschussanträge werden ohne Diskussion angenommen.

Mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung für die geheime Sitzung werden hier die Verhandlungen abgebrochen. Die öffentliche Sitzung schließt um 10 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Vergesellschaftung des Abgeordnetenhauses  
Hießt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab und brachte die Beratungen der ersten Lesung ein großes Stück vorwärts. Unter „Vorwärts“ ist zu verstehen: weitere Verschärfungen im konservativen Sinne. Der Minister gab leichten Herzens die im Saargebiet vorhandenen uneingeschränkte Arbeitervertretung preis und bemerkte, daß den Arbeitgebern auch die Möglichkeit geschaffen werden müsse, für die Unorganisierten eine Vertretung im Arbeiterauschuss herbeizuführen! Für die Konservativen sollen die vom Arbeit-

geber hinzugebällten Vertreter eine Art Korrektiv gegen die Vertretung der Arbeiterinteressen im Arbeiterauschuss sein.

Der § 80 f d war von den Konservativen völlig unklar abgefaßt. Ein sozialdemokratischer Antrag brachte erst Sinn und Verstand hinein. Das war den Konservativen sehr unangenehm; sie ersuchten deshalb, den sozialdemokratischen Antrag zurückzuziehen, weil sie für die zweite Lesung eine Verbesserung herbeiführen wollten. Der Gesellen wurde ihnen nicht getan, und so mußten sie wohl oder übel für die sozialdemokratische Verbesserung ihres eigenen Antrages stimmen. Es handelte sich dabei um die Wahl von Arbeiterauschussmitgliedern für die Verlesung über Lage, die im Wege der Verhältniswahl vorgenommen werden soll. Runmehr famen

### die Aufgaben der Sicherheitsmänner,

die § 80 g regelt, zur Beratung. Im ersten Absatz war vorgesehen, daß die Sicherheitsmänner einmal im Monat über Steigerabteilung zu befahren haben und daß die Befahrung in Begleitung eines Aufsichtsbeamten erfolgen soll. Den Tag und die Sichte der Befahrung soll der Sicherheitsmann bestimmen. Auch die zu diesem Paragraphen gestellten sozialdemokratischen und Zentrumsanträge wurden glatt abgelehnt. Die Sozialdemokratie beantragte, die Befahrung in jeder Woche und die Begleitung des Aufsichtsbeamten nur auf Erfordern des Sicherheitsmannes erfolgen zu lassen. Das Zentrum wünschte eine dreimalige Befahrung im Monat, während die Freikonservativen noch eine erhebliche Verschärfung einführen wollten, und zwar dahin, daß selbst die einmalige Befahrung erst nach vorherigem Beschluß des Arbeiterauschusses (dessen Berufung gar nicht monatlich zu erfolgen braucht) ausgeführt werden soll. Dieser Antrag wurde aber zurückgezogen, um bei der zweiten Lesung in „verbesselter“ Form wieder eingebracht zu werden.

Die Absätze 2 und 3 desselben Paragraphen, die dem Sicherheitsmann die Befugnis geben, an den Unfalluntersuchungen teilzunehmen und ihn zu den einmaligen Befahrungen verpflichten, wenn der Arbeiterauschuss diese beschließt, wurde ohne Debatte angenommen.

Weim § 4, der außer der regelmäßigen Befahrung eine außerordentliche Befahrung auf Beschluß des Arbeiterauschusses zuläßt, wurde von der Sozialdemokratie beantragt, daß nicht nur eine, sondern mehrere Befahrungen zulässig sein sollen. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt. Dafür stimmten nur 5 Mitglieder, darunter neben den Freikonservativen und Polen bloß ein Zentrumsmitglied! Das Zentrum wollte die einmalige außerordentliche Befahrung nur abhängig machen von der Mehrheit der von den Arbeitgebern gemählten Vertreter. Dieser Antrag wurde angenommen, womit der konservative Antrag keine wesentliche Verbesserung erhielt.

Absatz 5 bestimmt, daß die Werkverwaltung für jeden Sicherheitsmann ein besonderes Fahrbuch anzulegen hat. In dieses Fahrbuch soll der Sicherheitsmann sogleich nach beendeter Befahrung das Ergebnis eintragen. Der Betriebsführer soll das Fahrbuch nach jeder Befahrung einsehen, er soll auch befugt sein, seine Bemerkungen zu den Eintragungen des Sicherheitsmannes zu machen. Hier wurde von den Sozialdemokraten beantragt, daß der Sicherheitsmann bei den Eintragungen nicht beaufsichtigt werden darf. Er wies darauf hin, daß im Saargebiet ein Obersteiger einen Sicherheitsmann an der Eintragung seiner Wahrnehmungen gehindert habe, eine Tafel, die der Minister ausgeben mußte! Von den Nationalliberalen wurden verschiedene Vorschriften für die Eintragung beantragt; das Zentrum wollte, daß die Eintragungen mit Tinte zu geschreiben haben, und der Minister sagte zu, daß in den Ausführungsvorschriften diese Anträge Berücksichtigung finden sollen. Der sozialdemokratische Antrag, betreffend die Nichtbeaufsichtigung, wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten außer dem sozialdemokratischen Vertreter der Vertreter der Freikonservativen, der Polen und 2 Zentrumsmitglieder. Das Zentrum hatte noch beantragt, daß der Sicherheitsmann die Befugnis haben soll, sich zu überzeugen, ob die von ihm in das Fahrbuch eingetragenen Mängel auch beseitigt sind. Aber auch dieser Antrag wurde von der arbeitereindlichen Mehrheit gegen 10 Stimmen abgelehnt! —

Der Absatz 6 bestimmt: „Der Betriebsbeamte ist jederzeit befugt, die Fahrbücher der Sicherheitsmänner einzusehen. Das gleiche Recht steht dem Arbeiterauschuss zu.“ Hierzu war von der Sozialdemokratie beantragt, daß die Fahrbücher auch für die Verlesung offen liegen sollen, wodurch erreicht werde, daß die Verlesung selbst kontrollieren könne, ob der Sicherheitsmann alle ihm mitgeteilten Mängel eingetragen habe; diese Einrichtung habe sich in Frankreich außerordentlich gut bewährt. Die Mehrheit der Kommission stimmte dem Antrage nicht zu; nur 4 Stimmen erhoben sich für ihn.

Weim Absatz 7, der bestimmt, daß Eintragungen in das Fahrbuch, in denen die Befahrung einer dringenden Gefahr ausgesprochen wird, unverzüglich durch den Betriebsführer zur Kenntnis des Betriebsbeamten zu bringen sind. Auch hier wollte ein sozialdemokratischer Antrag, daß der Sicherheitsmann ebenfalls die Befugnis haben soll, eine Abschrift der Eintragung dem Betriebsbeamten zu überreichen. Selbstverständlich wurde auch dieser Antrag abgelehnt, selbst das Zentrum stimmte dagegen!

Nach Absatz 8 soll der Sicherheitsmann auch im übrigen verpflichtet sein, die zu seiner Kenntnis gelangenden Zustände und Vorgänge, die geeignet sind, das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter zu gefährden, seinem Vorgesetzten unverzüglich zu melden. Die Konservativen beantragten noch, daß er ebenso alle von ihm bemerkten, die Sicherheit der Grube gefährdenden Uebertretungen der bergpolizeilichen Vorschriften zu melden habe. Die Nationalliberalen wollten, daß er insbesondere jede Uebertretung der Vorschriften durch die Arbeiter anzuzeigen habe, was gleichbedeutend wäre mit der Schaffung eines Vergewaltigers gegen die Arbeiter, statt eines Sicherheitsmannes. Die Konservativen gaben ihrem Zusatz eine Erklärung, wonach der Hoed derselben sei, daß der Sicherheitsmann verpflichtet sein soll, nicht jede Uebertretung zu melden, sondern nur die den Arbeitern zur Last zu legen sind! Danach bedeutet der konservative Zusatz eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter.

Von sozialdemokratischer Seite war beantragt, daß der Sicherheitsmann die zu seiner Kenntnis gelangenden Zustände und Vorgänge auch dem Betriebsbeamten zur Kenntnis zu bringen habe. Man solle das ausdrücklich in das Gesetz aufnehmen, damit später dem Sicherheitsmann aus einer solchen Meldung nicht eine Uebertretung seiner Befugnisse vorgeworfen werden könne. Der Antrag wurde aber mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Auch das Zentrum stimmte geschlossen dagegen. Der konservative Antrag wurde selbstverständlich mit der üblichen Mehrheit angenommen.

Debatte los wurden die Ziffern 9 und 10, die bestimmen, daß der Sicherheitsmann auf Erfordern der Bergverwalter bei seiner Befahrung der Grube zu begleiten habe, angenommen.

Eine lebhafteste Debatte rief die Bezahlung für die Befahrungen der Sicherheitsmänner hervor. Die Regierungsvorlage wollte, daß die Werkverwaltung alle Kosten zu tragen habe. Die Sozialdemokraten beantragten, die Kosten der Staatskasse aufzulegen, und zwar im Interesse der Unabhängigkeit der Sicherheitsmänner. Die Nationalliberalen wollten die Kosten der Werkverwaltung und der Verlesung aufzulegen, während die Konservativen beantragten, daß die einmalige Befahrung im Monat von der Werkverwaltung, die von den Arbeiterauschüssen beschlossene außerordentliche Befahrung und auch die von den Sicherheitsmännern verpflichtende einmalige regelmäßige Befahrung, wenn sie vom Arbeiterauschuss beschlossen wurde, von der Verlesung des Bergverwalter durch den Sicherheitsmann die Kosten die Staatskasse tragen soll.

Der sozialdemokratische Antrag, die Staatskasse zu belasten, wurde, nachdem der Minister verschiedene rechnungsmäßige Bes-

denken geltend gemacht hatte, zurückgezogen. Während die Regierungsvorlage mit allen gegen 9 Stimmen abgelehnt wurde, wurde der Antrag der Konservativen, der alle 3 Teile — Werkverwaltung, Verlesung und Staatskasse — belasten will, mit 14 Stimmen angenommen. Die nächste Sitzung findet bereits am Freitag statt; auch am Sonnabend soll eine Sitzung stattfinden, da man das Gesetz möglichst schnell zu Ende beraten will.

Dem Entwurf eines Weingesezes hat der Bundesrat gestern (Donnerstag) in der vom Reichstage beschlossenen Fassung die Zustimmung erteilt.

### Die Kommission für das Reichsbankgesetz

Hießt am 23. März eine dreistündige Abend Sitzung. Zu Artikel 2 lag ein Antrag Arons vor: die Notensteuer abzuschaffen und dafür jährlich drei Millionen Mark Reichskassenheime durch die Reichsbank aus dem Verkehr ziehen zu lassen und dem Reich kostenlos zur Vermeidung zu übergeben. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt!

Der Artikel 2 der Regierungsvorlage fand hierauf Annahme gegen die Stimmen der Antisemiten und der Sozialdemokraten. Genosse Frank erklärte, daß wir gegen die Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents stimmen wie gegen jede Maßregel, die das Reich zugunsten der Anteilseigner benachteiligt.

Der Artikel 3, der die Reichsbanknoten als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt, wurde angenommen, nachdem ein Antrag des Zentrums abgelehnt war, der verlangte, daß die Noten der Privatnotenbanken bei den öffentlichen Kassen des Reiches und der Bundesstaaten in Zahlung zu nehmen seien.

Genosse Singer erklärte, daß die Sozialdemokraten gegen jede Ausdehnung der Privilegien der Privatnotenbanken stimmen.

Bei Artikel 4 Absatz 1 wollte Graf Kanig die Gelegenheit benützen, in aller Eile und Stille die Doppelwährung einzuführen! Er beantragte in souveräner Nichtbeachtung des deutschen Münzgesetzes — daß die Reichsbank ihre Noten in Gold oder Silber einlösen könne!

Die nächste Sitzung findet am Montagabend statt. Zur Beratung liegt eine Resolution Arons: den Reichstanzler um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, der die Veröffentlichung der Bilanzen durch die Depositenbanken regelt und ein Muster für die Aufstellung der Bilanzen vorschreibt.

Ein Antrag Fahrenber verlangt ein Aufsichtsamt für Bankwesen in Verbindung mit dem Aufsichtsamt für Privatversicherung.

## Aus der Partei.

Meißner. Eine gemeinsame Sitzung des Wahlvereinsvorstandes, des Gewerkschaftsartells und der Vorstände der verschiedenen Gewerkschaften zu Rostock lehnte eine vom Parteivorstand eingebrachte Resolution ab, die besagt, daß für die diesjährige Meißner eine Propaganda für Arbeitstruhe nicht erfolgen könne. Anstatt des bisher üblichen Kusmarisches am Morgen soll eine Versammlung abgehalten werden. Der Nürnberger Parteitagbeschuß über die Lohnabföhrung gelangt zur Ausführung.

### Reichstagskandidatur.

In der gut besuchten Generalversammlung ihres Kreises stellten die Darnen-Eberfelder Genossen letzten Montag den Genossen Fritz Chert (Mitglied des Parteivorstandes) als Reichstagskandidaten auf. Ebert wurde mit allen Stimmen — gegen eine — nominiert.

### Karl-Marg-Strasse.

Der Stadtrat der Präfektur Vorstadt Anderlecht beschloß, den bisherigen Rue de la Volitude, einer der wichtigsten Verkehrsadern von Anderlecht den Namen „Rue Karl Marx“ zu geben. Karl Marx hat bekanntlich drei Jahre seines Lebens (1845—1848) als Flüchtling in der belgischen Hauptstadt zugebracht.

### Arbeiter im Theater.

Unter dem Sammelnamen „Die Volksbühne“ gibt der Bildungsausschuß der Gesamtpartei seit einiger Zeit in zwangloser Folge Einführungen in Dramen und Opern heraus, auf die die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen lenken möchten. Es genügt dem witzbegierigen und schönheitshungrigen proletarischen Theaterbesucher meistens nicht, daß er die Vorgänge auf der Bühne einfach an Auge und Ohr vorbeiziehen läßt, er hat den Wunsch, über den Dichter und über die Bedeutung des Dramas in künstlerischer und historischer Beziehung näheres zu erfahren; er möchte gern aus kühnigen Wunden eine schlichte, liebevolle Erläuterung der Handlung, der Charaktere der handelnden Personen, der feilschen Konflikte hören. Diesen berechtigten Wunsch bildungsreicher Arbeiter will „Die Volksbühne“ erfüllen: als einfache, nicht aufdringliche Führerin den Arbeitern und Arbeiterinnen bei einem Theaterbesuch die Hand reichen und ihnen alles Wissenswerte über das betreffende Stück sagen.

Wie jetzt sind folgende Einführungen erschienen:

1. Schiller, „Kabale und Liebe“, bearbeitet von Franz Mehring.
2. Ibsen, „Kora“, bearbeitet von Konrad Schmidt.
3. Langmann, „Partei Kurzer“, bearbeitet von John Schillowall.
4. Rosenow, „Kater Lampe“, bearbeitet von Hermann Wendel.
5. Wagner, „Lampenfäher“, bearbeitet von Wilhelm Waule.
6. Krest, „Der zerbrochene Krug“, bearbeitet von Franz.
7. Lessing, „Rathen der Waise“, bearbeitet von Franz Mehring.
8. Angenruber, „Der Pfarrer von Riefeld“, bearbeitet von Ernst Krestowski.
9. Halbe, „Jugend“, bearbeitet von Hermann Wendel.
10. Heibel, „Maria Magdalena“, bearbeitet von A. Korn.
11. Gogol, „Der Revisor“, bearbeitet von Ernst Krestowski.
12. Ibsen, „Ein Volksfeind“, bearbeitet von Rudolf Franz.
13. Goethe, „Faust“, bearbeitet von Kurt Eisner.
14. Schiller, „Wilhelm Tell“, bearbeitet von Franz Mehring.
15. Shakespeare, „Hamlet“, bearbeitet von Karl Korn.
16. Hauptmann, „Die Weber“, bearbeitet von Franz Diederich.

Der Bildungsausschuß empfiehlt diese Einführungen besonders den Bildungsausschüssen, Gewerkschaftsartellen und sozialdemokratischen Vereinen, die in Verbindung mit einem Theater Volksvorstellungen veranstalten. Jedem Besucher einer solchen Vorstellung sollte eine Einföhrung in das betreffende Drama mehrere Tage vor der Aufföhrung in die Hand gegeben werden. Der Preis für die Einföhrungen ist bei Massenbezug so gering bemessen, daß die Organisationen die dadurch entstehende geringfügige Erhöhung des Eintrittspreises den Besuchern ihrer Vorstellungen ohne Beforgnis zumuten dürfen. Auf Wunsch und bei rechtzeitiger vorheriger Bestellung wird gegen einen mäßigen Preiszuschlag auch die entsprechende Anzahl von Personenverzeichnissen für die besondere Vorstellung in der betreffenden Stadt beigelegt. Ueber diese geschäftlichen Angelegenheiten gibt der Verlag der Einföhrungen, die Buchhandlung Vorwärts (Berlin SW. 68, Lindenstr. 99), an die auch alle Bestellungen zu richten sind, Auskunft.

Aber auch der einzelne Theaterbesucher und jeder literarisch interessierte Arbeiter kann die Einföhrungen zum Preise von 10 Pf. pro Heft in jeder Buchhandlung erhalten. Wer sich die ganze Sammlung der „Volksbühne“ anschafft, erhält damit im Laufe der Zeit eine Uebersicht über die wichtigsten Ergebnisse der dramatischen Dichtkunst. Da wir bisher in der Parteiliteratur leider noch keine zusammenhängende Darstellung der Literaturgeschichte besitzen, so können vorläufig die Einföhrungsbücher der „Volksbühne“ als ein bezeichnender Erfag dafür dienen.

Der Bildungsausschuß wird die Reihe der Einföhrungen fortsetzen. Wenn lokale Bildungsausschüsse Einföhrungen in Dramen wünschen, die in der obigen Aufstellung fehlen, so bittet der Bildungsausschuß, solche Wünsche seines Geschäftsstelle (Berlin SW. 68, Lindenstr. 9) mitzuteilen.

# Soziales.

## Familiärer Angriff gegen einen Genossenschaftler.

Die „Neue deutsche Töpferzeitung“ gibt unter der Überschrift „Eine Blüte unserer jetzigen traurigen Geschäftslage“ folgende Einfindung in ihrer Nr. 19 Raum:

Die Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend, G. m. b. H., unter sozialdemokratischer Leitung, errichtet in Adlershof einen größeren Neubau unter der Leitung des Architekten Herrn E. Vitting aus Nieder-Schönweide. Da werden nun folgende Bedingungen den Handwerksmeistern bei Berechnung der einzelnen Arbeiten zur verpflichtenden Unterschrift vorgelegt:

1. Das Beste vom besten Material zu liefern und auszuführen, jedoch weit unter Minimalverkaufspreis. 2. Die bestehenden Gesellenverträge strengstens einzuhalten. 3. Vergütet auf Zahlung für jegliche Nebenarbeiten. 4. Willenslos sich der Bauleitung zu unterwerfen. 5. Die Arbeiten werden erst bei der polizeilichen Gebrauchsnahme den Handwerksmeistern abgenommen; für jeden Schaden innerhalb der Zeit bis zur Abnahme hat der Meister selbst aufzukommen, welcher die Arbeit geliefert hat. 6. Es wird eine fünfjährige Garantie vom Tage der Gebrauchsnahme festgesetzt!

Zahlungsbedingungen: 1. Ein Drittel der Gesamtsumme kommt zur Zahlung je nach Fortschreiten der Arbeit. 2. Ein zweites Drittel kommt zur Auszahlung nach der polizeilichen Gebrauchsnahme. 3. Das letzte Drittel erfolgt zur Zahlung 2 Jahre nach der polizeilichen Abnahme des Neubaus!!

Soweit ich unterrichtet bin, sollen die größeren Unternehmer sogar noch länger wie 2 Jahre mit ihrer Reklamation warten, das letzte Drittel soll allerdings vergütet werden!

Von einer Sicherheit der Restsumme in Form eines Bauvermerks oder einer Hypothek oder einer sonstigen garantierten Bürgschaft, davon steht nichts geschrieben! Man habe einfach zu warten. Die Genossenschaft als solche leistet für die Restsumme mit ihrem Geschäftsguthaben von 30 M. Haftung, es werden auch Hausanteile herausgegeben. Dies sind die hauptsächlichsten Punkte, welche die Unternehmer zu unterschreiben haben. Leider haben sich genügend Handwerksmeister gefunden, welche diese „empfehlenswürdigen“ Bedingungen unterschreiben haben.

Die Einfindung schließt mit dem Stoßausleger: Teures Handwerk, mögen wir doch sehr bald dem verheißungsvollen Zukunftstinaut, dem Paradies, zugeführt werden! Zu unserem Wohle und dem Handwerk zur Ehre!

Entsprächen die einzelnen Teile der in der Einfindung aufgestellten Forderung, so lägen bessere Bedingungen vor als bei den meisten staatlichen und kommunalbauten. Es soll aber durch den Ton der Jeremiaepistel offensichtlich der Ansehens für Dumme erweckt werden, als ob besonders schlechte Bedingungen gestellt oder gar die Bezahlung der Handwerkerforderungen gefährdet sei, weil die Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend unter sozialdemokratischer Leitung steht. Der Einsender der „Neuen deutschen Töpferzeitung“ ist wohl in der Reihe der nicht akzeptierten Bewerber zu suchen. Ein wenig Ueberlegung hätte die Redaktion vor Aufnahme seines Elaborats bewahren sollen.

## Wie liegt die Sachlage in Wahrheit?

Die Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend ist keine sozialdemokratische Gründung. Die Mitglieder sind zumeist Arbeiter. Sie haben mit der Leitung der Genossenschaft befähigte Personen betraut, die hoffentlich sämtlich Anhänger der sozialdemokratischen Partei sind. Unrichtig ist der durch die Einfindung erweckte Anschein, als ob die Zuschläge nur nach Maßgabe der Willigkeit erteilt und gewissermaßen Schieberpreise bevorzugt seien. Es ist der Zuschlag bei den Zimmerern, Klempnern, Hochlegern, Tischlern und Töpferarbeiten nirgends den billigsten Offerten erteilt, sondern Offerten mit bis 20 Proz. höheren Forderungen; ausfallend war, was den Einsender der „Neuen deutschen Töpferzeitung“ arg zu schmerzen scheint, die Sicherheit solider Ausführung und guter Qualität. Für den Bauanschlag war die niedrigste Offerte 4950 M.; erteilt wurde der Zuschlag einem Unternehmer mit einer Offerte von 6900 M. Die unter Ziffer 2 bis 6 aufgeführten Bedingungen entsprechen den bei Staats- und Kommunalbauten allgemein üblichen Bedingungen mit Ausnahme der unter Ziffer 2 aufgeführten Verpflichtung zur Einhaltung der Tarifverträge. Und eine Konsumgenossenschaft, die eine Einhaltung solcher Tarifverträge nicht zur Pflicht macht, würde gegen das Interesse der Arbeiter und auch gegen das anständiger Unternehmer handeln. Wenn der Einsender der „Neuen deutschen Töpferzeitung“ dagegen wettert, so charakterisiert er sich besser, als andere das zu tun vermöchten.

Was das Eingefandene endlich über die Zahlungsbedingungen behauptet, entspricht nicht dem wirklichen Sachverhalt, sie sind für die Unternehmer weit günstiger. Doch den einzelnen Unrichtigkeiten nachzugehen, lohnt sich nicht: die Konsumgenossenschaft mit 60 000 Mark Haftungssumme erfüllt ihre Verpflichtungen aufs pünktlichste, und wenn ein über Richterleistung des Zuschlages an ihn erlosener Unternehmer seinem Verleger darüber Luft macht, so wird das die Freude der Konsumgenossenschaftsmitglieder an dem guten Fortgang ihres Unternehmens nicht trüben, im Gegenteil wohl so manchen der Genossenschaft noch fernstehenden zum Beitritt veranlassen. Er untersucht dadurch, abgesehen von den Vorteilen, die ihm die Genossenschaft bietet, auch die Möglichkeit, das Einhalten der Tarifverträge zur Regel zu machen.

## Wieder die Konkurrenzklause.

Der Kaufmann W. trat im vorigen Jahre eine Stellung bei einer Dresdener Firma, welche eine Haar- und Friseurbedarfartikel-Großhandlung betreibt, gegen einen Monatsgehalt von 125 M. an. Er war vorher längere Zeit ohne Kondition gewesen, und unterschrieb infolgedessen bei seinem Antritt einen Vertrag, der eine Konkurrenzklausel enthielt, wonach er sich zur Zahlung einer Summe von 1000 M. verpflichtet, wenn er nach seinem Weggange aus dem Geschäft innerhalb zweier Jahre entweder bei einer Konkurrenzfirma arbeitet oder ein derartiges Geschäft gründet! W. verließ nach drei Monaten diese Stellung und wurde Teilhaber einer Parfümeriehandlung. Da diese Firma seit dem 1. Januar in dem Friseurblatt inserierte, klagte der frühere Chef des W. auf Zahlung einer Konventionalstrafe in obiger Höhe. W. bestritt, daß seine Firma Konkurrenz sei, da sie nur einen Teil der Spezialitäten der früheren Firma (des Klägers) führe. Das Dresdener Kaufmannsgericht, welches sich mit der Klage beschäftigte, verurteilte W. zur Zahlung von 500 M.

## Konservative Verhöhnung der Handwerker.

Am 14. März nahmen wir in einem „Gefängnis-Konkurrenz“ überschriebenen Artikel Stellung gegen die Schmutzkonkurrenz der Gefängnisarbeit. In dem Artikel war der Gegensatz zwischen der konservativen „mittelstandsfreundlichen“ Theorie und der den Handwerkerstand niederknüppelnden Praxis des Vaters Staat an einer Reihe von Einzelfällen dargestellt, die in reiser Reihe den Handwerker, aber auch den Arbeiter schwer schädigen. Der „Konservativen Korrespondenz“ ist diese Konstatierung auf die Kerben gefallen. Sie verdröhnt den Tatbestand, behauptet, in dem Artikel würden die Handwerker „gehöhnt“, und sucht die Handwerker dadurch zu überrücken, daß sie den wirklichen Inhalt des Artikels sorgfältig verschweigt, aber ihre Leser glauben macht, der Artikel treibe von „Geh gegen den Kleinbetrieb“. Die „Konservative Korrespondenz“ schäbt die Handwerker recht tief ein, wenn sie glaubt, durch diese ihre Verhöhnung der Handwerker die von den Konservativen begünstigte Praxis der Verbehalten, so

Ausdehnung der Gefängnis-Schmutzkonkurrenz werden zu können. Die Konservativen haben im Reichstage und im Landtage die Hauptrolle daran, daß die Gefängnis-Schmutzkonkurrenz in Preußen-Deutschland eine so mächtige Ausdehnung hat: sie haben alle sozialdemokratischen Anträge, die dieser Schmutzkonkurrenz wirksam entgegenzutreten, niedergestimmt. Das böse Gewissen der Konservativen sucht nun nach aller Gewohnheit sich durch Verdrehungen und durch Schimpfen auf die Sozialdemokraten Luft zu machen. Ob es wirklich noch viele Handwerker gibt, die töricht genug sind, für ihre ärgsten Feinde, die Konservativen, einzutreten? —

## Handlungsgehilfen über Arbeiterkammern und Lohnbeschlagnahme.

In der Ausschussung des Kaufmannsgerichts München vom 23. d. M. wurde ein vom Genossen Joeltub eingebrachter und begründeter Antrag:

„daß in dem zurzeit dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Arbeitskammergesetzes Bestimmungen getroffen werden, wonach auch für Handlungsgehilfen derartige Kammern zu schaffen sind.“

abgelehnt. Und dies, wiewohl der Vorsitzende Gewerberat Dr. Brenner im Verein mit dem Genossen Joeltub und dem Vertreter des Leipziger Verbandes Konrad Mürriger alles aufboten, in dieser Frage einstimmigen Beschluß herbeizuführen. Die Deutschnationalen zogen durch ihre auf Spaltung der Arbeiterklasse gerichteten Ausführungen die Prinzipale, die geneigt waren, dem Antrage Joeltub zuzustimmen, zu sich hinüber. So stimmten für den Antrag Joeltub nur der Antragsteller und Mürriger, ein Prinzipal und der Vorsitzende. Dagegen stimmten zwei Deutschnationale, ein Versicherungsbeamter, ein Bureaubeamter und drei Prinzipale. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde dagegen folgender deutschnationaler Sonderbündelantrag angenommen, „daß paritätische Kaufmannskammern geschaffen werden sollen, jedoch nicht im Rahmen des Arbeitskammergesetzes“.

Gleichzeitig wurde auf Verlangen des bayerischen Ministers des Innern (Abteilung für Handel) ein Gutachten in der Frage der Lohnbeschlagnahme abgegeben. Während am 24. November 1908 ein Antrag Joeltub, die Grenze des pfandfreien Einkommens auf 2000 M. zu erhöhen, mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, nahm diesmal der Ausschuss den Antrag Joeltub an, es möge eine Erhöhung der Grenze des pfandfreien Einkommens auf 2000 M. begutachtet werden. Dafür waren die sechs Gehilfen, dagegen die anwesenden 4 Prinzipale.

# Gerichts-Zeitung.

## Giftmordversuch.

Ein mysteriöser Giftmordversuchsprozess begann gestern vor dem Schwurgericht Berlin I. Unter der Anklage des verurteilten Wortes und der Anstiftung zu diesem Verbrechen hatten sich die Rentiere Johanna Schröder geb. Schöple und der Kaufmann Otto Keller, beide in Untersuchungshaft, zu verantworten.

Es handelt sich bei der Anklage um folgenden Tatbestand: Die jetzt 48 Jahre alte Frau Schröder stammt aus Fürstenwalde und ist die Tochter eines Schuhmachermeisters. Im Jahre 1888 hat sie den Fuhrherrn Karl Schröder geheiratet, dem sie in demselben Jahre eine Tochter gebar. Letztere ist jetzt unter den Zeuginnen. Ihr Ehemann starb im Jahre 1908 und hinterließ ihr ein bedeutendes Vermögen. Im Jahre 1904 heiratete sie den Rentier Heidmann in Marienfelde. Diese Ehe ist aber schon am 1. Februar 1907 wegen Ehebruchs der Frau geschieden worden. Dann lernte sie den Kaufmann Otto Keller kennen und trat zu ihm in intime Beziehungen. Keller war bereits 13 Jahre verheiratet und war Vater zweier Kinder im Alter von 12 und 10 Jahren. Sie wendete dem Keller wiederholt Geld zu, richtete auch für ihn in ihrem Hause in der Mödernerstraße ein Putzgeschäft ein. Später verliebte sie sich mit einem Hühnerhändler. Als alle Versuche Kellers scheiterten, wieder in Beziehung zu ihr zu treten, erzählte Keller einem Kaufmann Schildenow, Frau Schröder habe ihn zu einem Mordversuch an dem geschiedenen Gatten Heidmann beweiht. Er habe am 18. September 1907 auf ihre Anstiftung hin eine Flasche Rotwein gekauft, da hinein Arsenik getan und diese Flasche von Bitterfeld aus mit einem Gleitschreiben, das er nach dem Tode der Frau Schröder geschrieben, an Heidmann geschickt. Schildenow forderte ihn — der auch angab, um die Arsenikwirkung abzuschwächen, habe er einen Rehluch auf dem Wein beigemischt — auf, Anzeige zu erstatten; das lehnte Keller ab. Darauf erhaltete Schildenow Anzeige.

Die Ermittlungen ergaben, daß in der Tat Heidmann eine Flasche Rotwein in der geschriebenen Art erhalten habe. Die Untersuchung ergab, daß 0,35 Gramm Arsenik, aber kein Rehluch in der Flasche enthalten war. Genossen ist von der Flasche nichts.

Frau Schröder bestritt mit größter Entschiedenheit, jemals zu solcher Tat den Keller aufgereizt zu haben. Es sei seine Denunziation eine gemeine Lüge dafür, daß sie sich von ihm abgewendet hatte. Keller bleibt bei seinen Anschuldigungen und will gar noch aus dem Munde der Frau Schröder wissen, sie habe ihren ersten Mann und noch zwei andere ihre verhasste Menschen vergiftet. Die nach Ermittlung der drei Leichen vorgenommene Untersuchung hat keinerlei Anzeichen für einen Vergiftungsversuch ergeben. Ferner behauptet Keller, Frau Schröder habe ihn zur Vergiftung seiner Frau angestiftet; er habe es aber abgelehnt. Im übrigen habe er unter einem unüberwindlichen Zwang der Frau Schröder gestanden. Diese bestritt alle Anschuldigungen aufs lebhafteste und legt dar, daß Frau Keller an sie einen Brief mit der Bitte um Zahlung von 10 000 M. geschrieben habe, gegen diese Summe, schrieb Frau Keller, sei sie bereit, ihren Mann ihr abzutreten.

Das Urteil in der eigenartigen Sache wird voraussichtlich erst am Sonnabend gesprochen werden.

## Jagd auf rote Schleifen.

Wiewohl schon unendlich häufig Anklagen mit Freisprechung endeten, die die Verzeugung von Pöbelit gegenüber Parteigenossen zu „grobem Unfug“ oder zu unangenehmsten außergerichtlichen Leiden begünstigen juristisch stampeln wollten, hören Polizei- und Staatsanwaltschaften mit Erhebung solcher durchaus halloser Anklagen nicht auf; leider können die beamteten Verfolger, welche so Zeit- und Geldverluste den Steuerzahlern verursachen, mit Erfolg in dem absolutistischen Preußen strafrechtlich und zivilrechtlich nicht verfolgt werden.

Am Donnerstag hatten sich zur Abwechslung mal nicht im Rheinland, sondern in Königs-Wusterhausen vor dem Schöffengericht drei Genossen gegen eine solche Anklage zu verteidigen. Die Genossen Länger, Fiedler und Habermann waren bei der Verzeugung des Genossen Fiedler (Wildau) Träger von Vereinskränzen mit roten Schleifen und hatten am Grabe bei Niederlegung der Kränze die Worte: „Im Namen des Vereins“ gesprochen. Darin liegt die Anklage, liege eine zweiseitige Veranlassung eines außergerichtlichen Leidenbegünstigung ohne vorherige Genehmigung. Ja, die Angeklagten hätten dadurch die Verzeugung — drr! — zu einer sozialdemokratischen Demonstration gemacht. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen die Angeklagten je 15 Mark Geldstrafe eventuell drei Tage Haft. Genosse Länger legte dar, daß keine strafbare Handlung, sondern lediglich die übliche Art der Verzeugung von Pöbelit gegenüber einem Gefinnungsgenossen vorliegt. Die Annahme, eine Strafbarkeit liege vor, weil ein Sozialdemokrat in der bei Sozialdemokraten üblichen Weise beerdigt wurde, widerspreche erstem Pöbelitgefühl und den Gesetzen. So

haben auch bislang Gerichte bis in die höchste Instanz hinein entschieden, wie die von ihnen vorgelegten Urteile erweisen. Das Schöffengericht folgte diesen Ausführungen und erkannte auf kostenlose Freisprechung.

Wann endlich wird der Justizminister gegen diese Verjuche von Radikalpolitik einschreiten und den ihm nachgeordneten Staatsanwälten die Erhebung derartiger hüftliger Anklagen unterjagen?

## Vom Schächten.

Eine Ortspolizeiverordnung für Warburg, welche das Schächten (Schlachten ohne Betäubung) verbietet, sollten verschiedene Schlächter, Balluf und Genossen, übertritten haben. Die Strafkammer in Paderborn sprach sie jedoch frei, weil die Ortspolizeiverordnung durch eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Minden aufgehoben sei, welche das Schächten nach jüdischem Ritus zulasse. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob am Montag das Urteil auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück: Es sei richtig, daß die Ortspolizeiverordnung durch die Regierungspolizeiverordnung beseitigt sei. Wenn aber diese das Schächten nach jüdischem Ritus zulasse, dann komme danach nur der rituelle Akt der Schächtung in Betracht. Das heißt, zugelassen sei nur die Schächtung durch den jüdischen Kultusbeamten. Ob sie dieser in den Fällen der Angeklagten vorgenommen habe, steht nicht fest. Deswegen müsse die Sache in die Instanz zurückverwiesen werden.

## Wer war der Däse?

Um diese Frage drehte sich ein „im öffentlichen Interesse“ angelegter Verleumdungsprozess, der am Mittwoch vor der zweiten Strafkammer in Posen verhandelt wurde. Im Herbst vorigen Jahres hatte der Fleischmeister Joseph Jawialski aus Schroda nach dem Schlachtviehbeschaumer Otto Schneider geschickt, um die Beschau eines notzulastenden 8-10 Tage alten Kalbes, das von der Kuh gestoen und dabei einige Rippen gebrochen hatte, vorzunehmen. Der Schlachtviehbeschaumer machte beim Anblick des selbstverständlich noch nicht sehr entwickelten Kalbes die ironische Bemerkung: „Ist das ein Kalb?“, worauf ihm prompt erwidert wurde: „Kein Kalb, 'n Däse.“ Der Fleischbeschaumer bezog den Däsen auf seine höchstgese Person und stellte wegen Beamtenbeleidigung Strafantrag. Darauf erhob die Staatsanwaltschaft öffentliche Anklage! Das Schroderer Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Wegen dieses Urteil legte darauf gar noch der Amtsanwalt Veruzung ein. In der Verhandlung vor dem Berufungsgericht stellte der Staatsanwalt selbst den Antrag auf Verwertung der Veruzung, auf die auch das Gericht nach kurzer Beratung erkannte.

# Verammlungen.

## Der Vorschlag eines Kartellvertrages in den Brauereien.

Der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter beschäftigte sich in einer Mitgliederversammlung mit dem Vorschlage eines Kartellvertrages. Dieser Vertrag soll geschlossen werden zwischen den verschiedenen Gewerkschaften, deren Mitglieder in den Brauereien arbeiten, und zwar handelt es sich um den Brauereiarbeiterverband, den Transportarbeiterverband, den Verband der Böttcher, Verband der Maschinisten und Heizer, Metallarbeiterverband, Holzarbeiterverband, Verband der Schmiede, Verband der Kupferhammer, Verband der Maler, Verband des Sattler, Verband der Gärtner, Verband der Maurer und den Verband der Zimmerer. Der Vertrag soll die Aktionsfähigkeit der Arbeiter in den Kämpfen um Verbesserung der Verhältnisse in den Brauereien erhöhen. Ein Entwurf des neuen Vertrages lag gedruckt vor. Der Vorlage war zugleich eine Beanstandung einzelner Stellen durch den Brauereiarbeiterverband, besonders des § 9, beigelegt.

Der Vorsitzende Habapp erklärte in seinem Referat, daß er einen Kartellvertrag freudig begrüße, aber in dem vorliegenden Entwurf die vorliegende Stelle im § 9 entschieden ablehnen müsse. Diese Stelle lautet:

„Um alle unliebsamen Vorkommnisse zu vermeiden, sei jedoch bemerkt, daß alle bei der Bierproduktion tätigen Arbeitnehmer sowie die Hilfsarbeiter des inneren Betriebes und Maschinenkesselarbeiter zum Brauereiarbeiterverband gehören, mit alleiniger Ausnahme der Handwerker, Maschinisten und Heizer und deren Hilfsarbeiter; dagegen gehören die Arbeitnehmer des Fuhrpersonals zum Transportarbeiterverband. Die Organisationen haben sich gegenseitig zu unterstützen.“

Habapp erklärte, der Brauereiarbeiterverband könne sich das Recht, alle in den Brauereibetrieben beschäftigten Arbeitnehmer als Mitglieder aufzunehmen, nicht entgehen lassen. Der beanstandete Passus soll fallen und dafür gekehrt werden:

„Der gegenseitige Mitgliederbestand muß respektiert werden, weshalb jede Abtreibung von Mitgliedern zu unterlassen hat. Uebertritte, die auf Verkommnisse lokaler Natur zurückzuführen sind, müssen zurückgewiesen werden, jedoch darf Uebertritten, welche die Geschlossenheit und Einheitlichkeit der organisierten Arbeiter zum Zwecke haben, nichts in den Weg gelegt werden.“

In diesem Falle ist es aber erforderlich, daß der Uebertretende seinen Verpflichtungen gegen seine frühere Organisation nachkommen und genügend abgemeldet ist.“

Während hat der Brauereiarbeiterverband noch einige Stellen in dem Entwurf zu beanstanden. Nur mit diesen Änderungen, erklärte der Referent, könne der Verband der Brauereiarbeiter freudig dem Kartellvertrage zustimmen. Unter keinen Umständen aber könne gestattet werden, daß das Organisationsgebiet des Brauereiarbeiterverbandes in der geschilderten Weise aufgeteilt wird. — Die Versammlung stimmte dem Entwurfe mit den vorgeschlagenen Änderungen zu.

Auch die Maschinisten und Heizer nahmen zu der Angelegenheit Stellung. Der Vorsitzende Schwittau erklärte dort Bericht über die Vorstandskonferenzen und sonstige Sitzungen, die sich mit dem Abschluß eines Vertrages zwischen den Organisationen, die in Brauereien vertreten sind, beschäftigten. Der Kartellvertrag sei noch nicht abgeschlossen. Die Grundlage sei allerdings von den Organisationsvertretern festgelegt, jedoch unter Ausschließen der Vertreter des Brauereiarbeiterverbandes, die ihre Zustimmung nicht gaben. Die Brauereiarbeiter wollten für einige Paragraphen eine Fassung haben, der man nicht zustimmen könne. Auf jeden Fall werde jedoch zwischen den beteiligten Organisationen ein Kartellvertrag, eventuell auch ohne die Brauereiarbeiter, zustande kommen, damit er schon bei der künftigen Tarifbewegung nutzen könne.

Die Zustimmung der Organisationen zu dem Vertrage oder Abänderungskontrakte müssen bis zum 1. Mai erfolgen. Die endgültige Stellungnahme des Verbandes der Maschinisten und Heizer wird in der Generalversammlung im April erfolgen.

Zentralverband der Fleischer. In der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung hielt Genosse Eichhorn einen Vortrag über den gegenwärtigen Kurs in der sozialen Bewegung. — Dann bestrafte Vergmann das Treiben der Fleischergefellens-Brüderschaft. Unter Hinweis auf die Vorgänge der letzten Zeit zeigte er, daß die Brüderschaft von der Jammung beunruhigt und mit dem Gelde der Jammung unterstützt wird, daß sie deshalb die Interessen der Fleischergefellens nicht vertritt und gar nicht vertreten kann. So ist es denn erklärlich, daß die Brüderschaft dem Verband, der mit Energie die Arbeiterinteressen vertritt, auf alle mögliche Weise Schwierigkeiten bereitet. Nicht für die Gefellen, sondern für die Meister arbeitet die Brüderschaft in Wirklichkeit. Die Fleischergefellens, denen es ernst ist mit der Vertretung ihrer Interessen, können sich deshalb nicht der Brüderschaft anschließen, sondern sie müssen in die Reihen des Verbandes eintreten und mit ihm für das Wohl der Kollegen arbeiten. — Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß eine Meisterversammlung, die am Nachmittage desselben Tages stattfand, sich für die Verbehalten der gegenwärtigen Sonntagsgeschäftszeit, also gegen eine Ausdehnung der Sonntagruhe, erklärt hat.



**Knaben-Anzüge** | **Schüler-Anzüge**

Tausende Exemplare  
Nur eigene Erzeugnisse

Tausende Exemplare  
Nur eigene Erzeugnisse

Wundervolle, kleidsame Fassons  
praktischer und luxuriöser Genres

Moderne gemusterte Stoffe aller-  
neuester Geschmacksrichtungen

18.- 16.- 14.- 12.-  
10.- 9.- 8.- 7.-  
6.- 5.- 4.- 3.- **2 Mk.**

33.- 30.- 27.- 24.-  
21.- 18.- 15.- 14.-  
13.- 12.- 11.- 10.- **9 Mk.**

# Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20

Im April Eröffnung unseres 4ten Geschäfts-Hauses: **Schöneberg, Hauptstr. 10**

Der Haupt-Katalog No. 37 und Livree-Katalog No. 36 kostenlos und portofrei.

Sie haben  
nur dann die Gewähr,  
stets preiswerte Cigaretten zu kaufen,  
wenn Sie immer

## JOSETTI VERA

CIGARETTEN  
verlangen. Der Name „Josetti“ bürgt  
für unbedingte Preiswürdigkeit  
und Qualität.

Josetti Vera m. u. o. M.  
10 Stück 30 Pfg.

Nach dem  
Urteil aller Kenner  
ist

# Bolero

die  
feinste **2** Pf.-  
Zigarette

**Billiges Angebot!**

**Henrik Ibsens  
Dramatische Werke.**

Uebersetzt von Wilh. Lange.  
Mit einem Vorwort von  
Thomas Schäfer.  
Enthaltend neun der bekanntesten  
Dramen Ibsens.

Statt 5.— M.  
**nur 3.50 M.**

Expedition des „Vorwärts“,  
Berlin SW.,  
Lindenstr. 69, Laden.

Ab 1. April a. e. befindet sich mein Geschäft

**Neue Königstr. 70,** im Hause des  
Postamt 43.

**Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am :::  
Alexanderplatz.  
Telephon: Amt VII, 4730.

**Billigste  
Sinkaufsquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken.**

**Ohne jede Anzahlung**

verkaufe ich **Pianos** — erstklassiges Fabrikat — (9x prämiert  
Staatsmed.), in allen Holz- u. Stilart., von  
wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine  
monatl. Teilzahlung, ohne jed. Preisaufschl.  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftliche Garantie.  
**Conrad Krause Nachfg., Ansbacher Str. 1**  
Eck. Kurfürstent. Tel. Ch. 10410  
Auch Sonntags geöffnet.

Spezial-Geschäft f. Uhren.  
1 neue Uhr-Gehäuse in 75 Stk.  
1 neue Uhr-Kopie . 15 Stk.  
1 neue Uhr-Ziel . 10 Stk.  
1 neue Uhr-Ring . 10 Stk.  
1 neue Uhr-Belzer . 10 Stk.  
1 neue Uhr-Schüssel . 5 Stk.  
**Neue Uhren**  
in größtes Kalib. genau reguliert.  
**E. Möbis,**  
14 Beuthstrasse 14.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie  
direkt zu Engrospreisen  
in der Möbelfabrik

**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden. Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur  
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Esst  
Honig!**

Gar. reiner Bienenhonig  
br. 10 Pfund-Postdose frko.  
nach jeder Poststat. Mk. 6,50  
6 Pfunddose franko . 4.—  
Versand-Gesellschaft  
Magdeburg 90 Postf. 164.

**HERREN KLEIDUNG  
KNABEN KLEIDUNG**

**S. LEVY, CHARLOTTENBURG  
SCHARRENSTR. 36**

**Charlottenburg**  
F. Kunstmann Wallstr. 1  
Moderne Uhren u. Goldwaren

Billigste Bezugsquelle für  
**Hygienische  
Bedarfs-Artikel**  
Drogerie Zarenba,  
Berlin N., Weinbergsweg 1.  
Ein Versuch  
führt zu dauernder Kundschaft.

# Ein gemütliches Heim

verlangt eine schöne Beleuchtung. Verwendet das garantiert rein amerikanische Sicherheitspetroleum

# URANIA-Salonoel

und Euer Wunsch ist erfüllt.

Erhältlich in allen Geschäften, wo das bekannte Plakat mit dem Indianerkopf aushängt.

**Keine Verwechslung mit österr. (gallisch.) Petroleum.**



Der „Vorwärts“ vor Gericht.

Ein nach Form und Inhalt recht harmloser Lokalarartikel war es, der den Genossen Weber als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ gestern auf die Anklagebank brachte. Der Artikel vom 26. August 1908 erzählt, daß eine Frau P. den Gemeindefachlehrer und Armenvorsitzer Krienelle aufsuchte, um die Unterbringung ihres Sohnes in einem Knabenhort zu veranlassen und daß die Frau bei dieser Gelegenheit zunächst von Fräulein und Frau Krienelle und später auch von Herrn Krienelle in einer Weise empfangen und abgewiesen worden sei, die als grob und ungebührlich zu bezeichnen sei. Hierdurch fühlte sich Herr Krienelle beleidigt. Auf seine Veranlassung hat die Armenverwaltung Strafantrag gestellt. Obgleich es sich hier um eine recht geringfügige Angelegenheit handelt, hielt die Staatsanwaltschaft die Verfolgung Webers „im öffentlichen Interesse“ für geboten. Unsere Leser werden sich erinnern, daß nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ein öffentliches Interesse nicht vorlag, als Genosse Richard Fischer die Verurteilung derjenigen bürgerlichen Redakteure verlangte, die ihn der Verleumdung als Geschäftsführer des „Vorwärts“ bezichtigt hatten. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fischer mußte auf dem Wege der Privatklage die Widerlegung einer schändlichen Verleumdung erzwingen. Für den Armenvorsitzer Krienelle aber, dem nichts weiter nachgesagt wird, als daß er grob gewesen sei, trat ohne weiteres die Staatsanwaltschaft ein.

Wie verhält es sich nun mit der vermeintlichen Verleumdung des Herrn Krienelle? Sie soll nicht durch die Form unserer Darstellung, sondern durch die als unwahr bezeichneten tatsächlichen Angaben erfolgt sein. — Ehe wir von den Mitteltungen der Frau P. Gebrauch machen, haben wir natürlich, wie wir es stets in solchen Fällen tun, einen und als äußerst zuverlässig bekannten Mitarbeiter beauftragt, nach dem Sachverhalt zu recherchieren. Nach den Feststellungen unseres Mitarbeiters hatten wir keinen Anlaß, an der Wahrheit der von Frau P. gemachten Angaben zu zweifeln. Bei der

Beweisaufnahme

gaben Herr, Frau und Fräulein Krienelle als Zeugen an. Frau P. sei zuerst in unhöflicher Weise aufgetreten und lediglich deshalb von Herrn Krienelle hinausgewiesen worden, doch ohne daß er Frau P. dabei am Arm zur Tür hinausführe, wie im „Vorwärts“ angegeben war. Dagegen bestätigte Frau P. in vollem Umfange die Angaben des „Vorwärts“. Frau und Fräulein Krienelle, die auf der Zeugenbank saßen, nahmen die Aussage der Frau P. mit lautem Lachen auf, so daß der Vorsitzende dieses Benehmen rügte. Frau P. wurde während ihrer Aussage, wohl durch die Erinnerung an das, was sie ihrer Meinung nach bei Krienelles erlebt hat, so erregt, daß sie in einem Anfall hysterischer Krämpfe zu Boden sank und durch Darciehung kalten Wassers wieder ins Bewußtsein zurückgerufen werden mußte. Nach diesem peinlichen Vorfall verzichtete Weber auf die weitere Vernehmung der augenscheinlich kranken Frau.

Nun folgte ein Auftritt, wo Herr Krienelle sich in einem Richte zeigte, in dem wir nicht stehen möchten. Das Auftreten der Frau P. ließ als möglich erkennen, daß sie in gutem Glauben, aber unter dem Einfluß ihres wohl hysterischen Zustandes, eine übertriebene Darstellung von ihrem Erlebnis bei Krienelles gegeben hatte. Jeder einsichtige Mensch mußte hiernach zu der Überzeugung kommen, daß der „Vorwärts“ im vorliegenden Falle schlimmstenfalls einer unbeabsichtigten Irreführung zum Opfer gefallen war, die man bei Abfassung des Artikels beim besten Willen nicht als solche erkennen konnte. Ein Irrtum in einer wirklich recht wenig bedeutungsvollen Sache, wie er einer Zeitungsredaktion bei aller Sorgfalt einmal unterlaufen kann. Ein Irrtum, wie er ja auch der Staatsanwaltschaft nicht selten unterläuft, wenn sie eine Anklage erhebt, die sich später vor Gericht als haltlos herausstellt, obgleich doch der Staatsanwaltschaft ganz andere Mittel zur Feststellung des Tatbestandes zur Verfügung stehen wie einer Zeitungsredaktion.

Weshalb Erwägungen mögen auch dem Vorsitzenden des Gerichts durch den Stoff gegangen sein. Denn als sich die Zeugin P. von ihren Krämpfen wieder erholt hatte, fragte er Herrn Krienelle, ob er dem nicht, nachdem sich jetzt die Sachlage aufgeklärt habe, den Strafantrag zurücknehmen und sich mit einer Ehrenklärung durch den Angeklagten zufrieden geben wolle. — Raum war diese Anregung ausgesprochen, da fuhren Frau und Fräulein Krienelle auf und gaben Herrn Krienelle zu verstehen, daß er dieser Anregung nicht Folge geben solle. Auch dem Vertreter der Anklage, Ersten Staatsanwalt Steinbrecht, schien der Vergleichsvorschlag wenig angenehm zu sein. Herr Krienelle ist Synodale und Kirchenältester, also sicher ein Mann von hervorragender christlicher Gesinnung, die er auch dadurch bezeugte, daß er der Eidesformel die Worte hinzufügte: „durch Jesus Christus“. Er beharrte allen Vorstellungen gegenüber auf dem Standpunkt: Ich will, daß der Angeklagte bestraft werde, denn ich bin in meiner Ehre gekränkt.

Aus der Beweisaufnahme verdient noch ein Moment hervorgehoben zu werden, welches für die

fälschliche Armenverwaltung

nicht gerade günstig ist. Bei dem Armenvorsitzer Krienelle dient die Treppe als Wartezimmer

für die Leute, die ihn wegen Unterfütterung und dergleichen aufsuchen. Ein gewiß ebenso unangenehm wie ungeeigneter Aufenthaltsort für Almosenempfänger, die doch meist alte, schwache und kränkliche Leute sind. Das

„Sprechzimmer“

des Armenvorsitzers Krienelle ist der Korridor

seiner Wohnung. Dort verhandelt er mit den Armen, während seine Frau und seine Tochter durch den Raum gehen oder in der anstehenden Küche hantieren. Diesen Zustand bezeichnet Herr Krienelle als durchaus einwandfrei. Gegenüber dem Einwand Webers, daß doch die Stadt dem Armenvorsitzer jährlich 300 M. für die Haltung eines Sprechzimmers zahle, bemerkte Herr Krienelle, die Armenverwaltung habe doch gegen die bei ihm herrschenden Verhältnisse noch nichts einzuwenden gehabt.

Die Anklagerede des Ersten Staatsanwalts Steinbrecht

war auf den Ton gestimmt, den er jedesmal anzuschlagen pflegt, wenn ein Redakteur des „Vorwärts“ auf der Anklagebank sitzt. Nach der Darstellung des Staatsanwalts hat der Artikel keinen anderen Zweck, als einen Mann, der nicht nur Schullehrer ist, sondern auch verschiedene Ehrenämter bekleidet, in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihn der Geschäftigkeit der „Vorwärts“-Leser zu überliefern. Diese Absicht folgert der Staatsanwalt daraus, daß in dem Artikel — der Name des betreffenden Armenvorsitzers genannt wird. In derselben Absicht — sagte der Staatsanwalt — würden auch in den Gerichtsberichten sozialdemokratischer Zeitungen die Namen der Richter, Schöffen und Geschworenen genannt, letztere mit Namen und Stand, um sie zu boykottieren. Es liege offenbar darin, daß Beamte mit Namen genannt werden, um sie öffentlich herabzusetzen. Er, der Staatsanwalt, könne es dem Zeugen Krienelle nicht verdenken, daß er den Strafantrag nicht zurückziehe. Eine harte Strafe sei am Platz. Der Staatsanwalt beantragte 4 Wochen Gefängnis.

Der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld verwies darauf, daß der Staatsanwalt wohl allgemeine Ausführungen gemacht habe, auf den Inhalt des Artikels im einzelnen aber nicht eingegangen sei. Wenn man den Artikel betrachte, dann werde man finden, daß das, was vielleicht als beleidigend angesehen werden könnte, sich hauptsächlich auf Frau und Fräulein Krienelle, aber nur zum kleinen Teil auf Herrn Krienelle beziehe. Nach Lage der Sache könne der Angeklagte nur bestraft werden, wenn ihm der § 193 des § 193 Str.-G.-B. nicht zugebilligt werde. Hierauf aber habe er Anspruch. Denn der „Vorwärts“ werde in der Hauptsache von denen geleitet, deren Kinder die Gemeindefachschule besuchen, außerdem habe der Angeklagte auch im ausdrücklichen Auftrage der sich verletzt fühlenden Frau P. gehandelt. Eine Absicht der Beleidigung könne in dem Artikel nicht gefunden werden. Wenn der Staatsanwalt in der Meinung der Namen ein System erkläre, so sei darauf verwiesen, daß die Namen von Richtern usw., soweit sie in Gerichtsberichten überhaupt angeführt werden, nicht nur im „Vorwärts“, sondern auch in allen bürgerlichen Zeitungen genannt werden. Denn diese Berichte stützen ja meist alle von ein und demselben Berichtsersteller her.

Nochmals nahm der Staatsanwalt das Wort. Er betonte, daß nicht nur der tatsächliche Inhalt des Artikels, sondern auch die Gesinnung des Angeklagten bestraft werden müsse.

Der Verteidiger sowie der Angeklagte Weber wandten sich gegen die Zumutung, daß das Gericht die Gesinnung des Angeklagten bestrafe. Sollten die Richter, so führte Weber aus, meine politische Gesinnung, die wahrscheinlich eine andere wie die des hohen Gerichtshofes ist, bestrafen wollen, dann bitte, ich glaube aber nicht, daß das Gericht den Ausführungen des Herrn Staatsanwalts folgen wird, sondern nur die Handlung berücksichtigen, die mir zur Last gelegt wird.

Hierauf verbesserte sich der Staatsanwalt dahin: Er meine nicht, daß die politische Gesinnung, sondern daß die in dem Artikel zum Ausdruck kommende gehässige Gesinnung straffähig sei in Betracht gezogen werde.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis. Ob dem Angeklagten der Schutz des § 193 — Wahrnehmung berechtigter Interessen — zugebilligt ist, darüber schweigt sich das Urteil aus.

Das der Art und Höhe nach überaus harte Urteil widerspricht dem Rechtsempfinden der weitesten Kreise des Volkes. Die Behauptung des Staatsanwalts ist unwahr, daß sozialdemokratische Zeitungen — also der „Vorwärts“ — bei Gerichtsberichten die Namen der Schöffen und Geschworenen nennen, um diese zu boykottieren. Und diese unwahre Behauptung stellte der Staatsanwalt in demselben Atemzuge auf, wo er eine strafrechtlich verfolgbare Unrichtigkeit aus der der Auffassung der Zeugin Prähel entsprechenden Darstellung des Sachverhalts heraus zu konstruieren unternahm! Der Angeklagte und sein Verteidiger haben ja die von der Staatsanwaltschaft aufgestellte Behauptung, für die in der gesamten Beweisaufnahme auch nicht der Schatten eines Beweises erfolgt war, ebenso wie die auf einem falschen Jungenschlag des Staatsanwalts beruhenden Angriffe gegen die Gesinnung des Angeklagten für zu unerheblich gehalten, als daß sie Einfluß auf die Richter ausüben könnten. Art und Höhe der Strafe machen es wahrscheinlich, daß sie sich geirrt haben. Vor wenigen Tagen wurde das rechtswidrige Niederschießen eines im besten Mannesalter stehenden Steinsehmers von dem der Strafkammer benachbarten Schwurgericht mit vier Monaten Gefängnis gestraft. Hier, wo es sich im wesentlichen um die Tatfrage handelte, ob die Behauptung zutraf, ein Armenkommissionsvorsitzer habe grob gehandelt, ein Viertel jener Strafe! Im ersten Falle handelt es sich um die triviale Tat eines Referendars, hier um die im Allgemeininteresse erfolgte Kritik eines Redakteurs.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend. Den gestern veröffentlichten Beiträgen zur Verbandsgeneralversammlung ist noch hinzuzufügen:

2. Kreis: Parteibüro für die Zukunft nicht mehr auszugeben. Der Zentralvorstand.

Rosen, Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, findet im Lokale des Herrn Kurzner eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Unsere Stadtbewirtschaftung und die Arbeitslosigkeit“. Hierzu wird am Sonnabend abends 7 Uhr von Kurzner aus eine Handzettelverbreitung vorgenommen. Die Genossen werden gebeten, sich zahlreich dazu einzufinden.

Bernsdorf, Am Sonntag, den 28. März, findet die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Bernsdorf und Umgegend im Lokal J. Anor statt.

Mittenwalde, Am Sonnabend, den 27. März, abends 8 Uhr, findet die monatliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins im B. Kranichschen Lokale statt.

Reinickendorf-West, Sonntag, den 28. März, abends pünktlich 7 Uhr, findet in den Eichbornsälen, Eichbornstr. 60, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Die Freiheitskämpfe in Rußland“ statt. Vortragender: P. Grempe. Villetts sind bei den Vorstandsmitgliedern und bei den Bezirksführern zu haben. Offene Kasse findet nicht statt. Der Vorstand.

Lichtenrade, Am Dienstag, den 30. März 1909, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Rudolf Peter, Wahnhoffstraße, eine ordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins Lichtenrade und Umgegend statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Beratung des Stadthaushaltetats wurde gestern fortgesetzt und beendet. Nur noch bei dem Etat des Bauwesens kam es zu einer Aussprache über einige Beschwerden, die hier vorgebracht wurden. Stadtv. Rosenow fragte, daß die Organe der staatlichen Aufsichtsbehörde sich mehr als nötig um den Zustand der Schulhäuser unserer Stadt kümmern. Stadtv. K a e m p f brachte zur Sprache, daß zu den Arbeiten bei dem Bau des neuen Stadthauses Italiener herangezogen worden seien. Stadtv. J a c o b i fragte an, ob man nicht in diesen Bau „mehr Licht hineinschaffen“ könne. Eine längere Debatte entspann sich um die Frage der Heranziehung von Italienern. Stadtrat N a m s l a u versicherte, es handle sich da nur um ganz wenige Personen. Genosse D u p o n t stellte sich auf den Standpunkt, daß im Prinzip nichts gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu sagen

sei, sofern man sie nicht dazu benutze, Lohnbrüder zu treiben. Zu bedauern sei freilich, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit des Arbeitsmangels den Berliner Arbeitern das bisherige Beschäftigungsgelegenheit noch geschmälert worden sei. Dabei seien die Arbeiten von den Italienern keineswegs besser ausgeführt worden, ja man habe sogar einen Teil dieser Arbeiten wegen unzulänglicher Ausführung wieder beseitigen müssen. Magistratsbaurat M a h d o r f f, der den beurlaubten Stadtbaurat Hoffmann vertrat, legte das Geständnis ab, ihm sei von dieser Tatsache nichts bekannt. Nachdem Oberbürgermeister Kirchner eine Verteidigungsrede für den Stadtbaurat Hoffmann gehalten hatte, kam Genosse D u p o n t noch einmal auf die Italiener zurück. Er erklärte, zu den fraglichen Arbeiten brauche man sich nicht erst Italiener zu holen, und er wiederholte in bestimmter Form die Behauptung, daß ein Teil der von ihnen ausgeführten Arbeiten in aller Stille bei Nacht beseitigt worden sei. Oberbürgermeister Kirchner antwortete erregt, fürs erste glaube er das noch nicht. Man wird ja bald erfahren, was die von ihm versprochene Untersuchung ergeben wird. Die Frage der Arbeitslosenfürsorge, die in dieser Debatte kurz gestreift worden war, wurde später von unserem Genossen D u p o n t noch einmal angeschnitten. Sein Hinweis auf den Vorschlag, 300 000 M. für die Arbeitslosen herzugeben, damit endlich einmal etwas für sie getan werde, veranlaßte den Oberbürgermeister Kirchner zu einer Erwiderung, die ziemlich auf ein glattes Nein hinauslief. Die Schlussabstimmung über den gesamten Etat war diesmal eine namentliche. Es kann nunmehr in aller Form festgestellt werden, daß die sozialdemokratische Fraktion hierbei mit Nein stimmte.

Der Rest der Sitzung brachte unter anderem eine nicht uninteressante Debatte über einen Grundstücksverkauf. Hier wurde von unserem Genossen H i n z e Einbruch dagegen erhoben, daß die Stadt wieder mal ein Grundstück recht wohlfeil loszuschlagen will, aber die Mehrheit jagte Ja und Amen. Eine Vorlage über unentgeltliche Desinfektion von Gebammenwohnungen gab unserem Genossen W e n l Gelegenheit, aufs neue zu fordern, daß bei der Bekämpfung der Seuchengefahr durch Desinfektion mehr als bisher auch der Tuberkulose gedacht werde. Den Beschlüssen über die Schulkindererpeilung ging eine kurze Debatte voraus, in der unser Genosse B o r g m a n n forderte, daß man die bedürftigen Kinder auch in den Ferien nicht hungern lasse. Die Mehrheit sieht — anders als die sozialdemokratische Fraktion — die gestern gefaßten Beschlüsse als ausreichend an.

Der Aprilumzug

steht vor der Tür. Da gibt es für denjenigen, der seine Wohnung wechselt, so manches zu beachten, daß oft sehr Notwendiges vergessen wird. Und deshalb möchten wir an unsere Leser, denen es darum zu tun ist, auch in der neuen Wohnung vom ersten Tage ab ihre Zeitung zur gewohnten Zeit zu haben, die Bitte richten, dem bisherigen Expeditur von dem Umzuge möglichst bald Mitteilung zu machen unter genauer Angabe der neuen Wohnung; insbesondere wo die Wohnung belegen ist, ob im Vorderhause, Seitenflügel, Quergebäude, wieviel Treppen, ob rechts oder links. Schlafburgen oder Chabregarnisten wollen mitteilen, bei wem die Zeitung abgegeben werden soll. Der bisherige Expeditur trägt dafür Sorge, daß im Falle eines Verzuges in eine andere Stadtgegend der neue Expeditur hiervon Kenntnis erhält. Die rechtzeitige Lieferung der Zeitung in der neuen Wohnung ist aber abhängig von der schleunigsten Mitteilung des Verziehenden.

Daß Wahlvereinsmitglieder ihren Umzug ihrem Bezirksführer mitteilen müssen, dürfen wir zwar als allgemein bekannt voraussetzen, wollen nichtsdestoweniger nochmals daran erinnern.

Wer seinen Wohnort wechselt, also etwa von Berlin nach einem Vorort oder von einem Vorort nach Berlin zieht, wolle nicht veräumen, auch die Steuerbehörde seines bisherigen Wohnortes von seinem Umzuge besonders in Kenntnis zu setzen; in Berlin ist das die Steuerdeputation des Magistrats, in den Vororten der Gemeindevorstand, und zwar muß diese Meldung so eingerichtet werden, daß sie spätestens am 31. März in den Händen der Steuerbehörde ist. Diese Meldung ist nötig, weil in den letzten Jahren die Steuerbehörden sich immer mehr auf den Buchstaben des Kommunalabgabengesetzes beziehen und alle diejenigen zur Besteuerung heranziehen, die im Gemeindebezirke wohnen. Läuft beispielsweise bei der Steuerbehörde die Meldung vom Umzuge eines Steuerzahlers etwa am 3., 4., 6. oder 7. April ein, so nimmt sie an, daß an diesen Tagen der Wohnort des Abgemeldeten sich noch am Orte befunden habe, und erhebt für das neue Quartal, mindestens noch für einen Monat Steuern, so daß in solchen Fällen tatsächlich zweimal Steuern gezahlt werden müssen. Derartige Fälle sind uns im Laufe der letzten Jahre eine ganze Anzahl vortragen worden und nach dem Kommunalabgabengesetz ist nichts dagegen zu machen. Man verlasse sich also beim Umzug von einem Ort nach einem anderen nicht auf die Abmeldung durch den Hauswirt, der schließlich ja auch nur der Polizei Mitteilung macht, sondern besorge die Meldung an die Steuerbehörde wie oben angegeben selbst und zwar rechtzeitig.

Gefundene Kindesleichen.

Stamm ein Tag vergeht, ohne daß der Polizeibericht die Meldung von einer gefundenen Kindesleiche bringt. Allein vom gestrigen Tage liegen nicht weniger denn drei solcher Mitteilungen vor. Wir lassen dieselben hier folgen: Einen schaurigen Fund machte gestern die in der Kleinen Hamburger Straße 2 wohnhafte Frau St. Sie bemerkte vor dem Grundstück Kleine Hamburger Straße 28 auf dem Fahrweg ein Paket und hob es auf. Als sie es öffnete, fand sie zu ihrem Entsetzen die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts darin vor. Sie übergab ihren Fund einem Schuymann. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht, wo die Todesursache durch die Obduktion festgestellt werden wird. — Ein zweiter Leichenfund wurde in dem Keller des Hauses Oranienstr. 32 gemacht. In einem versteckten Winkel entdeckten Hausbewohner, durch blöden Geruch aufmerksam gemacht, den Leichnam eines neugeborenen Mädchens. Die Leiche war bereits stark in Verwesung übergegangen. Die Umhüllung des toten Körpers bestand in grober Leinwand. Infolge der bereits vorgeschrittenen Verwesung konnte die Todesursache nicht festgestellt werden. Wahrscheinlich handelt es sich hier aber um einen Kindesmord. Der letzteren Tat verdächtig, ist ein im Hause beschäftigtes Dienstmädchen

... verhaftet worden. — Auf dem Wollankischen Laubengelände an der Stettiner Straße wurde gestern nachmittag die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden. Sie lag nackt auf dem Felde. — Die vorstehenden trockenen Lokalmeldungen über Kindesleichenfunde enthalten eine furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaft. In der Regel sind arme Mädchen die Mütter dieser Kinder. Die Angst um eine Stellung, die Sorge um die Zukunft, wozu die Druckbergerei der Väter der armen Wärmer kommt, treiben manches Mädchen zur Verzweiflung, in welcher es versucht, die Folgen eines Verhältnisses teils vor, teils nach der Geburt zu verbergen. Man geht einmal nach der Entbindungstation der Charité und sieht sich an, in welcher Verfassung die armen Mädchen mit ihrem Bündel unter dem Arm entlassen werden, wie sie oft warten und warten, ob nicht doch der Bräutigam oder eine Bekannte es abholt. Und dann, wenn alle Hoffnungen zerschlagen, selbst noch krank, wenigstens nicht arbeitsfähig, ohne Geld, ohne Hilfe, ohne Obdach, die junge Mutter hinausgestoßen wird in die Großstadt, ist es da ein Wunder, wenn die Verzweiflung überwiegt und der nächste Gang nach dem Landwehrkanal ist, oder wenn sich die Mutter des Kindes auf andere Weise zu entledigen versucht?

Dann aber kommt dieselbe Gesellschaft, die die Enterbte ins Elend stößt, sie zur Verbrecherin macht, und zeigt mit Fingern auf die Kindesmörderin.

Ihr laßt den Armen schuldig werden,  
Dann überlaßt ihr ihn der Pein.

Die Sänglingsfürsorge VII ist von der Prenzlauer Allee 45 nach der Prenzlauer Allee 83 I verlegt worden. Sprechstunden werden dort von 2—3 Uhr abgehalten.

### Verordnung betreffend Sonntagsruhe und Beschäftigungszeit an den Oster- und Pfingstfeiertagen 1909.

I. Gemäß §§ 105 b Absatz 2, 105 e und 41 a der Reichsverordnung wird für die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg sowie für den Gemeindebezirk Voghagen-Rummelsburg bestimmt und hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß im Handelsgewerbe am 1. Oster- und Pfingstfeiertage 1909, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen und während folgender Zeiträume beschäftigt werden dürfen:

1. Im Handel mit Milch: A. in Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg von 5—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags; B. in Schöneberg und Voghagen-Rummelsburg von 5—9½ Uhr vormittags und von 11½ bis 2 Uhr nachmittags;
2. Im Handel mit Waaren und Konditorwaren einschließlich Konfitüren und mit Fleischwaren: A. in Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg von 5—10 Uhr vormittags; B. in Schöneberg und Voghagen-Rummelsburg von 5—9½ Uhr vormittags;
3. Im Handel mit Kolonialwaren, mit Vorloshwaren, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren: A. in Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg von 5—10 Uhr vormittags; B. in Schöneberg und Voghagen-Rummelsburg von 7½ bis 9½ Uhr vormittags;
4. Im Handel mit Mehl: A. in Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg von 5—10 Uhr vormittags; B. in Schöneberg und Voghagen-Rummelsburg von 5 bis 9½ Uhr vormittags;
5. In den Postexpeditionen: in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Voghagen-Rummelsburg von 4—9 Uhr vormittags;
6. Im Blumenhandel ist nach den Bestimmungen vom 10. Dezember 1908 (Amtsblatt S. 535) bzw. vom 1. März 1907 (Amtsblatt S. 102), 7. Juni 1907 (Amtsblatt S. 288) und vom 11. April 1908 (Amtsblatt S. 206) die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern gestattet: am 1. Osterfeiertage: A. in Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg von 9—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags; B. in Schöneberg und Voghagen-Rummelsburg von 8½—9½ Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags; am 1. Pfingstfeiertage: A. in Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg von 8—10 Uhr vormittags; B. in Schöneberg und Voghagen-Rummelsburg von 7½—9½ Uhr vormittags.

II. Zugleich wird hiermit darauf hingewiesen, daß

1. im Gewerbebetriebe der Metzgereien und Bierbrauereien nach § 12 Absatz 3 der für den Stadtteil Berlin erlassenen Verordnung vom 21. März 1905 (Amtsblatt S. 113 ff.) sowie nach Abschnitt m der für den Regierungsbezirk Potsdam erlassenen Verordnung vom 21. März 1905 (Amtsblatt S. 111 ff.) am ersten Oster- und Pfingstfeiertage die Versorgung der Kundschaft mit Milch bzw. Bier während derselben Stunden gestattet ist, während deren nach dem obigen (I. Nr. 1 bzw. 3) ein Handel mit diesen Produkten in offenen Verkaufsstellen zugelassen ist;
2. im Gewerbebetriebe der Eisfabriken, die zur Versorgung der Kundschaft mit Roheis erforderlichen Arbeiten am 1. Oster- und Pfingstfeiertage nach §§ 2 bis 4 der Verordnung vom 18. Mai 1908 (Amtsblatt S. 175) bzw. nach den Bestimmungen vom 7. Juni 1907 (Amtsblatt S. 289) und vom 11. April 1908 (Amtsblatt S. 206) gestattet sind: A. in Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf und Lichtenberg von 4—10 Uhr vormittags; B. in Schöneberg und Voghagen-Rummelsburg von 4—9½ Uhr vormittags, und zwar mit der Maßgabe, daß das Ausschneiden des Eises an die Kunden auf die Zeit von 8—10 Uhr vormittags (zu A) bzw. 8—9½ Uhr vormittags (zu B) beschränkt ist.

III. Am 2. Oster- und Pfingstfeiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung, wie sie an den gewöhnlichen Sonntagen gelten.

In der Leiche erschossen. Große Aufregung rief Mittwoch abends in der sechsten Stunde die Verzweiflungstat eines Lebensmüden in der städtischen Leiche in der Zimmerstraße hervor. Unwissend sahen zahlreiche Personen in den Besehungen, als plötzlich ein Revolverknall ertönte. In demselben Moment stürzte ein Mann leblos vom Stuhl herab. Der Revolver fiel den Händen des Lebensmüden, der sich eine Kugel in die Brust gefügt hatte. Auf Veranlassung eines von der Unfallstation in der Kronenstraße hinzugerufenen Arztes wurde der Selbstmörder nach der Igl. Klinik in der Ziegelstraße gebracht. Aus Papieren, die man bei dem Mann vorfand, konnte man die Personalkarte feststellen; es handelt sich um den 47 Jahre alten kleiner Dölar Weigelt. Rot und arbeitslosig hatte er zu der Tat getrieben. Er war lange Zeit hindurch wohnungs- und arbeitslos gewesen. Für die letzten 80 Pf., die er besaß, hatte er sich noch Schnaps gekauft, um sich Rut anzutrinken. Kurz vor Verübung des Selbstmordes hatte er in der Leiche zwei Abschiedsbriefe, die nach Crimmitschau gerichtet waren, geschrieben.

Wegen Stellenschwindels ist ein Kaufmann Wittig, der in der Oberstraße 30 eine Stube und Küche bewohnte, von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Wittig suchte durch Zeitungsanzeigen 24 Kassierer und 10 Kontrolleure. Er bot ihnen ohne Würdigung eine Lebensstellung mit gutem Gehalt an. Die vielen Bewerber erluchte er brieflich, ihm als Auslagen für Nachforschungen nach ihrem Vorleben in Briefmarken einen bestimmten Betrag, 1,00 bis 5 Mark, einzuschicken. Sobald sie das getan hatten, hörten sie nichts mehr von der versprochenen Lebensstellung. Als der Schwindler jetzt festgenommen wurde, fand man bei ihm über 300 Briefe. Er wollte sich damit herausreden, daß sein Unternehmen noch nicht so weit gediehen sei, daß er die Leute schon hätte anstellen können. Aber sie hätten bestimmt eine Lebensstellung mit 160 Mark Monats-

gehalt bekommen, denn er beabsichtige einen Univerfalschein Vatinia zu betreiben. Dazu brauche er die Kassierer und zu deren Beaufsichtigung die Kontrolleure.

Eine ganze Anzahl Personen schienen dem Schwindler zum Opfer gefallen zu sein.

Der Schymannsfädel. Der Polizeibericht meldet: „Am Mittwoch nachmittag wollte der Schymann Koppe den 51 Jahre alten obdachlosen Köpfer Dölar Koppe wegen Bettels auf der Wache fixieren. Koppe widersteht sich, drang im erhabenen Schnapsfloße auf den Beamten ein und wirkte ihn am Hals. Dem Schymann blieb nichts weiter übrig, als blank zu ziehen und den Wiltenden durch zwei Säbelhiebe unschädlich zu machen. In einer Drohsche brachte er ihn nach der Unfallstation im Grünen Weg, wo man ihm zwei Fleischwunden am Kopfe nähte und sie verband. Dann wurde Koppe, der erst vor wenigen Tagen aus der Irrenanstalt Herzberge entlassen worden war, der Anstalt wieder zugeführt.“

Man muß sich wirklich fragen: War's denn in der Tat notwendig, daß der Schymann den Säbel gegen den 51 Jahre alten, kaum aus der Irrenanstalt Entlassenen in Anwendung brachte?

Der Schrei nach Recht. Ueber dieses Thema spricht heute, Freitag, den 28. März, abends 8½ Uhr im Grand Hotel Alexanderplatz der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Frank-Mannheim in einer öffentlichen Versammlung, die der Zentral-Verein der Handlungsgehilfen einberufen hat. Es gilt zu protestieren gegen die Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften, die den Handlungsgehilfen und -Geschäftsmännern die notwendigen Rechte verweigern und vorhandene Gesetze durch Strafverschärfungen verschlechtern will.

Erstlagen. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag auf dem Grundstück der Witwe Masurkiewicz, Wilhelmstr. 29, in Weihensee, zugetragen. Der fünfjährige Knabe Max Brückner, der bei dem Kohlenhändler Aufse, Viktorstr. 9, in Pflege gegeben war, ging öfter nach dem erwähnten Grundstück in der Wilhelmstraße, auf dem der Kohlenplatz des R. liegt. Als er gestern nachmittag wieder den Platz betreten wollte, stürzte beim Passieren des Tores plötzlich ein Flügel im Gewicht von zwei Zentnern um. Durch den Ausschrei des Knaben wurden Passanten herbeigelockt, die das Kind von der schweren Last befreiten. Der Schädel war dem unglücklichen Knaben fast vollständig zermalmt worden. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb er an den Folgen der furchtbaren Verletzungen. Der Unfall, über dessen Ursache eine behördliche Untersuchung eingeleitet worden ist, hat sich jedenfalls dadurch ereignet, daß die Angeln des Tores nicht genügend in das Mauerwerk eingefügt waren.

Straßenverengung. Die Admiralstraße von der Staligerstraße bis zur Orangerie ist behufs Umföhrung vom 25. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrzeuge und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht kam in der Fruchtstraße 42 in einem Keller Feuer aus, das an Petroleum und altem Hausrat usw. schnell reiche Nahrung fand. Der 7. Zug mußte bis 5½ Uhr Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Ein zweiter Kellerbrand mußte in der Emdener Straße 12 gelöscht werden, wo Breitergeschläge mit Jähst brannten. Stoffe und Regale brannten Jachonsstraße 24. Ferner liefen noch Alarme aus der Auguststraße 22, Arcfelder Straße 12, Köpender Straße 154a ein. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat bei einem Kranken in der Allen Schützenstraße 5 benutzt.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung nahm am Mittwoch entsprechend dem Antrag des Ausschusses einstimmig die Magistratsvorlage betreffend den Bau der Untergrundbahn Rollenpörsplatz—Neue Kantstraße an. Die Kosten für die Herstellung der Bahn sollen durch eine neue Anleihe gedeckt werden. Die Stadt rechnet damit, daß sie in den ersten vier Jahren Zuschüsse in Höhe von jährlich etwa 90 000 M. zu leisten hat, daß das Unternehmen sich dann aber rentiert. Die in Betracht kommenden Anlieger sollen möglichst geschont werden, man will sie nur in milder Weise zu den Kosten heranziehen, aber keine größeren Zuschüsse fordern.

Eine lebhafte Debatte knüpfte sich an die Mitteilung des Magistrats, betreffend die Bestimmungen über die Errichtung und die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse für die Arbeiter der Stadt Charlottenburg. Nach jahrelangen Vorverhandlungen hat die Stadtverordnetenversammlung am 1. Februar 1905 beschlossen, für sämtliche städtischen Betriebe, soweit die Zahl der ähnlich beschäftigten Arbeiter 50 übersteigt — mit Ausnahme der Feuerwehr — Arbeiterauschüsse einzusetzen. Der Magistrat will nun für die Gaswerke, die Straßenreinigung, die Straßenbauverwaltung, die Wasserwerke und die Parkverwaltung Arbeiterauschüsse einsetzen, nicht aber für die Krankenhausverwaltung und eine Reihe kleinerer Verwaltungen. Jeder Ausschuss soll aus fünf Mitgliedern bestehen, für jedes Mitglied wird ein Ertragmann gewählt, doch sind als Mitglieder und Ertragmänner nur ständige Arbeiter und Arbeiterinnen wählbar, die mindestens ein Jahr in dem betreffenden Betriebe und mindestens drei Jahre hintereinander im städtischen Dienst überhaupt beschäftigt gewesen sind, sich in Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und das dreißigste Lebensjahr überschritten haben. Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeiter des Betriebes nach mindestens einjähriger Beschäftigung. Die Wahl erfolgt direkt und geheim auf die Dauer von drei Jahren. Der Magistrat behält sich das Recht vor, Arbeiterauschüsse, die sich zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben als ungeeignet erweisen haben, aufzulösen. Zur Beratung und Begutachtung von Fragen, welche die Interessen sämtlicher städtischen Arbeiter betreffen, können die Vorstehenden der Arbeiterauschüsse oder die gesamten Arbeiterauschüsse als „Allgemeiner Arbeiterauschuss“ vom Magistrat einberufen werden. Die Einberufung muß erfolgen, wenn die Mehrzahl der bestehenden Arbeiterauschüsse es verlangt. Den Vorsitz im „Allgemeinen Arbeiterauschuss“ führt der Oberbürgermeister oder ein von ihm bestellter Vertreter. — In der Debatte, die mit der Ueberweisung der Magistratsmitteilung an einen Ausschuss endete, übten unsere Genossen Gebert und Fietich an Einzelheiten scharfe Kritik, wodurch Stadtverordneter Dr. Erliger sich veranlaßt sah, eine kleine Sozialistendebatte heraufzubehängen und unter Berufung auf die „Sozialistischen Monatshefte“ die Behauptung aufstellte, daß die Sozialdemokratie geschildert alles herunterreißt. Genosse Fietich ließ ihm die gebührende Abfuhr zuteil werden.

Weiter bewilligte die Versammlung dem Verein Sänglingsheim einen weiteren laufenden Beitrag von jährlich 3400 Mark, im ganzen mit dem bisher bewilligten Zuschuß 10 000 Mark zu den Betriebskosten.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung der Vorlage betreffend die Vergütung städtischer Fuhrleistungen. Der Magistrat beantragt, die Fuhrleistungen für die Feuerwehr und die Straßenreinigung für die Zeit vom 1. April 1910 bis 31. März 1913 dem Fuhrunternehmer Robert Hennede in Berlin zu übertragen. Im Gegensatz zu dem Referenten, Stadtverordneter Stein, der die Annahme der Magistratsvorlage mit Rücksicht darauf empfahl, daß Hennede viel günstigere Bedingungen stelle als die übrigen Bewerber, vertrat Genosse Witt den prinzipiellen Standpunkt der Uebernahme in eigene Regie. Der sozialdemokratische Redner machte weiter auf die ungeheure Differenz zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Gebot aufmerksam und zog daraus zutreffend den Schluß, daß der Unternehmer namentlich an Arbeiterlöhnen sparen werde. In ähnlichem Sinne äußerte sich Genosse Gebert, der den Nachweis führte, daß bei in Aussicht genommene Unternehmer seinen Kutschern tatsächlich

zu niedrige Löhne zahlt. Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen.

Gleichfalls an einen Ausschuss ging die Vorlage betreffend das Abkommen mit der Allgemeinen Müllverwertungsgesellschaft „Dreiteilung“. Die Gesellschaft, die nach der Bilanz vom 31. Dezember 1908 einen Gesamtverlust von 578 247 M. erlitten hat, ist aufs neue an die Stadtverwaltung mit der Bitte heranzutreten, ihr günstigere Bedingungen zu gewähren. Der Magistrat beantragt nun, mit der Gesellschaft einen Vertrag abzuschließen, wonach der Bestand der Gesellschaft an Müllkästen zum Preise von 69 093 M. in das Eigentum der Stadt übergeht, und wonach ferner der von der Stadtgemeinde an die Gesellschaft zu zahlende Satz von 1,30 M. pro Kopf und Jahr der im Abfuhrbezirk ortseingetragenen Bevölkerung auf 1,00 M. erhöht werden soll. Der Referent, Stadtv. Köllmer, betonte die Notwendigkeit einer Prüfung der Frage, ob das Unternehmen überhaupt lebensfähig sei. Andersfalls mühte ins Auge gefaßt werden, mit anderen Unternehmern in Verbindung zu treten. Vor allem verlangte der Referent auch eine Klarstellung des Verhältnisses der Gesellschaft zu ihren Tochtergesellschaften. Genosse Fietich wies darauf hin, daß die jetzige Vorlage gegenüber der vorjährigen, welche eine Zinsgarantie von 30 000 M. seitens der Stadt für die Gesellschaft forderte, nur insofern einen Fortschritt bedeute, als sie nicht wie die damalige hinter verschlossenen Türen beraten werde. Die sozialdemokratische Fraktion habe schon damals verlangt, daß die Stadt der Gesellschaft nicht beizutrage, sondern die Müllabfuhr in eigene Regie übernehme. Die Voraussetzungen, daß jenes Opfer der Stadt für die Gesellschaft nicht das letzte sein werde, habe sich, wie die neue Vorlage zeige, sehr schnell erfüllt. Die Gesellschaft arbeite überhaupt nicht mehr mit eigenem Kapital und besitze nur noch Schulden. Eine solche Gesellschaft könne unmöglich für ein dauerndes Arbeiten mit der Stadt in Betracht kommen. Die Sozialdemokraten würden deshalb die Vorlage ablehnen; sie hofften, daß das Verhältnis der Stadt zur Gesellschaft so rasch als möglich gelöst und die Müllabfuhr in eigene Regie übernommen wird.

Schließlich beriet die Versammlung noch eine Magistratsvorlage betreffend den Erwerb des Alarms der Sprengzweigen des Wasserwerksgrundstücken. Genosse Vogel machte bei dieser Gelegenheit auf die unerhörte Ueberverteilung der Stadt durch den Fiskus aufmerksam, der für den Quadratmeter nicht weniger als 14 M. verlangt. Auch diese Vorlage ging an einen Ausschuss.

Die nächste Sitzung findet am 31. März statt.

### Schöneberg.

Am Sonntag, den 28. März, nachmittags 6 Uhr, veranstaltet der Jugendbildungsverein bei Großer, Martin-Luther-Straße 51, eine Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Jadel über: „Darwinismus und Bibel“. Daran anschließend: Gemütliches Beisammensein. Alle Jugendlichen Schönebergs werden gebeten, zu erscheinen. Erwachsene haben Zutritt.

### Nixdorf.

#### Stadtverordnetenversammlung.

(Fortsetzung der Sitzungsberichte.)

Das Kapitel IV betrifft Veranstaltungen und Einrichtungen.

Auf eine Beschwerde des Stadtv. Groger (Soz.) über die mangelhaften hygienischen Verhältnisse auf dem Wochenmarkt, die eine bessere und strengere Aufsicht bedürften, erklärt der Marktmeister Stadtv. Hildebrandt, daß dauernd Kontrolle über die Fleischstände durch einen Tierarzt geübt wird; es soll aber von neuem entsprechende Beachtung gegeben werden.

Zum Titel „Friedhöfe“ bringt Stadtv. Stielor (Soz.) eine Resolution ein, in welcher der Magistrat aufgefordert wird, der Errichtung eines Krematoriums näherzutreten. Der Antragsteller sagt, daß für eine Beschleunigung der Sache neben den sanitären Gründen auch die in Groß-Berlin sich ergebende ungeheure territoriale Ausdehnung der Friedhöfe und die Schwierigkeiten der Grundstücksbeschaffung entscheidend sein müssen. — Stadtrat Marggraf ist mit dem Vorredner in Uebereinstimmung und hält es für durchaus erwünscht, daß die preussische Regierung zu einer Lockerung ihrer Stellung gegenüber der Feuerbestattung gedrängt wird. — Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) betont die Notwendigkeit, daß möglichst viele Städte prinzipielle Erklärungen für die Feuerbestattung beschließen, damit der Einfluß der Dummköpfe in der preussischen Regierung endlich gebrochen wird. — Die Resolution wird angenommen.

Stadtv. Ostermann (Soz.) plädiert für Uebernahme des gesamten Beerdigungswesens in städtische Regie und bringt einen entsprechenden Antrag ein. Der größte Teil davon ist bereits in eigener Verwaltung, es liegt kein Grund vor, mit dem Rest, dem Leichenfuhrwesen, weiter zu zögern. — Stadtv. Pagels (Soz.) führt Beschwerde, daß armen Leuten 6 Leichenräuber aufgedrückt worden sind, obwohl 4 genügt hätten; er fragt, ob etwa die Kirchhofordnung solche Maßnahmen zuläßt. — Stadtrat Marggraf verneint letzteres, erklärt derartige Uebergriffe für ungebührlich und will, wenn vorgekommen, für Abhilfe sorgen. — Stadtv. Behne verwirft den Antrag in Rücksicht auf die privaten Unternehmer im Leichenfuhrwesen, die man damit ruinieren würde. — Nachdem Stadtv. Hoppe (Soz.) diesen Ausführungen entgegengetreten war, wurde der Antrag des Rechnungsausschusses, welcher sich mit dem des Stadtv. Ostermann deckt, angenommen.

Beim Titel „Märkte“ befragt Stadtv. Hoppe (Soz.) den Magistrat, wozu die zur Verfügung des letzteren eingestellten 500 M. dienen. — Oberbürgermeister Koiser erklärt, daß daraus Beträge an die aufsichtführenden Polizeibeamten als besondere Anerkennung gezahlt werden. — Darauf beantragt Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) die Streichung, da angeführt der schon ohnedies reich hohen Polizeilohn kein Anlaß für besondere Zuwendungen vorliegt. — Die Streichung wird abgelehnt, ebenso ein Antrag des Stadtv. Pagels (Soz.), den für außerordentliche Straßenreinigung an Magistrat eingeleiteten Betrag von 5000 M. um 3000 M. zu erhöhen, da erstere Summe nicht entfernt den tatsächlichen Kosten entspricht.

Zum Titel „Kranken- und Leichenfuhrwesen“ hatte der Magistrat für Beschaffung eines Krankenautomobils 15 000 M. und zu dessen Unterhaltung 2500 M. bereits im Rechnungsausschuss gefordert, letzterer lehnte jedoch die Vorlage ab. Der Magistrat unterbreitete nunmehr dieselbe dem Plenum. In der Begründung ist gesagt, daß die Entfernung des neuen Krankenhauses unbedingt ein schnelles und gutes Transportmittel notwendig macht. Die Stadtv. Kalmig, Riemey und Gröpler ziehen gegen den Antrag zu Felde. Ersterer vertritt den Standpunkt der Unrentabilität eines Autos, will aber merkwürdigerweise trotzdem die Sache einem Privatunternehmer überlassen. Der Letzgenannte sagt gar, daß ein solches Auto ein „Lugus“ ist (Rechtshofes Oho! Kein! In's.) — Dem Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) ist die Absicht des Stadtv. Kalmig, den Krankentransport Privaten in die Hände zu spielen, ein Grund mehr für die Vorlage. Ein schneller Krankentransport ist, um Lebensgefahr für die Befördernden zu vermeiden, durchaus notwendig, ebenso Anlage guter Wege nach dem neuen Krankenhaus. Herr Kalmig, der sich immer gern als Feuerwehrfachverständiger aufspielt, sollte übrigens auch wissen, daß die Feuerwehr-Automobilzüge wegen ihrer Größe immer mehr in Aufnahme kommen. Redner wendet sich noch energisch gegen das hallohe Gerede, daß die Anlage des neuen Krankenhauses verfehlt sei. — Die Stadtv. Weermann und Dr. Dietrich sowie Stadtrat Dr. Vogel treten lebhaft für die Anschaffung des Krankenautomobils ein, welcher Auffassung die Versammlung schließlich auch mit Mehrheit beitrifft.

Ueber die geringe Anzahl der Bedürfnisanstalten, besonders soweit die Frauen in Frage kommen, führt Stadtv. Hoppe (Soz.) lebhaft Klage und empfiehlt bei Mangel an unterirdischen Anlagen wie in anderen Städten, beim Titel „Trinkhallen“ rügt derselbe Redner den hygienisch unzulässigen Mangel von Wasserleitungspfüllung in denselben. — Stadtrat Rier erklärt,

och demnächst mehrere Volk-Bibliotheksalen (für Männer und Frauen) errichtet werden. Die Wasserreinigung ist dem Unternehmer der Trinkhallen im angeregten Sinne vertraglich zur Pflicht gemacht worden.

Beim Titel „Volk-Bibliothek“ wendet sich Stadt. Scholz (Soz.) gegen die Schundliteratur und fordert energische Maßnahmen dagegen. Unsere Volk-Bibliothek ist weder in ihrer räumlichen Einrichtung noch im Bücherbestande den besten Verhältnissen entsprechend. Moderne wissenschaftliche Werke, z. B. Darwin, Hädel, Böschke usw., fehlen überhaupt. Da ist schleunige Verbesserung und Ergänzung notwendig. Es muß deshalb der dafür eingelegte, völlig unzureichende Betrag von 1500 M. auf 2500 M. erhöht werden. Stadt. Rosenow will vorsichtig darin verfahren; denn zunächst würde leichtere Lektüre noch bevorzugt und Bücher wie die genannten werden gar nicht verlangt. Er kann auch die Klagen über den Bücherbestand nicht verstehen: Goethe und Schiller sind doch da. (J. Zuruf links: Na, das ist doch selbstverständlich!) — Stadt. Abraham spricht aufgeregt über die scholastischen Ausführungen zur Schundliteratur und weist diesem vor, daß er nach der Polizei rufe. — Stadt. Koye sagt, daß die Schuldeputation schon mehrfach über die Frage der Schundliteratur beraten hat, und Oberbürgermeister Kaiser stellt den Anschlag an die in flux gelommene Bewegung in Aussicht. — Die Stadt. Scholz (Soz.), Groger (Soz.) und Dr. Silberstein (Soz.) heben hervor, wie notwendig es ist, endlich aus dem Stadium der Beratungen heraus und zu Taten zu kommen, natürlich nicht wie Stadt. Abraham unterließ — durch Polizeimaßnahmen. Aushangverbote gegen den „Kad-Carter-Schund“ und ähnliches nützen nichts. Aufklärung in dieser Beziehung durch Merkblätter usw. und Vermittlung guter Bücher an die Volksgenossen sind u. a. die besten Mittel. Je reichhaltiger die öffentlichen Institute ausgestattet sind, um so besser; wenn die Nidborfer Volk-Bibliothek nicht die populär-naturwissenschaftliche Lektüre hat, so kann diese natürlich nicht von den Lesern verlangt werden, wie Herr Rosenow zu erwarten scheint. — Nachdem Stadt. Winter sich zur Bekämpfung der Schundliteratur geäußert, wird die diesbezügliche Resolution Scholz angenommen, die Erhöhung der Summe für die Volk-Bibliothek aber abgelehnt.

Die vom Magistrat für den städtischen Arbeitsnachweis eingestellte Summe von 2400 M. zur Beschaffung eines nun ansehenden Vorstehers war der Sparpart der Rechnungswirtschaft zum Opfer gefallen. — Stadtrat Dr. Mann nimmt die Forderung ernst auf, indem er die Notwendigkeit einer Reorganisation des Arbeitsnachweises nachweist. — Stadt. Emmelut schlägt sich dem an, da der Arbeitsnachweis jetzt durchaus nicht den Ansprüchen genügt. — Stadt. Thurow (Soz.) erörtert eingehend die innere Organisation eines guten Arbeitsnachweises. Er weist nach, daß es für die Gemeinde eine soziale Pflicht ist, ein derartiges Institut im modernen Sinne auszubauen, und spezialisiert im einzelnen die Aufgaben eines solchen. Vom sittlichen Standpunkte aus muß darauf hingewirkt werden, das entwürdigende Umschauen nach Arbeit dem beschäftigungslosen Arbeiter zu ersparen und auch der privaten Stellenvermittlung gegen Entgelt ein Ende zu machen. — Hierauf griffen die bürgerlichen Stadtratsmitglieder, von ein paar Ausnahmen abgesehen, zur Opposition. Sie fürchteten offenbar, daß infolge des vorzeitigen Verlassens der Sitzung seitens einiger ihrer Mitstreiter ihre Mehrheit gegen den Magistratsantrag zweifelhaft geworden war. Es geschah einer nach dem andern von den Stadtvätern, dem Stadt. Gropier überlassen, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bewahren. Die Auszahlung ergab die Beschlußfähigkeit, so daß die Sitzung um 1/2 Uhr geschlossen werden mußte.

Die Beerdigung des Genossen August Kurds findet heute nachmittags 1/2 Uhr auf dem neuen Nidborfer Friedhof, Mariendorfer Weg, statt. Am rege Beteiligung erlucht Der Vorstand.

Der Jugendauschuss der Arbeiterschaft Nidbors, der sich aus den hiesigen Arbeiterorganisationen heraus gebildet hat, beruft zum Sonntag, den 28. März, nachmittags 2 Uhr, nach dem Tischchen Saale, Bergstraße 152, eine Versammlung aller jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ein. „Jugend heraus!“ lautet der einleitende Vortrag, den der Schriftführer Genosse Heinrich Schulz übernommen hat. Die Nidborfer Arbeiterschaft wird ersucht, ihre jugendlichen Familienangehörigen zum Besuche dieser Veranstaltung anzuregen, der weitere belehrender und geselliger Art in bestimmten Zwischenräumen folgen werden. Ein Mitternachtsflug und eine Frühjahrsfeier am 25. April sind bereits in Aussicht genommen.

### Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Nach eingehender Vorberatung erfolgte in der letzten Sitzung die Festsetzung des Etats. Derselbe schließt ab in Einnahmen und Ausgabe mit 649 400 M. (im Vorjahre 571 900 M.). Die Einnahmepositionen „Kiersteuer“ und „Lufteintrittsteuer“ wurden gegen die Stimmen der Vertreter Barth, Conrad, Grau, Schmidt, Sonnenburg und Stephan angenommen. Die Gemeindeeinkommensteuer wurde von 190 auf 125 Prozent herabgesetzt. Die Grundsteuer wird für bebauten Grundstücke auf 6 Promille und für unbebaute Grundstücke auf 8 Promille festgesetzt. Die Kanalisationsgebühren werden von 1,75 Prozent des Nutzungswertes auf 1,25 Prozent und von 1,75 M. pro laufende Meter der Grundstücksfront auf 1,43 M. ermäßigt. An Schulgeld für das Realgymnasium wird erhoben von ortsanfässigen Schülern der Vorklasse 120 M., den Gymnasialklassen 140 M.; von den auswärtigen Schülern der Vorklasse 140 M., den Gymnasialklassen 180 M. Genosse Sonnenburg beantragte, den aus der Volksschule in das Realgymnasium übernommenen Schülern auch die Zehnmittel unentgeltlich zu liefern. Nach erregter Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. Da von der Gemeinde auch die Steuern für die evangelische und katholische Kirchengemeinde eingezogen werden, wurde vom Vertreter Sonnenburg scharf kritisiert, daß alljährlich Einwohner zur Kirchensteuer veranlagt werden, die der Kirche längst den Rücken gekehrt. Der Gemeindevorsteher erklärte sich bereit, dahin zu wirken, daß von den Kirchengemeinden einwandfreie Listen aufgestellt werden. Namens der sozialdemokratischen Vertreter beantragte Genosse Sonnenburg, zur Unterstützung der Arbeiterlosen eine Summe von 3000 M. in den Etat einzustellen mit der selbstverständlichen Bedingung, daß den Arbeitslosen die ihnen gewährten Zuwendungen nicht als Armenunterstützung angerechnet werden. Nach längerer Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen des Gemeindevorstehers, des Schöffen Lindenberg, der Vertreter Geselebracht, Giede, Kunze und Lehmann angenommen. Infolge des von den sozialdemokratischen Vertretern in der Januaritzung dieses Jahres gestellten Antrages, für die Spielung hilfsbedürftiger Schulkinder eine bestimmte Summe in den Etat einzustellen, sind für diesen Zweck 3000 M. ausgeworfen. Wie der Gemeindevorsteher mitteilte, erhalten die von dem Lehrkollegium als bedürftig bezeichneten Kinder zum Frühstück warme Milch und eine Schrippe, zum Mittag eine Suppe mit Brot. Den betreffenden Eltern wird die ihren Kindern gewährte Speisung nicht als Armenunterstützung angerechnet. Unter dem Titel „Körperverwaltung“ wurden zur Erlangung besserer Kurmittel 1500 M. eingestellt (in den Vorjahren nur 800 M.). Vom 15. Mai bis 15. September wird täglich vormittags und an mehreren Nachmittagen der Woche konzentriert. Durch die Umwandlung der höheren Mädchenschule des Rektors Franke in eine höhere Mädchenschule wird die Anstellung von Oberlehrern notwendig. Der Gemeindevorstand empfiehlt daher, die dem Rektor Franke gewährte Subvention von 3000 M. auf 5000 M. zu erhöhen. Der Antrag wurde angenommen. Die in neuerer Zeit an die Gemeinden herangetretenen Aufgaben auf dem Gebiete der kommunalen und sozialen Hygiene, insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorge für Tuberkulöse, Alkoholiker, Säuglinge, sowie die Maßnahmen der ersten Hilfe der Gemeinde- und Krankenpflege usw. machen einen dem Gemeindevorstand beizugebenden ärztlichen Beitrag notwendig. Für die Mäherhaltung des Bezirks sind 500 M. in den Etat eingestellt. Zur größeren Sicherheit des Ortes werden 8 Nachwächter neu angestellt und eine Polizeinachtwache auf dem Rathaus ein-

gerichtet. Da seit einer Reihe von Jahren aus allen Kreisen der Einwohnerschaft die Errichtung von Bedürfnisanstalten gefordert wurde, beschließt die Vertretung, zwei Anstalten zu errichten und zwar eine für Männer am Bahnhof und eine für beide Geschlechter auf dem Marktplatz. Zur besseren Desinfektion von größeren Gegenständen wird die Anschaffung eines Dampfdesinfektionsapparates beschlossen.

### Wilmsdorf-Galensee.

Das Thema: „Zweck und Aufgabe des Arbeiter-Turnerbundes“ wird in einer am Sonntag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, im Rautenpark, Wilhelmstraße 112, stattfindenden Versammlung behandelt werden. In Anbetracht der Bestrebungen des Arbeiter-Turnerbundes wäre es erwünscht, wenn auch die Genossen, die erwachsene Kinder haben, dieser Veranstaltung ihr Augenmerk schenken.

### Weißensee.

Der Voranschlag zum Etat für das Jahr 1909 ist den Gemeindevorstehern vor einigen Tagen zugegangen. An direkten Steuern sollen erhoben werden: 115 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer gleich 241 500 M., 115 Proz. Zuschlag zu dem fingierten Normalsteuersatz für die Einkommen von mehr als 600 bis 900 M. gleich 5750 M., 115 Proz. Zuschlag zu den fingierten veranlagten Staatseinkommensteuern von den Forstern, und zwar von den physischen und nichtphysischen Personen gleich 57 500 M., 245 Proz. Gewerbesteuer 117 600 M., 30 Proz. Zuschlag zur Betriebssteuer gleich 1500 M., Gemeindegrundsteuer 0,6 Proz. der unbebauten Grundstücke gleich 192 000 M., 0,38 Proz. der bebauten Grundstücke gleich 228 000 M., Es wurden für 1909 in Ansatz gebracht für unbebaute Liegenschaften rund 32 Millionen, für bebauten Liegenschaften rund 80 Millionen Mark. An indirekten Steuern sollen einkommen: Luftverkehrssteuer 32 000 M., Hundsteuer 25 000 M., Brau- und Biersteuer 30 000 M., Umsatzsteuer 150 000 M., Verzinsungsteuer 185 000 M. Die Gesamteinnahmen betragen 1 905 850 M., die Ausgaben 1 122 200 M., mithin ist ein Ueberschuß von 1 193 650 M. Unter den Ausgaben fallen allein 106 692,58 M. auf die Kreissteuer. Die Kapital- und Schuldenverwaltung erfordert einen Zuschuß von 317 200 M., die Gemeindegrundstücke bringen einen Ueberschuß von 51 600 M., für die Gemeindegasse ist ein Zuschuß von 391 917 M. erforderlich, die Zentralvorschuße bringt einen Ueberschuß von 8200 M. Weitere Zuschüsse erfordern die Armenverwaltung mit 90 190 M., der Etat der Wohlfahrts-einrichtungen 11 860 M., Straßen und Plätze 82 340 M., die gewerbliche Fortbildungsschule 4300 M., Ueberschüsse sind vorgezogen beim Etat der Friedhofverwaltung mit 430 M. und beim Etat der Wasserversorgung mit 14 430 M. Die Einnahmen und Ausgaben stehen gleich beim Etat der Kanalisation, des Elektrizitätswerks, der Vermögensverwaltung, der kaufmännischen Fortbildungsschule, des Fleischschauamts, des Sechamts. Eine ganze Reihe anderer Etats, die bedeutende Zuschüsse beanspruchen, sind noch nicht in Händen der Vertreter, so z. B. die der höheren Schulen. Hier erwartet man noch die Entscheidung der Regierung, ob der beschlossene Antrag auf Abbau der Oberrealschule, gegen den vom Direktor Dr. Kemps Protest eingelegt wurde, genehmigt wird.

### Wanlow.

Aus der Gemeindevertretung — Neuwahlen in Sicht. Durch die Wahl des Herrn Sieger zum Gemeindevorsteher ist eine Neuwahl in der ersten Abteilung notwendig. Genosse Wendroth hat sein Mandat niedergelegt, damit sind ebenfalls in der dritten Abteilung zwei Mandate neu zu besetzen. Die Vertretung beschließt, die Neuwahlen bald vorzunehmen. Am 1. April tritt endlich die Fortbildungsschule ins Leben. Um die nötigen Modelle, Schränke und Utensilien, auch eine kleine Bibliothek anschaffen zu können, sind mindestens 2000 Mark erforderlich. Die Regierung ist ersucht worden, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Die übrigen 1000 Mark sollen aus Anleihegeldern beschafft werden. In das Auditorium wurden unter anderem die Genossen Penzler und Seifert gewählt. Für das Lehrerinnenseminar wird das Schulgeld auf 200 M. festgesetzt.

Eine größere Debatte entstand bei Vergebung der Pacht der Aufschlagstulen. Durch Ausschreibung ist ein Gebot des Herrn Bilger auf 420 M. eingelaufen, bei gleichzeitigen Erhöhen der Aufschlagpreise. Herr Salir will 400 M. geben, ohne die Preise zu erhöhen.

Im Vertrage ist festgelegt, daß alle Plakate angenommen werden müssen, wenn sie nicht „gegen das öffentliche Interesse verstoßen“. Unsere Hausbesitzer fordern, daß der Wohnungsanzeiger an der Straßenseite angeklebt werden soll. Die Vertretung nahm das Angebot des Herrn Bilger an. Darum führt die Gemeinde nicht selbst die Arbeit aus? Die abwechselnde ärztliche Nachbereitschaft war eingeschlossen, soll aber jetzt wieder eingeführt werden, wenn die Gemeinde die eventuellen Ausfälle an Honorar erstattet. Die Vertretung beschloß für die niedrigste Lage hatten zu wollen. Die Gesundheitskommission empfiehlt bei Wohnungswechsel tuberkulöser Erkrankter die Hauswirte anzuhalten, die Räume zu desinfizieren. Weigerten sich die Wirte, so soll die Gemeinde die Kosten übernehmen. Die freiwillige Sanitätskolonne stellt jetzt ebenfalls jede Nacht einen Vertreter, der bei plötzlichen Unglücksfällen bereit ist, einzugreifen. Die hierdurch entstehenden Kosten von 400 M. pro Jahr wurden bewilligt. Als Armenkommissar wurde Herr Dr. Goddner gewählt.

### Wühlendorf.

Eine aus von Gegnern besuchte Versammlung hörte am Sonntag einen interessanten Vortrag des Genossen Stadthagen über „Deutschland in der Welt voran“. Im Anschluß hieran behandelte der Referent die für den in so schneller Entwicklung begriffenen Ort wichtige Frage der Wertzuwachssteuer. Nachdem einige Schönhauser sowie hiesige Genossen sich an der Diskussion beteiligt hatten, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Arbeiterbewegung sowie auf Stadthagen geschlossen.

### Rowatow.

Die Stichwahl zwischen den Gemeindevorsteherkandidaten der zweiten Abteilung, Herren Schuldirektor Kohl und Eisenbahndirektor A. D. Lachmann hatte das Resultat, daß sich an der Wahl von 690 Wählerberechtigten 231 beteiligten, wovon 135 für Kohl und 96 für Lachmann stimmten. Ersterer ist somit gewählt. Der Wahlausgang bedeutet eine bemerkenswerte Niederlage der Rowatower Hausbesitzerpartei, dagegen eine Stärkung der Interessengruppe der Grundbesitzer des Neuendorfer Ortsteils.

## Vermischtes.

### Das Hochwasser,

das in den letzten Tagen eingetreten ist, hat schon eine große Anzahl von Menschenleben, meistens Kinder, als Opfer gefordert. In Pöschwitz bei Dresden wurden zwei zehn-jährige Knaben, die sich am Rande eines Bachs mit Perlschalen von Eisfischen vergnügten, von einer heranschleichenden Flutwelle umgerissen und in den nahen Elbstrom getrieben, wo sie unter die Eisfischen gerieten und ertranken. In Pirna fiel das fünf-jährige Kind eines Sergeanten, das Milch holen wollte, in die hochangegewollene Gottscheuba und mußte ertrinken. In Rhylau stürzte ein dreizehnjähriger Junge beim Spiel in das Hochwasser der Göltzsch und ertrank. In Ruydorf bei Rumbach wurde ein neun-jähriger Knabe von den Fluten fortgerissen und in eine Schleufe geschleudert, wo er ertrank. In Zwissau ist ein fünf Jahre altes Kind in die Mulde gestürzt und in den Fluten verschwunden. In Reichenbach i. W. stürzte ein fünfjähriger Knabe in den hochgehenden Bach und ertrank. Das gleiche Schicksal ereifte in Langenleuba-Niederhain das sechs-jährige Söhnchen eines Gastwirts, das herbeilebende Personen dergleichen mit Stangen aus dem Leubabache zu retten versuchte. Bei Brarobach erkrank ein vierjähriger Knabe und im stark angeschwollenen

Kaisebach erkrank das vierjährige Söhnchen des Schaffners Pabest. Ferner meldet der Draht:

Dresden, 25. März. Bei Klein-Beigsdorf erfolgte ein Dammbrech, durch den auch die Driehaften Lousenthal und Wildschütz in Mitleidenschaft gezogen wurden. Saaren und Bänfen-dorf stehen teilweise unter Wasser. In Ranzlau sind die tiefer gelegenen Gärten, Höfe und Grundstücke überschwemmt. In Tilschwitz drang das Wasser in die Häuser, ebenso in Lüben, wo einzelne Personen aus ihren Wohnungen durch die Fenster herausgetragen werden mußten. Auf den Feldern und Straßen ist beträchtlicher Schaden angerichtet worden. In Steinau wurden einige Straßen in Meterhöhe vollständig überflutet. Zur Vergung der Bewohner mußte die Feuerwehr herbeigeholt werden.

Deffau, 25. März. Die Mulde ist aus ihren Ufern getreten und hat die Gegend flundenweit überschwemmt. Die Mulde führt gewaltige Wassermassen zur Elbe. Sie steigt immer noch und die Gefahr wächst.

Köln, 25. März. Die meisten ober- und mittelhessischen Nebenflüsse führen infolge starker Schneeschmelze Hochwasser. Die Sieg überschwemmte weite Gebiete. Im oberen Laufe der Ruhr richtete gleichfalls Hochwasser Verwüstungen an. In den Nebenflüssen machen sich bereits Verkehrstodungen bemerkbar. Auch die hochgehende Wupper zwang erneut zahlreiche tiefer gelegene industrielle Werke, deren Betrieb einzustellen. Die Lenne führt gleichfalls Hochwasser. Da noch meterhoher Schnee in den Bergen lagert, rechnen die Anwohner mit dem Eintritt einer neuen Katastrophe.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 5, zweiter Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, 7. Stockwerk, 7 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Versicherung beimengen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Für die Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage begehren. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

17. Installateur, Schinargendorf, Kefenerstr. 11. — P. 21. Andreus Wendt mit Bortio 70 H. oder Lichtenow, Ballanhalbinsel, 120 M. Verhandlung vorwärts. — A. 100. 1. Wie warren fortgesetzt vor solchen Einrichtungen. 2. Ueber die Aufnahme in eine Heilanstalt entscheidet die Landesregierung. — Wilhelmberg 100. G. Hartwig, Friedrichstr. 16. — Paul Wollschlae, Zentralstr. 10. Friedrichstraße. — G. M. 12. Nachteiliges ist und nicht bekannt. — Rom 10. Den Passus erachten wir für unangütig, weil er gegen die guten Sitten verstößt. Eine Klage beim Kaufmannsgericht wird vorzuschicklich Aussicht auf Erfolg haben. — R. 2. 19. Ist über die Kündigungsschuld beim Vertrag vereinbart, so beträgt die Kündigungsschuld sechs Wochen beim Grunde. In Ihrem Falle würde voranschicklich das Gericht anerkennen, daß die am 1. März ausgesprochene Kündigung zum 15. April Gültigkeit hat. Teilen Sie der Herrschaft mit, daß Sie zu diesem Tage den Dienst verlassen. — S. R. 40. Eine Klage wäre unbeschädlich. — D. R. 7. Deime, Berlin, Alexandrinerstr. 36. — H. C. 101. Die Genossenschaft hat mit der Einrichtung in der Kaserstraße nichts gemein. Außerdem Baugenossenschaft „Paradies“, Rottbühlstr. 4. — S. G. 100. Stellungnahme des Magistrats, Poststr. 16. — Bezirksstabelle. Am Berliner Abendblatt, 2. Teil, Straßensverzeichnis, finden Sie auch die Angabe der Amtsgerichtsbezirke. — S. 126. Versuchen Sie es mit einem Inserat.

### Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 27. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Johann Philipp Becker. — Oesterreich und die Wälder. Von Karl Kautsky. — Die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Aufgaben der Landarbeiterschaft. Von A. Jöcher (Grosz-Steinigren) (Schluß). — Die Spaltung in der böhmischen Sozialdemokratie. Von Henriette Roland-Sollitt. — Literarische Rundschau: Nachbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Von S. Pfeiffer. — Notizen: Die Arbeitsverhältnisse an der Sechsmaschine. Von Karl Bölliger (Berlin). — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ wird in den nächsten Tagen die Nummer 7 des 28. Jahrganges erscheinen. Aus ihrem illustrierten Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Deutscher Frühlingsspaender“ und „Die Friedensfreunde“, sowie die Zeichnungen „Die Vorführung des Kompromissieles“, „Aus Bremen“, „Deutsche Flanzen“, „Gute Freunde — getreue Nachbarn“, „Die wackeligen Koffelbender“, „Rebbo“, „Der Bündler und die Größtsteuer“, „Böhmische“, „Antidominanten“, „Der Verbündete des Kohlenadikats“, „Kugen des Krieges“, „Waffenlieferanten“, „Schluss Dilemma“, „Ein Reinsfall“, „Hochwasser“ und „Die rettende Lat“. Ferner enthält die Nummer den Artikel „Das Jahr 1909 als Lebensjahr“ von Ed. Bernstein, dem Bilder von Darwin, Proudhon, Lincoln, Glabstone, Tenison und Burns beigegeben sind. Außerdem wird das Bildwörterbuch aus dem Hofe des Berliner Gewerkschaftsbundes nach einer photographischen Aufnahme und ein Bild des wackeligen Volksgespinnels Nagen wiedergegeben. Neben vielen anderen literarischen Beiträgen enthält die Nummer dann noch die Gedichte „Kohlenfeuer“, „Der Schneemann“, „Die Welterbauer“, „Schauerballade“, „Gehriges Schuler“, „Das neue Paradies“, „Angelied“, „Warum haben die Agrarier kein Bundeslied“, „Kompromisse“, „Das Bortennormale“ und „Da hinten irgendwo in der Tälchen“. Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Künstlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen, Marktstraße 1: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft etwas reger, Preise für Rinder- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft reger, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr teilweise genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

### Witterungsübersicht vom 25. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter		
Sonneberg	750	SO	6	Regen	2	Daptau	759	SW	molteil	-20	
Darmstadt	744	SE	6	Regen	7	Belersburg	752	SO	1	Schnee	-1
Berlin	750	SE	2	Regen	4	Seibitz	750	SE	4	bedeckt	0
Franckfurt	750	SE	7	Regen	8	Aberdeen	742	SW	5	Regen	4
München	756	S	2	wolfig	3	Paris	750	SE	3	bedeckt	10
Wien	768	SW	1	Rebel	4						

### Wetterprognose für Freitag, den 26. März 1909.

Etwas kühler, teilweise auffarend, vorwiegend noch frühe mit Niederlagen und starken westlichen Winden.

### Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten.

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 24. 3. 1909	am 25. 3. 1909	Wasserstand	am 24. 3. 1909	am 25. 3. 1909
Regel, Tilsit	183 <sup>0</sup>	0	Saale, Spandau	890	+11
Regel, Müritzerburg	63 <sup>0</sup>	+59	Qabel, Brandenburg	94	+6
Regel, Tilsit	312 <sup>0</sup>	+60	Qabel, Rathenow	106	+1
Oder, Kahlberg	433	+14	Spre, Spremberg	450	-16
• Krossen	238 <sup>0</sup>	+30	• Beekow	106	+3
• Frankfurt	225 <sup>0</sup>	+41	• Wefer, Müden	192	-35
Warte, Schimm	192 <sup>0</sup>	+50	• Müden	288	-24
• Landsberg	61 <sup>0</sup>	0	• Rhein, Rüggenhain	170	+29
Rege, Nordamun	55	+25	• Rahn	870	-24
Elbe, Keltitz	246	+62	• Rehn	925	+10
• Dresden	164	+64	• Redar, Dautzow	140	+10
• Barz	373	+41	• Rain, Barchem	294	+35
• Magdeburg	312	+38	• Ravel, Trier	-	-

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - ? Unterpegel. - ? Eisstand. - ?) starker Eisgang. - ?) schwaches Auefeld. - ?) Auefeld.



Aus Industrie und Handel.

Ungünstige Marktberichte.

Die Stimmungsberichte vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt lauten trotzloher denn je. Anstatt der erhofften Belebung macht sich eine stärkere Abflauung geltend.

Kämpfe in der Eisenindustrie.

Ueber ungeheure Verhältnisse in der Eisenindustrie berichtet die „N. W. Ztg.“ folgendes: Es ist eine Tatsache: alle Kämpfe am Eisenmarkt konzentrieren sich seit längerer Zeit schon um den Stabeisenmarkt.

Kohlenwucher. Mit Bezugnahme auf unseren Artikel „Die Verwässerung der Berliner Bevölkerung durch die Kohlenverkäufer“ in der Nummer des „Vorwärts“ vom 18. März schreibt uns ein Kleinhändler, daß die amtlich ausgewiesenen Preise für den Kleinhändler nicht zureichten.

Folgen der Ausfuhrpolitik.

Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat hat die Umlage für das 1. Quartal 1909 auf 8 Proz. für Kohle und Koks festgesetzt.

Terror. Im sächsisch-thüringischen Färbereiring ist es zu inneren Zerwürfnissen gekommen. Der Ring hat es seinerzeit verstanden, alle Färbereunternehmen des Sächsisch-thüringischen Bezirkes unter seine Vormachtigkeit zu bringen.

Dividenden.

Die Krise erlaubt es einer ganzen Reihe Unternehmen, teils die frühere Höhe der Dividenden beizubehalten, teils sogar noch darüber hinauszugehen.

12 Proz. erhalten die Aktionäre der Reichel-Metall-Schraubenfabrik, A.-G., in Pfortenwade. Auf ihre Aktien Lit. A. bringt die Berliner Terrain- und Baugesellschaft wieder 10 Proz. zur Verteilung.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht.

Die wir jüngst berichteten, hatte sich eine Kommission des Staates New York mit Vorschlägen betreffend Einführung des Frauenwahlrechts beschäftigt.

Verfassungen - Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 29. März, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Generalversammlung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 26. März. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Fra Diavolo. Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: Einer von unsere Leut'. Morgen: Nur ein Traum.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Die fremde Frau. (La femme X...)

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Der tapfere Soldat.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, 26. März, Anfang 8 Uhr: Schlagende Wetter.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: „Kümmere Dich um Amelie.“

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Im Klubsessel.

Hebbel-Theater.

Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Das vierte Gebot.

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn. Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Konzert und Kunstausf.

Lessing-Theater.

Freitag 8 Uhr: Bfenzkyflut, vierte Fortsetzung: Gasparotto. Sonnabend 8 Uhr: Grisolda.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Rechts herum.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ein Volksfeind.

Sonntag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Die Welt, in der man sich langweilt.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Straßenbahnfahrer Krause.

Sonnabend nachm. 3 Uhr: Max und Moritz. 8 Uhr: Staatsanwalt Alexander.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen aus Ferwegen. 8 Uhr: Straßenbahnfahrer Krause.

Montag: Marie, die Tochter des Regiments.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr: Donnerwetter - ladellos!

Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Pfann, Thielscher.

Apollo Theater

Das glänzende März-Programm. Alice Norton.

Hampst-Bumst! The Telsedde? Stuart? Gabert Belling.

Der junge Papa. Ab 1. April Gastspiel der drei Schwedern Wiesenthal in ihren neuen Tanzsitzungen.

Casino-Theater

Roßingstr. 37. Täglich 8 Uhr. Bis Freitag, den 2. April: Rußland.

Sonnabend, den 3. April: Zum erstenmal: Ackermann. Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Brunnen-Theater

Dachstraße 58. Direktion: Willi Voigt. Freitag, den 26. März 1909: Die schöne Ungarin.

Sollstisch mit Gesang in 4 Akten von Mannsbütt und Weller. Kassensammlung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.

Hörseal 8 Uhr: Konstr.-Ingenieur Kellner: Die Kleinesisenindustrie.

Invalidenstr. 67/62: Abends 8 Uhr: Dir. Dr. P. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper.

WINTERGARTEN

Robert Steidl. Liane de Vries.

Novität! Eine epochale Erfindung! Das Wunder der biokopischen Projektion: Kinemacolor.

Urban-Smith-Patent. Lebende Photographien in natürlichen Farben sowie die hervorragenden Kunstkräfte des März-Programms!

Passage-Panoptikum.

Zum erstenmal in Berlin! Princeß Fassie die Amazonen-Königin m. ihr wilden Leibgarde.

Das blaue Weib, das Opfer unarmherz. Tötung. Das gr. Schauspielprogramm Alles ohne Extra-Entree.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. Das große März-Programm.

17 schottische Hochländer 17 militärische Übungen und die übrigen Spezialitäten. Im Tunnel: Jag. Blumenfest. Regimentskap. Theaterbel. hab. jr. Eintr.

Zirkus Schumann

Freitag, 26. März, ab. 7 1/2 Uhr: Benefiz für den hier so beliebt gewordenen !!Eftero Tiberio!!

Tiberio in seinen Glanzleistungen und neuen Entlagen. Die Wild-West Theron-Truppe 8 Personen.

Ricarda u. Oreste! dreifache Tiere des Clowns Armando.

Golo, der Seeräuber mit glänzender Ausstattung. Sonntag nachmittag ein Kind frei. In beiden Vorstellungen: Golo und das Riesensprogramm.

Gastspiel-Theater.

Köpenickerstr. 68. 8. Zum 543. Male: Sherlock Holmes. Täglich ausverkauft!

Stadt-Theater Moabit. Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.

Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.) Freitag, den 26. März 1909: Große Benefiz-Vorstellung der Lustigen Sängers.

Anf. d. Vorst. 8. Kassensammlung 7 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Nach der Vorst.: Tanz ohne Nach-Abonnement und Vorgusskarten haben keine Gültigkeit.

Dienstag, 30. März: Extravorstellung: Sherlock Holmes. Sherlock Holmes: Dr. Hans Melh.

Bürgerliches Schauspielhaus Kastanien-Allee 7-9. Letzter Premieren-Abend. Zum 1. Male: Reif-Reiflingen.

Lustspiel in 3 Akten v. G. v. Reifer. Anfang 8 1/2 Uhr.

Morgen: Das Mädchen v. Sellbronn. Sonntag nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Abends 8 Uhr: Griseid.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72. Täglich: Franz Sobanski, Genor und Berab. Größt-Duo, Jan Kadoschi, Drahtseilkünstler, Die 3 Gorgos, Balance-Künstler, Ernst Gess, Ella Lischon, Bernhard Brar, Wola Gran.

Huckelbein & Co. Schwan in 1 Akt. Nach der Vorstellung: Ritmooh, Sonnabend, Sonntag 2 u. 3.

XIV. Saison! Zirkus Busch.

Freitag, 26. März, abends 7 1/2 Uhr: Komischer Gala-Abend. U. a.: Um 7 1/2 Uhr: Der weltberühmte Original-Konsul Peter!

Um ca. 7 10 Uhr: Einzlg. dastehender Dressurakt Herr Karl Hagenbecks größte und schönste Löwen- und Elefantenstuppe. Herr Ernst Schumann, Reudresf. Um 7 10 Uhr: Auswanderer!

Die Hiesigen-Wasertastaden von der Höhe d. Zirkusstuppel.

Theater des Südens

Dresdenerstr. 97 a. d. Prinzenstr. Im weißen Hölzl. Vor u. nach: erstklass. Spezialität u. humor. Stanz, Kinematogr., Kabarett. N. d. Borst. Tanz ohne Nachzahlung. Anf. d. Konz. 7. d. Borst. 8 1/2 U. Entree 20 Pf.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr: Tacianu. Variété-Programm! 14 erstklassige Attraktionen.

Piloly von Kaulbach in ihrer indisch. Tempelszene. The 6 Sisters Lorrison die englischen Schönheiten. Das großartige Variété-Programm! 14 erstklassige Attraktionen.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16. Nora oder: Ein Puppenheim. Schauspiel in 3 Akten von Helen. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend große Extravorstellung Mutterlegen oder: Die Perle von Zaboven.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhofs-Börse. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Ab 10. März: Das gänzlich neue Elite-Programm. 10 Kunstkräfte allerersten Ranges. Zigeunerfriedel. Schauspiel in 1 Akt. Vorgusskarten wochentags gültig, zu halben Preisen überall gratis.

**Gebrüder Herrnfeld-**  
**Theater.** Vorverk. 11-2 Uhr.  
 57 Kommandantenstr. 57.  
**Die beiden Bindelbands**  
 Hierzu:  
**Endlich allein!**  
**Theater Variété Brillant**  
 (City-Passage)  
 Dresden Str. 52/3 Annonc. 42/3  
 Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei günstigstem Entree, auch Sonntag.  
 Sonnabend und Sonntag nach der Vorst.: Gr. Freitag-Kinematograph.

**Gustav Behrens-Theater.**  
 Goltzstr. 9.  
**Das verliebte Pensionat**  
 Operette  
**Stöpkes Brautfahrt**  
 und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.  
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

**Steidl**  
 Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.  
 Täglich 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
 Die altheilsten **Fritz Steidl-Sänger.**  
 Parterre-Rest. Entree frei.  
 Urfeile Stimmung a la Brady.  
 Bier-Kabarett u. Berl. Spatzen.  
 Entree frei.

**Verband der Sattler.**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Die nächsten **Branchen-Versammlungen**  
 finden an nachfolgenden Tagen statt:  
**Geschlechtsbranche:** Mittwoch, den 31. März 1909.  
**Treibriemenbranche:** Donnerstag, den 1. April 1909.  
**Taschen, Koffer und Galanteriebranche:** Donnerstag, den 1. April 1909.  
**Militärbranche:** Sonnabend, den 27. März 1909.  
**Pinosenmaler und Teppichnäher:** Donnerstag, 1. April.  
**Wagenbranche:** Donnerstag, den 1. April 1909.  
**Einzelmöbel- u. Lederstuhlpolierer:** Donnerstag, 1. April.  
**Sektion Charlottenburg:** Montag, den 29. März 1909.  
 Zahlreichen Besuch dieser Branchenversammlungen erwartet.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**  
 Filiale VI.  
 Sonnabend, den 27. März, abends von 8-12 Uhr, im Lokal von **Sokolowski, Bernauer Straße 82:**  
**Wahl der Abgeordneten.**  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 In demselben Lokal Mittwoch, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr: Feststellung des Wahlergebnisses der 10. Abteilung.

**Kredit. Möbel** auf Teilzahlung  
 bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rückzahl bei Krankheitsfällen u. Arbeitslosigkeit.  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

**Prachtvolltes Haar** erhält jede Dame mit **Haarblondin**  
 entwickelt beim Waschen **Sauerstoff**, d. i. die Lebenskraft aller Organismen, also auch der Haare.  
 Haarblondin entfernt jede Spur von Schwelblichkeit, Schuppen und Schilfen, öffnet die Poren, erweicht die Kopfhaut und befördert das Wachstum der Haare. Soll Haarblondin die Haare reinigen, die Farbe aber nicht verändern, so wäscht man nur 5 bis 10 Minuten. Wünscht man dagegen seinen Haaren einen helleren Farbton zu geben, so wäscht man dieselben mindestens 1/2 Stunde lang und wiederholt ebend. bis der gewünschte Farbton erreicht ist.  
 Haarblondin macht die Haare glänzend und leuchtend; es verhindert das Splitzen und Brechen der Haare und ist **garantiert unschädlich.**  
 Zu haben in Parfüm- u. Drogerien. Gebt dort nicht zu haben, wenden Sie sich an den Fabrikanten:  
**Fritz Kratz, Drogenhaus,**  
 Berlin N. - Bernstr. 11, 9031, Reinholdsdorfer Straße 119.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:  
**Generalversammlung**  
 aller zum Zweigverein gehörenden Sektionen, Zahlstellen u. Bezirke.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1908. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Revisoren der Zweigvereinskasse. 4. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.  
 Der Zweigvereinsvorstand.

**Folies Caprice.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Insolvent.**  
 Woffe von H. Kaufmann.  
**In lauschiger Nacht.**  
 Burleske von H. Gerold.

**Neue Welt**  
 Hasenheide 108-114.  
 Täglich:  
**Gr. Bockbierfest.**  
 Baron Muckls Bauernkapelle.  
 Original-Garmisch-Partenkirchner Sänger und Schuhplattler.  
 Jeden Dienstag und Donnerstag: Sensationelle Prämierungen.  
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 80 Pf.

**Blüthner-Orchester.**  
 Saal.  
 Sonntag, 28. März, 7 1/2 Uhr:  
**Populäres Konzert.**  
 Dirigent: Ferdinand Nollner.  
 Solistin: Fr. M. Neumann, Ges. A. d. Progr.: Goldmark: Ouv. au Sakuntala. Bernheim: Agrippina, Szene f. eine Altstimme m. Orchester. Weber: Aufforderung zum Tanz.  
 Karten a 1.50, 1.-, 0.75 b. Bote & Bock, Wertheim usw., Orchesterbureau Lützowstr. 76.  
 Tages- und Abendkasse am Konzerttage. 290/10  
 Donnerstag, 1. April, 8 Uhr:  
 XIII. Sinfonie-Konzert.

**Zentralkrankenkasse der Maurer etc.**  
**„Grundstein zur Einigkeit“.**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Sonntag, den 28. März, vormittags 10 Uhr, bei Jannusch, Inselstraße 101  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl des ersten Kassierers. 2. Vortrag des Herrn Dr. Chajes. 3. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert! Die örtliche Verwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Einsetzer.**  
 Am Sonntag, den 28. März 1909, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:  
**Branchen-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Lehmann: „Klassenkämpfe in alter und neuer Zeit“. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 Die Kommission.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands**  
 Bezirk Berlin. - Bureau NO., Neue Adnigstr. 36.  
 Freitag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Festsaal des „Grand Hotel“ am Alexanderplatz:  
**Oeffentliche Versammlung**  
 Reichstags-Abg. Dr. Frank-Mannheim  
 spricht über:  
**Der Schrei nach Recht!**  
 Kollegen und Kolleginnen! Protestiert durch zahlreiche Beiseid gegen die Zückungnahme der Gesetzgebung, die den Handlungsgehilfen die notwendigen Rechte verweigert und vorhandene Gesetze durch Straferhöhungen verächtlicher macht.  
 Erscheint in Massen!  
 Die Ortsverwaltung. A. U. Otto Urban.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Unt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col III. Unt 3, 1287.  
 Sonntag, den 28. März 1909, vormittags 10 Uhr:  
**Allgem. Branchen-Versammlung**  
 der Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umgegend im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal IV.  
 Tages-Ordnung:  
 1. „Märzstürme“. Referent: Kollege Bahn. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verhandlungsangelegenheiten.  
 Sonntag, den 28. März 1909, vormittags 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
 aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäft. Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Jahresbericht und Neuwahl der Liquidationskommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 Sonntag, den 28. März 1909, vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen R. Wissel über: „Täuschung und Hebertragung in der Unfallversicherung“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch obiger Versammlungen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Tischler-Verein** E. H. No. 89.  
 Sonnabend, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:  
**Versammlung.**  
 Vortrag des Herrn Kurt Heintz über: „Aus der Werkstatt des Kapitalismus“. Verhandlungsangelegenheiten. [198/10] Der Vorstand.

**ONYX.**  
 Onyx ist das denkbar beste Schuttmittel der Gegenwart, weil es in einer Stunde blauenweiße Wäsche erzeugt ohne dieselbe zu beschädigen. Dagegen ist der Stoff der modernen Wäscherei. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.  
 Generalvertreter für Berlin und Umgegend  
**R. Leben & Co., Berlin O., Rigaer Straße 69.**  
 Fernsprecher Amt 7, 13001.

Am Montag, den 22. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langem mit Gebuld ertragenem Leiden unser lieber Vater, Scholzevater, Großvater, Bruder und Schwager  
**Oswald Wunderlich**  
 Köpenickerstraße 8  
 im fast vollendeten 59. Lebensjahre.  
 Dies zeigt tiefbetäubt mit der Bitte um stille Teilnahme an Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Putzer.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Oswald Wunderlich**  
 im Alter von 58 Jahren am 22. März an Herzlähmung verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

**Verband der Portefeullier.**  
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Portefeullier  
**Willi Busse**  
 plötzlich verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Richthofes, Hermannstraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders, des Portefeulliers  
**Hermann Krieg**  
 unseren herzlichsten Dank.  
 Hermann Krieg nebst Frau u. Kindern.  
**Orts-Krankenkasse**  
 der **Vergolder u. Bernfsgenossen.**  
**Einladung**  
 zu der am Montag, den 5. April 1909, abends 8 Uhr, stattfindenden  
**General-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abnahme der Jahresrechnung 1908. 2. Wahl der Krankenkassens. 3. Verschiedenes.  
 Der Vorstand.  
 Delegiertenkarte dient als Legitimation.  
 Der Jahresbericht kann in der Versammlung oder im Kassenlokal in Empfang genommen werden.

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger.**  
 Zum 137. Male:  
**Der Kompagnieball**  
 Anfang wochent. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

**Sanssouci,** Kottbuser  
 Direktion Wilhelm Kolmer.  
 Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutscher Sänger**  
 und Tanz.  
 Ausgewähltes Programm.  
 Beg. Sonnt. 6, wochent. 8 U.  
 Jeden Dienstag:  
**Theater-Abend.**

**Blechschildts Möbel-Geschäft**  
 befindet sich vom 1. April wieder **Drangelsstraße 15.**

**Kubbutter** liefert franks gar. naturwein  
 10 Pf. - Rest 7,75.  **Toni Andermann,** Buchs. via Breslau No. 3.

**Nachruf!**  
 Nach kurzem, aber schwerem Krankenlager verstarb unser Chef, der Fabrikant **Friedrich Gerecke.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Das Fabrikpersonal.

Ihrem Vater und Großvater  
**Karl Ströhmman**  
 Nieder-Schönhaußen, zu seinem 70. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch! 1871b  
 Die Sachsenhäuser.  
 Unserem Genossen und Begleitführer  
**Fritz Lindau** nobis Braut  
 zu ihrer ersten Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche!  
 Die Genossen des 202. Wahlbezirks.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 23. März verstarb unser Mitglied, der Tapfer  
**Otto Eichholz**  
 (15. Bezirk).  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. März, nachmittags 2 Uhr, von dem Trauerhause Leffingstraße 34 aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Topfer Deutschlands.**  
 Filiale Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß am 23. März der Kollege  
**Otto Eichholz**  
 (Bezirk Rixdorf)  
 im Alter von 41 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause, Rixdorf, Leffingstr. 34, aus auf dem Rixdorfer Kirchhofe (Dahlstr. 3 Uhr), Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.**  
 Mitgl. des Nord. Radfahrerbundes „Solidarität“.  
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse  
**Artur Zilke**  
 Blumenstr. 49, verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 26. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

**Zentralverband der Maschinenisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.**  
 Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 22. März verstarb das Mitglied  
**Wilhelm Hagedorn.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Parochial-Kirchhofes, Vordergauer Chaussee, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.**  
 (Verwaltung Berlin.)  
 Den Kollegen hierdurch die traurige Nachricht, daß am Dienstag, den 23. März, unser Mitglied, der Goldbildhauer  
**Wilhelm Fechner**  
 nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet statt heute Freitag, den 26. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem hiesigen Friedhofe in Friedrichshagen.  
 Um Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

**Dauftagung.**  
 Allen, die sich an der Beerdigung meiner lieben Frau **Anna Heier** beteiligten, sage ich hiermit meinen besten Dank.  
**Franz Heier.**